

Antragsbuch

Vorwort:

Dies ist ein Interaktives Dokument. Wenn ihr auf die Antragsüberschrift klickt, springt ihr direkt zum Antrag, oder umgekehrt wieder in die Antragsübersicht am Anfang.

Inhaltsverzeichnis

Arbeitsprogramm des Landesvorstands 2022/23

Anträge

A – Arbeit

Antrag A01: Stärkung der Gewerkschaften für Mitarbeiter*innen von Online-Händlern

Antrag A02: Ausbildung in Erziehungsberufen vergüten

Antrag A03: Menstruationsbedingten Arbeitsausfall für Arbeitnehmer*innen gesetzlich verankern

B – Bildung

Antrag B01: Verpflichtende Behandlung von kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung des afrikanischen Kontinents im niedersächsischen Geschichtsunterricht

Antrag B02: Mehr Arbeitnehmer*innen Rechte an Schulen – Einbindung von Gewerkschaften in den Unterricht

Antrag B03: Freistellung der Schule für die Feuerwehr

Antrag B04: Aufklärungsunterricht Datenschutz und Social-Media Kompetenz

Antrag B05: Kein Fleisch mehr in Kantinen der Schule

Antrag B06: Mehr Partizipation von Jugendlichen an Schulen fördern

Antrag B07: Sprache ist kein Luxus! Sprachförderkräfte als fester Bestandteil niedersächsischer Kindertageseinrichtungen

Antrag B08: Lehrer*innenbildung braucht Inklusion!

Antrag B09: Kostenloses Mensaessen an Schulen

Antrag B10: Lange Prüfungen-Unterrichtsschluss!

Antrag B11: Unabhängige Schulqualitätsstudie

Antrag B12: Aufhebung Fächerkombinationsperren an Universitäten beim Studiengang Lehramt an weiterführenden Schulen

Antrag B13: Abschaffung Langzeitstudiengebühren und Verwaltungskostenbeitrag für Studierende

Antrag B14: Abschaffung der Sperrkontopflicht für ausländische Studierende

Antrag B15: Gesundheit im Biologieunterricht verstärkt behandeln

Antrag B16: Schulgesundheitsfachkräfte an Niedersächsischen Schulen einsetzen

Antrag B17: Faire Vergütung für Lehrkräfte auf Klassenfahrten

Antrag B18: Respekt gegenüber angestellten Lehrkräften

Antrag B19: Einführung eines neuen Schulfaches namens „Lebenskunde“

Antrag B20: Außerschulische, politische Bildung stärken - kommunale Zentren für politische Bildung schaffen

Antrag B21: Mehr und fairere Praxisphasen für Lehramtsstudierende

Antrag B22: Awareness für psychische Erkrankungen innerhalb der Schule

Antrag B23: Erzieher*innen-Mangel endlich entgegentreten - Faire Entlohnung für gute Bildungsarbeit

Antrag B24: Privatschulen perspektivisch abschaffen - Elitenbildung verhindern

Antrag B25: Politikunterricht vor der Wahlberechtigung

Antrag B26: Dyskalkulie bei Schüler*innen anerkennen und berücksichtigen - Mehr Förderung und Nachteilsausgleich an Schulen

Antrag B27: Mehr Demokratie in der Schule – Schüler*innenvertretung stärken

D – Digitales

Antrag D01: Digitale Partizipation schaffen in Niedersachsen!

Fem – Feminismus

Antrag Fem01: Änderung des Transsexuellengesetzes – diskriminierungsfreie Gutachten möglich machen!

Antrag Fem02: Stärkung von Frauenhäusern - Schluss mit zeitlichen Beschränkungen

Antrag Fem03: Niedersachsen braucht einen feministischen Feiertag - den FINTA*- Kampftag

Antrag Fem04: Stellenausbau der Betroffenenberatung Niedersachsen

Antrag Fem05: Oben-ohne-Recht für alle Menschen

Antrag Fem06: Spielzeug hat kein Geschlecht

Fi – Finanzen

Antrag Fi01: GEZ Befreiung für Studierende und Azubis

Antrag Fi02: Für eine gerechte Grunderwerbssteuer

Antrag Fi03: Aussetzung der Grunderwerbsteuer für den Ersterwerb einer Immobilie

G – Gesundheit und Pflege

Antrag G01: Mehr und erschwingliche Kassensitze für Psychotherapeut*innen

Antrag G02: Safer Sex 3.0 - ins 21.Jahrhundert der basismedizinischen Versorgung bringen.

I – Inneres

- Antrag I01: Einführung eines Feiertages für demokratische Wahlen
- Antrag I02: Verstärkte Verfolgung von Rechtsextremismus im Öffentlichen Dienst
- Antrag I03: Errichtung eines landesweiten Friedhofsregisters
- Antrag I04: Egoismus muss bestraft werden – Einsatzwagen mit Dashcams ausstatten!
- Antrag I05: Rechte Netzwerke bei der Polizei zerschlagen
- Antrag I06: Antifaschistische Kraftanstrengung
- Antrag I07: Niedersachsen einen angemessenen Slogan geben
- Antrag I08: Stärkung der Freiwilligendienste in Niedersachsen
- Antrag I09: Wir haben Platz!
- Antrag I10: Graue Wölfe verbieten!
- Antrag I11: Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Feuerwehren
- Antrag I13: Ehrenamt anerkennen

J – Justiz

- Antrag J01: Wehrpflicht aus dem Grundgesetz streichen

K – Kommunales

- Antrag K01: Konkretisierung des § 36 NKomVG

Q - Queer Politik

- Antrag Q01: Queeres Leben in Niedersachsen schützen!
- Antrag Q02: Queeres Leben in Niedersachsen fördern – Schwule Sau retten

S – Soziales

- Antrag S01: Gutscheine für Kinder zur Nutzung von Kultur, Bildung, Urlaub, sowie Spiel und Spaß
- Antrag S02: Notlage anerkennen und Entlastung schaffen - Tafeln durch Unterstützung vom Land Niedersachsen gut durch die Krise bringen

U – Umwelt

- Antrag U01: Keine Zerstörung von Neuwaren bei Online-Händlern
- Antrag U02: Höchste Priorität für Klimagerechtigkeit in Niedersachsen
- Antrag U03: Moor for climate
- Antrag U04: Sturmfest und Erdverwachsen - Mein Baum, mein Niedersachsen
- Antrag U05: Die Kläranlage und ihr exorbitantes Potential für den Umweltschutz
- Antrag U06: Wiiiiiiyyld! - 3 Prozent Wildnis sind das Minimum für eine wilde Welt
- Antrag U07: EECS-GoO-Handel verbieten

Antrag U08: Unsere Zukunft: klimaneutral, ökologisch, unabhängig

V – Verkehr

Antrag V01: A20 Bau stoppen

Antrag V02: Bahnhofsliebe - Bahnhofsoffensive starten

Antrag V03: Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Osnabrück - Oldenburg und zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg - Leer

Antrag V04: Die Zukunft heißt Schiene

W - Wohnen

Antrag W01: Housing first“ – Wohnen ist ein Menschenrecht – aktive Bekämpfung von Obdachlosigkeit

X - Sonstiges

Antrag X01: Weibliche Dummys müssen selbstverständlich sein

Antrag X02: Macht der Olafs begrenzen – Einführung einer Olaf-Quote jetzt!

Antrag X03: Religionsfreiheit ohne Kompromiss – Kirchengeld abschaffen!

Antrag X04: Pissen für alle: Sanifair & Co enteignen

ZK – Zukunft des Kinderschutzes

Antrag ZK01: Verpflichtende Fortbildungen für Familienrichter*innen

Antrag ZK02: Verpflichtende Aufklärungsgespräche für Erziehungsberechtigte bei U3 und U9

Antrag ZK03: Verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zum Thema Kinderschutz

Antrag ZK04: Psychologische Behandlung für Kinder während laufender Gerichtsverfahren

Antrag ZK05: Sexualisierte Gewalt an Kindern: Gegen die Nutzung des Begriffs „Kindesmissbrauch“

Antrag ZK06: Macht die U1 bis U9 und J1 endlich zur Pflicht!

Antrag ZK07: Verfolgung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder

Ini – Initiativanträge

Antrag Ini01: Südschnellweg sinnvoll sanieren

Arbeitsprogramm des Landesvorstands 2022/23

Präambel

Als Landesvorstand der Jusos Niedersachsen sind wir an erster Stelle die Vertretung aller niedersächsischen Jusos auf Landesebene und sehen uns als Schnittstelle zwischen der SPD Niedersachsen und den Jusos. Wir sind eine eigenständige linke Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD und wollen unsere unabhängige Rolle innerhalb der Partei behalten. Wir verstehen uns als bedeutender Teil der innerparteilichen Willensbildung, scheuen uns vor keiner Diskussion und werden auch in Zukunft unsere Standpunkte deutlich machen. Zudem sind wir kritisch-solidarisch mit der SPD Niedersachsen.

Wir setzen die Beschlüsse unserer Gremien wie der Landeskonzferenz sowie des Landesausschusses um und führen die Geschäfte des Verbandes. Wir koordinieren die politische und organisatorische Arbeit unseres gesamten Landesverbandes.

Zusätzlich sind wir dafür zuständig, dass die jungsozialistischen Anliegen und Positionen in die niedersächsische Landespolitik eingebracht werden. Wir spielen eine aktive und gestalterische Rolle und vernetzen uns mit den Ministerien und Arbeitsgruppen. Wir sind immer verfügbar für unsere Kreisverbände sowie Unterbezirke. Wir arbeiten kooperativ mit den Bezirken sowie allen Parteigremien zusammen. Wir sind aktive Unterstützer*innen der Bezirke und Unterbezirke und sind immer offen für konstruktive Hinweise, Kritik oder Anregungen.

Arbeitsweise

Als Landesvorstand treffen wir uns regelmäßig im Abstand von zwei Wochen zu Vorstandssitzungen. Diese sollen abwechselnd digital und in Präsenz stattfinden, sodass ein regelmäßiger persönlicher Austausch besteht. Die Präsenzsitzungen wollen wir außerdem für Teambuilding und Weiterbildung nutzen, damit die Anfahrtszeit besser genutzt wird. Die Termine können so gelegt werden, dass Sitzungen nach einer gemeinsamen Veranstaltung erfolgen, sodass keine Anfahrt nötig ist, wenn alle vor Ort sind. Zusätzlich sollen mindestens die Hälfte aller Präsenzsitzungen außerhalb der Landeshauptstadt stattfinden.

Alle Mitglieder des Landesvorstands sollen an den Sitzungen, der Klausurtagung, eigenen Veranstaltungen und zentralen Parteiveranstaltungen anwesend sein, sofern es ihnen möglich ist. Nur so können wir uns präsent zeigen und die Partei weiter voranbringen!

Wir freuen uns über Einladungen anderer Partei- und Verbandsgliederungen und suchen gleichzeitig aktiv selbst die Gespräche, insbesondere mit den niedersächsischen Jusos-Bezirken. Neben dem innerparteilichen Austausch wollen wir uns auch im kommenden Jahr mit zivilen Verbänden und Unternehmen treffen, die für die niedersächsische Landespolitik von Bedeutung sind. Für unsere inhaltliche Arbeit ist dieser Austausch von hoher Bedeutung und wir können nur profitieren.

Bildungsarbeit

Durch die Pandemie musste unsere innerverbandliche Bildungsarbeit sehr eingeschränkt und digital umgestellt werden. Wie bereits im letzten Vorstandsjahr begonnen, wollen wir unsere Bildungsarbeit in Präsenz wieder deutlich ausbauen und unseren Mitgliedern wieder die Chance auf direkte Vernetzung bieten, die einen elementaren Bestandteil unserer Bildungsarbeit darstellt. Für das folgende Kalenderjahr planen wir zwei Landesverbandswochenenden, bei denen wir unsere Mitglieder über Bezirksgrenzen hinaus zusammenbringen wollen. Bei unseren Bildungsprogrammen setzen wir auf verschiedene Workshopstränge, um ein Angebot zu schaffen, dass möglichst alle abholt. Des Weiteren wollen wir im nächsten Jahr ein Konzept für Tages- und Abendveranstaltungen entwickeln, bei denen wir uns besonders mit einem Themenbereich der Landespolitik oder unserer Grundsätze auseinandersetzen. Hier wollen wir auch wieder stärker darauf setzen, die zuvor besprochenen Inhalte für die Erarbeitung einer starken Beschlusslage heranzuziehen. Zusätzlich wollen wir unsere Schüler*innen untereinander vernetzen und suchen gemeinsam mit dem Landesschüler*innenrat nach einem passenden Format für einen regelmäßigen Austausch.

Inhalte

Antifaschismus

Die Ergebnisse der Landtagswahlen haben einen erschreckenden Grad an Unterstützung für die AfD in Niedersachsen gezeigt. Diese Partei zerstört den demokratischen Diskurs und spaltet unsere Gesellschaft. Wir lassen uns von diesem Ergebnis nicht einschüchtern und müssen Faschist*innen weiterhin die Stirn bieten. Wir werden uns weiterhin gegen die AfD, andere rechtsextreme Parteien, Nazi-Kameradschaften, „Identitäre“, völkische Siedler*innen und Reichsbürger*innen auflehnen, auf die Straßen gehen und dafür sorgen, dass sie keinen Platz in unserer Gesellschaft finden. Gerade als antifaschistischer Jugendverband sehen wir uns in der Verantwortung, allen Menschen die Partizipation zu ermöglichen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Sexualität oder Geschlechtsidentität. Die Kriminalisierung antifaschistischen Handelns lehnen wir entschieden ab. Die Anschläge in Hanau und Halle haben eindeutig bewiesen, dass Rassismus, antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus immer noch fest verankert sind. Wir müssen alles tun, damit sich solche Taten nicht wiederholen. Der Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung in unserer Gesellschaft und viel mehr als nur ein Einzelfall. Die dahintersteckenden menschenverachtenden Strukturen müssen aktiv aus Politik und Gesellschaft verbannt werden.

Wir treten jedem Antisemitismus, auch als „Israelkritik“ getarntem, konsequent entgegen. Jegliche Verharmlosungen des Holocaust oder des Bedienens von Vorurteilen, dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Deshalb lehnen wir jede Zusammenarbeit mit Organisationen ab, die diese Grundwerte nicht teilen.

Arbeit/Wirtschaft

Niedersachsen ist ein vielfältiges Land, welches von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben bis zu großen Industriekonzernen diverse Arbeitsfelder abdeckt. Eine Vielzahl bedeutender Arbeitsplätze finden sich in der Automobil- und Stahlbranche sowie in der maritimen Wirtschaft mit Schiffbau und On- und Offshore-Industrie. Industriearbeit ist ein Kernelement im Bereich Arbeit. Auch die Tourismusbranche, insbesondere die Gastronomie, deckt einen großen Teil des Arbeitsmarktes ab. Diese Arbeitsplätze sind wichtig für die Beschäftigten, die zukünftigen Beschäftigten und unsere Wirtschaft. Wir werden uns weiterhin für den Erhalt von Arbeit und die Förderung von Zukunftsbranchen einsetzen.

Weiterhin tauschen wir uns regelmäßig mit der DGB-Jugend aus, mit der wir uns gemeinsam für eine gerechte und solidarische Arbeitswelt stark machen.

Wir wollen eine klimaneutrale Wirtschaft in Niedersachsen und neben einer politischen Forderung auch eine kulturelle Wende mitgestalten. Wenn Investitionen in Zukunft klimaneutral sein sollen, müssen kleinwirtschaftliche Betriebe mehr Unterstützung erhalten.

Mit 12€ Mindestlohn ist ein erster Schritt getan, doch leider ist faire Bezahlung für faire Arbeit noch nicht überall Realität. Wir fordern, dass Lohn und alle sonstigen Arbeitsbedingungen weder von Geschlecht, Sexualität, Religion oder körperlich/geistiger Behinderung abhängig sein dürfen.

Bauen und Wohnen

Der Wohnraum wird, gerade in den größeren Städten, knapp und die Mieten explodieren. Menschen mit einem niedrigen Einkommen, aber auch Student*innen und Rentner*innen, sind hier besonders betroffen und müssen häufig einen großen Teil ihrer finanziellen Möglichkeiten fürs Wohnen aufwenden. Diese Zustandsbeschreibung trifft mittlerweile aber auch nicht mehr nur auf die größeren Städte zu, sondern dringt auch in die ländlichen Regionen vor. Mit dem angespannten Wohnungsmarkt, aber auch mit nachhaltigen, zukunftsorientierten Wohnkonzepten, diesem sozial sehr problematischen und gefährlichen Umstand werden wir uns als Jusos Niedersachsen noch intensiver beschäftigen und diesbezüglich in den Austausch mit Verbänden, Organisationen und dem Handwerk gehen. Für uns ist klar, in Niedersachsen muss in den nächsten Jahren innovativ gegen Wohnungsnot vorgegangen werden!

Die Gesellschaft hat einen Anspruch auf eine gemeinwohlverträgliche Nutzung von Eigentum. Für uns als Jusos Niedersachsen ist klar, dass die Eigentümer*innen hier in die Verantwortung genommen und Sozialwohnungen geschaffen werden müssen. Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht an die persönliche finanzielle Situation geknüpft sein.

Wir betrachten die Mietpreisbremse weiterhin als ein elementares Mittel, um eine kritische und sozial ungerechte Mietenentwicklung einzugrenzen. In Niedersachsen muss die Mietpreisbremse auch weiterhin angepasst und erweitert werden, sodass überall wo der Bedarf gegeben ist, die Mietsituation entspannt werden kann.

Besonders auf die Situation der Student*innen und der Auszubildenden, aber auch auf die Situation aller anderen jungen Menschen mit geringem Einkommen, werden wir weiterhin einen klaren Fokus legen. Hier braucht es ausreichende zentrale und günstige Wohnangebote für Student*innen und Azubis. Die Wahl des Studiengangs oder des Ausbildungsbetriebs darf nicht länger vom eigenen Geldbeutel oder dem der Eltern abhängen, sondern muss auf den individuellen Interessen basieren.

Wir unterstützen die Forderung nach einer Landeswohnungsbaugesellschaft in Niedersachsen, damit der soziale Wohnungsbau effektiv vorangetrieben werden kann. Wir werden genau darauf achten, dass dieses wichtige Vorhaben in der aktuellen Landesregierung umgesetzt wird und auch die Zielsetzungen für die zusätzlichen Wohnungen im Besitz der Gesellschaft eingehalten werden. Auch muss berücksichtigt werden, dass Konzepte zur Nachhaltigkeit im Kontext der Baumaterialien, in den Planungen der Landeswohnungsbaugesellschaft, eine Rolle spielen.

Nicht außer Acht lassen möchten wir zudem die vielen mittelständischen Bauunternehmen, welche sich in Niedersachsen angesiedelt haben und u.a. Bauvorhaben einer Landeswohnungsbaugesellschaft mittragen werden. Wir möchten dafür sorgen, dass gerade diese Unternehmen zukünftig bei ihrer Digitalisierung, auch hinsichtlich verwendeter Maschinen, unterstützt werden und in der Lage dazu sind, mit einem höheren technischen Standard zu arbeiten, um den Beruf attraktiver und einfacher zu gestalten.

Bildung

Bildung ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Ressourcen und Voraussetzung für Teilhabe. Deshalb stehen wir Jusos für eine chancengerechte und kostenlose Bildung und engagieren uns für ein offenes und modernes Schulsystem, das allen Menschen die Möglichkeiten bietet, sich frei zu entfalten und weltoffen zu entwickeln. In Anbetracht der in den letzten Jahren deutlich gewordenen Missstände wie beispielsweise die mangelnde Digitalisierung von Schulen, der Lehr- und Fachkräftemangel an Schulen und Kitas, die steigenden Kosten für Familien oder aber auch der zunehmende Bedarf an individueller Förderung, müssen wir uns immer wieder mit der Frage auseinandersetzen, wie ein gerechtes und soziales Bildungssystem für uns aussieht. Zudem muss die Infrastruktur im Bildungssystem immer noch dringend verbessert und an das digitale Zeitalter angepasst werden. Schulen ohne frei verfügbares Internet müssen der Vergangenheit angehören.

Damit sich sowohl Lehrkräfte als auch Schüler*innen aktiv an der Gestaltung des Schulleben beteiligen können, setzen wir uns auch im kommenden Jahr für die Demokratisierung unserer Schulen und Kitas ein. Alle Schüler*innen sollen die Möglichkeit erhalten in den Bereichen, die sie betreffen, mitentscheiden zu dürfen. Außerdem möchten wir, dass an jeder Schule die Belange der Schülerschaft durch eine starke Schüler*innenvertretung vertreten werden.

Laut der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fehlen derzeit allein in Niedersachsen 7.000 Lehrkräfte an Schulen und laut dem Niedersächsischen Städtetag (2021) in den kommenden Jahren rund 4.000 Erzieher*innen. Wir müssen uns also intensiv mit Themen, wie

frühkindlicher Bildung, beruflicher Bildung, dem Thema Inklusion und insbesondere der Fachkräfte- und Lehrkräfteausbildung beschäftigen.

Wir setzen weiterhin auf die Bildung starker Bündnisse mit den Gewerkschaften, den Schüler*innenvertretungen und mit unserer Partei, um unsere Forderungen umzusetzen. Des Weiteren werden wir mit unserer niedersächsischen Landtagsfraktion und der Regierungskoalition in inhaltliche Debatten einsteigen und werden auch zukünftig auf die bestehenden Missstände hinweisen und unsere Forderungen und Vorschläge demonstrieren.

Gesundheit/Soziales

Gesundheit

Im letzten Jahr wurde ein neues Konzept zur Verteilung der medizinischen Notversorgung durch Krankenhäuser und 24/7 Gesundheitshäuser beschlossen. Wir wollen sichergehen, dass keine Kommune zu kurz kommt.

Vor allem während der Debatte um die niedersächsische Pflegekammer ist klar geworden, dass die niedersächsische Landespolitik maßgeblich zur Verbesserung der aktuellen Situation beitragen kann. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin für eine eigene Interessenvertretung für das Fachpersonal ein.

Soziales

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Thema, und auch eine unbedingte Grundvoraussetzung einer gerechten Arbeitspolitik. Somit ist es unsere Aufgabe, ein Umfeld zu schaffen, das Eltern ermöglicht, erwerbstätig zu sein, ohne dabei eine Vernachlässigung ihrer Familie befürchten zu müssen. Hier ist eine angemessene Betreuung essenziell, um Kindern und ihren Erziehenden eine gute Grundlage zu bieten

Um den frühen Wiedereinstieg in das Berufsleben zu ermöglichen, muss es für jedes Kind einen KiTa-Platz geben, der für Familien keine zusätzliche finanzielle Belastung bedeutet. Dafür wurden bereits 2018 die KiTa-Gebühren in Niedersachsen abgeschafft. Um dabei die Qualität der Betreuung aufrechtzuerhalten, wurde gesetzlich festgeschrieben, dass pro Gruppe eine dritte Fachkraft eingesetzt werden muss. Damit diese Vorschrift erfüllt werden kann, müssen sich die Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen verbessern. Die Bezahlung muss gerechter und die Ausbildung attraktiver werden.

Gleichstellung

Alle Menschen in Niedersachsen müssen die gleichen Chancen haben!

Menschen sollen frei von Diskriminierung jeglicher Art leben können, für die gleiche Arbeit ein gleiches Gehalt ausgezahlt bekommen und frei über ihren Körper entscheiden können.

Es liegt noch ein langer Weg vor uns, da hierfür die vorliegenden patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft abgeschafft werden müssen, die sich an diversen Stellen bemerkbar machen. Immer noch sind es FINTAs, die häufiger Opfer von Übergriffen, sexueller Belästigung oder

häuslicher Gewalt werden. Sie müssen um ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung kämpfen oder sind finanziell vom Gender-Pay-Gap betroffen. Oftmals handelt es sich bei den aufgezählten Problemen um Symptome einer Sozialisierung mit Geschlechterstereotypen. Das oben formulierte Ziel setzt also einen strukturellen Wandel voraus, welchen wir mitgestalten und begleiten möchten. Das bedeutet für uns konkret:

Keine Gleichstellung ohne sexuelle Selbstbestimmung.

Für uns stellt die sexuelle Selbstbestimmung jeder Person ein unveräußerliches Grundrecht dar. Wir haben keine Toleranz für sexuelle Übergriffe und möchten uns zukünftig intensiv mit Präventionskonzepten auseinandersetzen. Eine rein rechtliche Aufarbeitung solcher Straftaten ist für uns eindeutig nicht ausreichend, da ein Großteil sexueller Übergriffe oder auch sexueller Belästigungen gar nicht erst zur Anzeige gebracht wird. Wir dürfen nicht nur aufarbeiten, wir müssen aktive Prävention betreiben. Im Zuge unserer geplanten Auseinandersetzung mit Präventionsmaßnahmen möchten wir auch mit Vereinen oder Verbänden in den Austausch gehen, die selbst Präventionsarbeit leisten, oder Opfer nach einer Tat betreuen.

Mehr Unterstützung für Frauen*häuser

Eine Maßnahme zum direkten Schutz von Frauen* vor häuslicher Gewalt stellen Frauen*häuser dar. Wichtig sind dabei die leichte Zugänglichkeit für Betroffene sowie die ausreichende Versorgung mit Schutzplätzen. Leider ist dies in Niedersachsen nicht flächendeckend der Fall.

Eine Absage auf einen Platz im Frauen*haus für die Betroffenen führt oftmals zu einem Vertrauensverlust in Beratungs- und Hilfsstellen und lässt die von Gewalt Betroffenen schutzlos zurück. Für uns ist klar: Jede Frau*, die häusliche Gewalt erlebt, muss jederzeit die Möglichkeit haben, wohnortnah Schutz und Betreuung zu erfahren. Wir fordern daher einen Rechtsanspruch auf einen Frauen*hausplatz. Dieser muss mit einer besseren finanziellen Ausstattung von Frauen*häusern und anderen Schutz- und Beratungsstellen einhergehen. Insbesondere sollen diese Stellen auch im ländlichen Raum geschaffen werden.

Queere Rechte schützen!

Wir verstehen uns als Jusos Niedersachsen als Interessenverband für die Rechte queerer Menschen. Wir wollen verbandsintern die Vernetzung queerer Menschen vorantreiben. Überall auf der Welt und auch in Niedersachsen werden queere Menschen bedroht und sozial exkludiert. Es ist unsere Aufgabe, unsere Landesregierung darauf aufmerksam zu machen, damit institutionelle Unterstützung vorangetrieben wird.

Wir wollen konkret einladen zur Projektgruppe „Gleichstellung“, um gemeinsam mit Jusos aus den UB/KV unsere Beschlusslage zu verbessern und um Forderungen an unsere Landesregierung zu erarbeiten.

Inneres

Der Juso-Landesvorstand steht kritisch solidarisch gegenüber der Polizei. Für eine gelungene, sichere Ausübung ihrer Arbeit sind die Beamt*innen auf das Vertrauen der Bevölkerung angewiesen.

Dieses Vertrauen kann nicht bedingungslos aufgebaut werden. Eine transparente, verantwortungsbewusste und diverse Polizeiarbeit ist unabdingbar sowohl für unsere Beamt*innen als auch unsere Bürger*innen. Als Beamt*innen sind Polizist*innen Vertreter*innen des Staates. Ihre Handlungen sind an Gesetze und Rechte gebunden. Doch viel zu häufig werden diese Vorgaben durch polizeiliches Handeln übertreten. Das NPOG, welches wir schon seit langem kritisieren, diene bereits als Rechtfertigungsgrundlage für Handlungen, die später als rechtswidrig eingestuft wurden. Wir erwarten von der Landesregierung, dass eine solche Praxis entsprechend unterbunden wird! Vorkommnisse wie in Wolfsburg im Rahmen eines Fußballspiels kann und darf es nicht noch einmal geben! Unsere Kritik am NPOG bleibt daher weiterhin aktuell.

Somit begrüßen wir den Plan der neuen Rot-Grünen Koalition in Niedersachsen, eine Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen bei geschlossenen Einsätzen und setzen uns für die Abschaffung der Befristung ein.

Auch darf die aktuelle Debatte um den Umgang mit Polizeigewalt, insbesondere um niedrigschwellige Meldestellen und konsequente, unabhängige Ermittlungen bei solchen Vorwürfen nicht abreißen. Ein großer Teil dieser Debatte muss zwingend auch der teils ungenügende Umgang mit Rassismus in der Polizei sein. Aufgrund der herausgehobenen Machtposition, in der sich Polizist*innen befinden, ist eine unabhängige, wissenschaftliche Untersuchung der Missstände auch in der niedersächsischen Polizei unabdingbar. Wir begleiten die für Niedersachsen vorgesehenen wissenschaftlichen Studien genau und werden uns aktiv einbringen. Die Ausarbeitung einer entsprechenden Studie für das Land Niedersachsen würden wir begrüßen.

Wir möchten auch den Dialog mit der niedersächsischen Polizeiakademie wieder aufnehmen und intensivieren und uns mit den Strukturen der niedersächsischen Polizei beschäftigen.

Sozialdemokratische Innen- und Sicherheitspolitik geht allerdings weit über Polizeihandeln und Gefahrenabwehr hinaus. Wichtig ist außerdem gesellschaftlicher sozialer Zusammenhalt, sowie eine klar demokratisch ausgerichtete Gesellschaft. Deswegen setzen wir Jusos uns für eine verstärkte Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Niedersachsen ein, welche für Demokratie und sozialen Zusammenhalt arbeiten. Rote Linien sind dabei für uns das Artikulieren und Dulden von Antisemitismus, welcher zu häufig auch in progressiven Organisationen vorkommt. Rote Linien sind dabei für uns das Artikulieren und Dulden von Antisemitismus, welcher zu häufig auch in progressiven Organisationen vorkommt.

People of Color (PoC) in erleben in ihrem Alltag Diskriminierung durch die Gesellschaft und auch staatlichen Strukturen. Dabei geht es nicht nur um vereinzelt offen rassistischen Polizeivollzugsbeamt*innen, sondern auch um Bürger*innenämter und anderen Teilen der öffentli-

chen Verwaltung. Die Diskussion über den Umgang des Staates mit Migrant*innen oder Menschen mit Migrationsgeschichte muss besonders mit Blick auf die aktuelle politische Lage ungebrochen in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt werden. Wenn politische Akteur*innen bereits davor warnen, „dass sich 2015 nicht wiederholen darf“ oder Kriegsflüchtlingen „Sozialtourismus“ nachgesagt wird, macht uns dies nicht nur wütend, es bereitet uns große Sorge. Wir dürfen nicht wegschauen, während Menschen ihre Lebenserfahrung aberkannt, gedemütigt und zu politischen Spielbällen gemacht werden. Wir Jusos wollen die Belange von Migrant*innen, PoCs und BPoCs thematisieren, ihre Stimmen hören und verstärken.

Mobilität

Niedersachsen ist ein Flächenland, in dem Mobilität unser alltägliches Leben begleitet. Wir verstehen es als Grundrecht, nötige Strecken zu überwinden. Dabei sind zwei Verkehrsmittel essenziell: Der ÖPNV hat eine große Bedeutung und muss eine noch größere finden. Wir sind froh über die geplante Einführung des 29€-Tickets für Schüler*innen, Azubis und Freiwilligendienstleistende. Das reicht uns allerdings nicht aus: Alle Menschen müssen möglichst kostenlos mobil sein können. Deswegen werden wir im ersten Schritt die Ausweitung des 29€ Tickets für weitere Bevölkerungsgruppen wie Studierende oder Menschen mit geringem Einkommen fordern. Kostengünstiger ÖPNV bringt allerdings nur etwas, wenn er auch vorhanden ist. Daher setzen wir uns gleichzeitig für den Ausbau von Bahnstrecken und die Einsetzung von Bussen und Rufbussen ein. An zweiter Stelle steht der Individualverkehr, der in einem Flächenland unumgänglich ist. Wir müssen Ladeinfrastruktur für E Mobilität ausbauen und den Zugang zu E-Autos erleichtern. Nicht zuletzt muss auch der Weg mit dem Fahrrad attraktiver und sicherer werden. Die Klimawende braucht die Mobilitätswende!

Ländlicher Raum

Als Flächenland ist Niedersachsen geprägt von seinem ländlichen Raum. Die geringe Bevölkerungsdichte und die fehlende Finanzierung wirken sich negativ auf die Infrastruktur unserer Dörfer, Gemeinden und Kleinstädte aus. Dadurch erleben wir eine Abwanderung der jungen Generationen zugunsten der städtischen Ballungsräume, was für einen erhöhten Altersdurchschnitt und gleichzeitig für Leerstand in ländlich geprägten Gebieten sorgt.

Dabei ist der ländliche Raum mit seiner Landwirtschaft, den Naturschutzgebieten und den bestehenden Gemeinschaften essenziell für unser Land und unsere Gesellschaft.

Daher müssen wir Perspektiven für junge Menschen auf dem Land schaffen.

Dazu gehören der generelle Erhalt und der Ausbau von Infrastruktur, die Erhaltung der Krankenversorgung, der Ausbau in der Mobilität, die Unterstützung der bestehenden Kulturarbeit und die Entwicklung zu klimaneutraler Forst- sowie Landwirtschaft.

Durch diese Maßnahmen schaffen wir Perspektiven für junge Menschen und Familien, ohne dass diese ihren Wohnort ändern müssen.

Niemand darf durch seinen Wohnort Chancennachteile erleben!

Klimagerechtigkeit, Umwelt und Energie

Das Land Niedersachsen muss bis spätestens 2040 klimaneutral werden. Wir werden auch zukünftig anerkennen, dass uns als Industrieland im globalen Norden eine besondere Verantwortung auf dem Weg zur Klimaneutralität zukommt. Weiterhin werden wir darauf hinwirken, dass die Niedersächsische Landesregierung, eine mit dem Pariser 1,5 Grad Ziel konforme Politik macht, ihre Vorhaben, um klimaneutral zu werden, zielstrebig umsetzt und sich an die selbstgesteckten Ziele hält.

Niedersachsen ist das Energieland Nummer Eins und soll das auch in Zukunft bleiben. Die Potentiale, welche wir im Bereich der On- und Offshore Windkraft haben, müssen weiterhin deutlich ausgebaut und so der Anteil an erneuerbarer Energie, die aus Niedersachsen kommt, nochmal massiv gesteigert werden. Die EEG-Novelle, welche im Rahmen des Osterpakets beschlossen wurde, konnte einen deutlichen Ausbauimpuls geben, der jetzt genutzt werden muss. Weiterhin braucht es deutliche Verkürzungen des Zeitraums zwischen der Planung und dem Bau einer Windkraftanlage. Auch müssen bürokratische Hürden, die den Prozess unnötig verzögern, abgebaut werden.

Photovoltaik ist zum Erreichen der Klimaneutralität und dem Ziel, ausschließlich erneuerbare Energieträger zu nutzen, ebenfalls ein wichtiger Baustein. Hier braucht es einen noch ambitionierteren Ausbau der Photovoltaikanlagen, sodass die Leistung in diesem Bereich spürbar steigt. Außerdem müssen vermehrt verfügbare Flächen für PV nutzbar gemacht werden.

Grüne Energie muss gespeichert werden. Wir wollen darauf hinwirken, dass entsprechende Speicher in Niedersachsen erforscht, gebaut und in Betrieb genommen werden.

Um unsere Wirtschaft ökologisch zu transformieren, müssen wir unsere gesamte Energieinfrastruktur umbauen und besser miteinander verbinden. Besonders für die industrielle Produktion wird es notwendig sein, dass wir schnellstmöglich eine durch Ökostrom gespeiste Wasserstoffwirtschaft aufbauen. Die Landesregierung muss Energieunternehmen, welche sich der ökologischen Transformation unserer Wirtschaft verschrieben haben, gezielt fördern und bürokratische Hürden für den Umbau unserer Energiewirtschaft abbauen.

Als Jusos Niedersachsen stehen wir weiterhin fest hinter dem Ausstieg aus der Atomkraft. Nachdem die Laufzeitverlängerung, bis Mitte 2023, ausgelaufen ist, sehen wir den Atomausstieg als final an. Den Import von Uran oder neuer Brennstäbe zur Weiternutzung des AKWs in Lingen lehnen wir ab.

Fossilen Energieträgern wie Erdöl, Erdgas und Kohle muss schnellstmöglich jede Förderung entzogen werden. Unter Berücksichtigung der Klimaziele muss die Nutzung so zeitnah wie möglich beendet werden, ohne dadurch aber die Energiesicherheit zu gefährden. Gerade die Förderung in Wasser- und Naturschutzgebieten darf nicht fortgesetzt werden, damit die Umwelt in diesen vulnerablen Bereichen nachhaltig geschützt ist. Fracking zur Gewinnung von Erdgas und Erdöl lehnen wir weiterhin ab und fordern ein, dass das aktuelle Verbot ausgeweitet wird.

Ebenso werden wir als Jusos Niedersachsen darauf hinwirken, dass keine weitere fossile oder klimaschädliche Infrastruktur in Niedersachsen neu errichtet wird. Zudem ist uns wichtig, dass ein sozial gerechter Umbau von Mobilität und Wirtschaft in Niedersachsen, mit dem Ziel der Klimaneutralität, mit Nachdruck und dem notwendigen finanziellen sowie gesetzgeberischen Rahmen, vorangetrieben wird.

Niedersachsen ist Moorland. Zur Bindung von Kohlenstoffdioxid kommt Mooren, neben den Wäldern, eine ungleich wichtige Rolle zu. Intakte und naturnahe Moore speichern mehr CO₂ als jedes andere Ökosystem auf der Welt. Zum Schutz der Moore müssen vielfältige Maßnahmen ergriffen werden, damit der Zerstörung und Entwässerung entgegengewirkt werden kann. Der Moorschutz muss als wichtige Aufgabe des Klima- und Umweltschutzes begriffen werden.

Dem ausgerufenen Kampf gegen die Klimakrise und den wichtigen Zielen auf dem Weg hin zur Klimaneutralität, müssen dringend deutlichere Taten folgen. Jeder Tag, der ohne engagierte, zielgerichtete Klimagerechtigkeitspolitik vergeht, führt zur Verschärfung sozialer Ungleichheiten in der Zukunft. Die Landesregierung muss ihre Ziele in Niedersachsen umsetzen und sich hierzu auf Bundesebene ebenfalls engagieren und Druck machen. Mit einer starken Klimagerechtigkeitsbewegung an unserer Seite werden wir diesen Prozess kritisch und solidarisch begleiten.

Öffentlichkeitsarbeit

Presse

Wir möchten der Pressearbeit innerhalb und außerhalb des Landesvorstandes wortwörtlich ein neues Gesicht verleihen. Dafür werden wir erstmals intern eine*n Presseverantwortlichen benennen. Diese Person soll den Kontakt zu den niedersächsischen Redaktionen und Journalist*innen aufbauen und erweitern sowie den Landesvorstand bei der Entwicklung von Pressemitteilungen unterstützen und dabei, eng mit den Landesvorsitzenden und der Landesgeschäftsführung zusammenarbeiten. So möchten wir weiterhin in unseren Pressemitteilungen auf wichtige landespolitische Themen aufmerksam machen und Stellung nehmen, wo es angebracht ist.

Social Media

Die Social-Media-Kanäle des Landesvorstandes sind die beste Möglichkeit, die inhaltliche Arbeit nach außen zu tragen, Position zu beziehen oder auch einen ersten Einblick in einzelne Themen zu ermöglichen. Wir haben unsere Kanäle wie versprochen konsequent ausgebaut und bekannter gemacht. Diese Arbeit werden wir fortführen und mit Videos und Beiträgen füllen. Durch die bekannte Mehrstruktur mit unseren Bezirken und Unterbezirken ist es nicht immer einfach, alle Mitglieder zu erreichen. Deshalb werden wir langfristig ein „LaVo-Update“ in den sozialen Netzwerken etablieren. Das erarbeitete Corporate Design werden wir fortlaufend nutzen und bei Bedarf weiterentwickeln. Ein strategisch ausgearbeiteter Social-Media-Posting

Plan wird ebenfalls ausgearbeitet und dazu dienen, dass alle Kanäle aktiv betrieben werden. Die etablierte Kampagnenfähigkeit des Landesvorstandes in den sozialen Netzwerken werden wir aufrechterhalten und weiter ausbauen.

Homepage

Um auf allen Ebenen im Internet sichtbar zu sein, wollen wir auch unsere Homepage stets aktiv betreiben. Wir werden unsere Homepage regelmäßig aktualisieren, sodass Mitglieder und Außenstehende hier detailliert über unsere Arbeit aufgeklärt werden, sich unsere Corporate Designs herunterladen oder unsere Pressemitteilungen lesen können..

Verbandsarbeit

Um die Verbandsarbeit im kommenden Jahr weiter zu stärken, fördern wir die Vernetzung im Landesverband, zum Beispiel durch landesweite Veranstaltungen wie die Landesverbandswochenenden und die landesweite Ausschreibung unserer Bildungsangebote. Wir werden die Vernetzung von FINTA weiter fördern und gemeinsam mit den niedersächsischen Bezirken eine BPoC-Vernetzung in Niedersachsen anbieten.

Wie im letzten Jahr wollen wir das Deichbrand Camp auch im kommenden Jahr wieder veranstalten. Dies ist eine tolle Gelegenheit, die Vernetzung innerhalb des Verbands zu fördern.

Außerdem wollen wir einen Kalender erstellen, in den Veranstaltungen des Landesverbandes frühzeitig eingetragen werden. Die Gliederungen sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Veranstaltungen dort einzutragen. Somit wären alle Veranstaltungen an einem Ort gebündelt und übersichtlich für jede*n einzusehen. Der Kalender soll der verbandsinternen Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, um Kreisverbände, Unterbezirke und Bezirke besser miteinander zu vernetzen. Für diese Vernetzung wollen wir im kommenden Jahr ein passendes Konzept entwickeln

Wir wollen endlich die Funktionen der Juso-Cloud ausbauen und möglichst allen Gliederungen zur Verfügung stellen. Mit der Juso-Cloud wollen wir asynchrones Arbeiten, zum Beispiel an Anträgen, ermöglichen und auch einen Pool für Inhalte und digitale Materialien ermöglichen. Mit der Cloud können wir unsere Arbeit Jusos aus ganz Niedersachsen zugänglicher machen.

Nächstes Jahr findet keine Wahl in Niedersachsen statt. Das ist unsere Chance, uns auf die nächste vorzubereiten. Um junge, diverse und quотиerte Listen auf allen Ebenen zu fördern, wollen wir jungen Menschen die Kommunalpolitik eröffnen und sie motivieren. Daher streben wir in erster Linie eine Vernetzung von jungen Mandatsträger*innen auf kommunaler und Landesebene an.

Bündnisarbeit

Als linker Richtungsverband und Jugendorganisation innerhalb der SPD setzen wir auch weiter auf Bündnisse mit anderen Verbänden, Bewegungen, Bewegungen und Jugendorganisationen.

Gemeinsam können wir unseren Ziele leichter erreichen. So werden wir, mit Blick auf die neue rot-grüne Koalition unsere Zusammenarbeit mit der Grünen Jugend intensivieren. Im gemeinsamen Austausch mit der GJ wollen wir die neue Koalition kritisch-solidarisch begleiten und unserer Perspektive mehr Ausdruck verleihen. Wir stehen weiterhin eng an der Seite der Gewerkschaftsjugenden, insbesondere der DGBjugend. Als Teil der Jungen Generation wollen wir zudem den Austausch mit der Landesschüler*innenvertretung, den Asten und den Interessenvertretungen der Freiwilligendienste intensivieren. Bewegungen und Organisationen, die unsere Kämpfe mitkämpfen, sollen in uns einen verlässlichen Partner* haben. Bei unseren Bündnispartner*innen achten wir deshalb verstärkt auf die Vereinbarkeit mit unseren politischen und gesellschaftlichen Werten. Eine Zusammenarbeit mit rassistischen, sexistischen, antifeministischen, homophoben oder antisemitischen Organisationen, Gruppierungen und Strukturen lehnen wir entschieden ab.

Zusammenarbeit mit der SPD

Als Jungsozialist*innen setzen uns weiterhin solidarisch, aber auch kritisch mit unserer Mutterpartei auseinander. Wir begleiten die Regierungsarbeit, aber auch die Parteiarbeit der niedersächsischen SPD und bringen unsere Ideen und Forderungen aktiv ein.

Wir suchen das Gespräch, auch wenn wir nicht alle der auf Landesebene getroffenen Beschlüsse mittragen können. Wir müssen unsere Thema vehementer in der SPD vertreten und unsere Positionen klar einfordern, dies geht nur wenn wir im regelmäßigen Austausch mit Partei- und Fraktionsführung und unseren Minister*innen stehen. Unser Ziel ist es, die jungsozialistischen Werte in der SPD voranzubringen.

Anträge

A – Arbeit

Antrag A01: Stärkung der Gewerkschaften für Mitarbeiter*innen von Online-Händlern

Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Hildesheim

Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

Die SPD muss prüfen, inwiefern wir Gewerkschaften unterstützen, welche sich mit ihrem Engagement um die Belange von Mitarbeiter*innen bei Online-Händlern einsetzen. Die strukturellen Grundlagen müssen bereitgestellt werden, damit sich diese Angestellten ohne Angst vor beruflichen Nachteilen in einer eigenen Gewerkschaft zusammen schließen zu können.

Begründung:

Das politisch linksgerichtete US-Magazin „Jacobin“ hat in diesem Jahr berichtet, wie der Konzern Amazon aktiv versucht die Gründung von Gewerkschaftsgruppen an Standorten in New York zu verhindern.

Der Konzern lässt in den Vereinigten Staaten unter anderem die in einer Gewerkschaft aktiven Mitarbeiter*innen konstant von „Beratern“ überwachen, um so zu verhindern, dass sie andere Lagerarbeiter für ein gewerkschaftliches Engagement gewinnen können. Dabei ist der Quelle nach jeweils ein Berater für etwa 20 Mitarbeiter*innen zugeordnet.

Dazu lässt der Konzern seine Mitarbeiter*innen an verpflichtenden Präsentationen des Managements teilnehmen, in denen die angeblichen Nachteile einer Gewerkschaft vorgetragen werden. Auf diversen Plakaten an den Standorten wird gegen Gewerkschaften argumentiert.

Amazon hatte schon vor der Wahl zur Gründung einer Gewerkschaft im Jahr 2021 in den USA versucht, das Votum zu verzögern, war jedoch mit einem Einspruch bei der Arbeitnehmerschutzbehörde NLRB gescheitert. Der Konzern war der Ansicht, dass keine Gewerkschaft nötig sei, da „die Mitarbeiter ohnehin schon alles bekämen, wofür diese sich einsetzen könnten“.

1 **Antrag A02: Ausbildung in Erziehungsberufen vergüten**

2 Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

3

4 Immer wieder streiken Arbeitende in Erziehungsberufen aufgrund von mangelnder Bezahlung
5 und schlechter Arbeitsbedingungen. Ein weiteres Problem für angehende ErzieherInnen ist die
6 nicht vergütete Ausbildung. Im Gegensatz zu anderen Ausbildungsberufen, in denen von An-
7 fang an ein Ausbildungsgehalt gezahlt wird, erhalten ErzieherInnen erst nach Abschluss der
8 Ausbildung und mit Antreten des ersten Jobs eine Vergütung. Dieser Missstand sorgt nicht un-
9 bedingt dafür, dass Erziehungsberufe attraktiver werden. Gleichzeitig sorgt der Mangel an Er-
10 zieherInnen dafür, dass die Kinderbetreuungsquoten nicht weiter steigen, was insbesondere
11 Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nahezu unmöglich macht.

12 Deshalb fordern wir eine staatlich geregelte Ausbildungsvergütung in allen Sozialberufen von
13 Tag eins der Ausbildung an.

Antrag A03: Menstruationsbedingten Arbeitsausfall für Arbeitnehmer*innen gesetzlich verankern

Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

Die meisten menstruierenden Menschen trauen sich während ihrer Periode nicht in den Krankenstand zu gehen und für die meisten Unternehmen ist die Menstruation immer noch ein Tabuthema. Wenn die Periode kommt, dann blutet man meist nicht nur, man hat auch Bauchkrämpfe, Migräne und Durchfall oder es ist so schlimm, dass sich Menstruierende Personen sogar übergeben müssen. Laut Wissenschaftler:innen des University College London, können diese Schmerzen teilweise genauso schlimm wie bei einem Herzinfarkt sein. Andere Betroffene mit PMS (Prämenstruelles Syndrom) haben sogar schon bevor sie ihre Periode bekommen Regelschmerzen. Und trotzdem quälen sie sich jeden Monat aufs Neue während ihrer Periode auf die Arbeit und nehmen Schmerztabletten, um den Tag irgendwie zu überstehen. Wieder andere leiden unter depressiven Verstimmungen vor und während ihrer Menstruation. Wenn jemand eine Krankheit mit derartigen Symptomen hat, wird eine vorübergehende Arbeitsunfähigkeit gewährt, also sollte das Gleiche mit der Menstruation geschehen. Eine Person mit einer sehr schmerzhaften Periode sollte zu Hause bleiben können. Wenn Männer ausfallen, wird das akzeptiert. Sobald es aber um "Frauenprobleme" geht, ist auf einmal keiner mehr einsichtig. Ist auch nicht verwunderlich, wenn an oberster Spitze der meisten Unternehmen immer noch Männer sitzen, die das Sagen haben. Das Letzte, woran hier gedacht wird, sind Menstruationsschmerzen. Obwohl über das Thema Menstruation mittlerweile immer offener gesprochen wird, ist es bei den meisten auf der Arbeit immer noch ein großes Tabu. Laut der Studie von Womanizer, haben 97 % der Befragten noch nie über einen Menstruationsbedingten Ausfall mit ihren Vorgesetzten gesprochen, geschweige denn, dass diese ihnen angeboten hätten, sich während ihrer Periode krankzumelden. Anstatt sich mit Schmerzmitteln voll zudröhnen oder am Abend komplett erledigt zu sein, würde schon ein Tag Ruhe dafür sorgen, dass am Tag darauf auf der Arbeit wieder eine gute Leistung erbracht werden kann. Anstatt also im Büro zu sitzen und wegen der Schmerzen nur halb so viel voranzubringen, würde es also auch für den/die Arbeitgeber*in Sinn machen, Angestellten während der Periode freizugeben. Außerdem würde das Unternehmen für viele zu attraktiveren Arbeitgeber*innen machen und dazu führen, dass man sich an seinem Arbeitsplatz sicher fühlt.

Wir fordern deshalb nach dem Vorbild Spaniens einen gesetzlich verankerten 3-tägigen Menstruationsbedingten Ausfall, der die Rechte Menstruierender schützen soll.

B – Bildung

Antrag B01: Verpflichtende Behandlung von kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung des afrikanischen Kontinents im niedersächsischen Geschichtsunterricht

Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Osterholz

Forderung

Die koloniale Unterdrückung und Ausbeutung des afrikanischen Kontinents durch die Kolonialmächte (u.a. durch das Deutsche Reich) soll ein verpflichtender Inhalt im niedersächsischen Kerncurriculum sein.

Begründung

Im Lehrplan an niedersächsischen Schulen werden im Geschichtsunterricht verschiedenste Inhalte aufgegriffen, nicht nur um geschichtliches Wissen, sondern auch eine Brücke zur Gegenwart zu vermitteln. Während jedoch Themen wie die Völkerwanderung oder das Mittelalter eingehend behandelt werden, fällt ein wichtiger geschichtlicher Teil häufig weg: Auch Deutschland hat eine koloniale Vergangenheit und trägt Schuld für die Verbrechen und Gräueltaten der Fremdherrschaft über den afrikanischen Kontinent im letzten Jahrtausend.

Besonders im Hinblick auf den immer wieder aufkommenden Rassismus in unserer Gesellschaft und dem oft mangelnden Verständnis gegenüber dem Umgang mit Raubkunst, der Rezeption von Kulturgut, nicht geleisteten "Wiedergutmachungen" oder auch politisch nicht korrekten Begriffen aus der Kolonialzeit, soll die Befassung mit der historischen Vergangenheit Bewusstsein für und mehr Rücksicht auf dieses Thema schaffen. Oft geschieht dies in der Realität aber kaum. Wird das Thema Kolonialismus im Geschichtsunterricht angesprochen, so geschieht dies häufig nur nebensächlich z.B. infolge des Beitrages schwarzer Sklaven bei der amerikanischen Revolution. Dabei ist dieses Thema so viel komplexer und nicht nur wegen der zunehmenden Globalisierung unserer Welt so viel wichtiger.

Als verpflichtender Grundstein im geschichtlichen Lehrplan, kann, und zwar in Form von Aufklärung und Wissen, ein wichtiger Beitrag gegen Rassismus geleistet werden.

Antrag B02: Mehr Arbeitnehmer*innen Rechte an Schulen – Einbindung von Gewerkschaften in den Unterricht

Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Emsland

Der Juso Landesvorstand möge beschließen, dass die Kerncurricula des Landes Niedersachsen im Fach Politik an allen allgemein-, und weiterbildenden Schulen in Niedersachsen, zukünftig Gewerkschaften und damit einhergehend Arbeitnehmer*innenrechte stärker thematisieren.

Hierfür fordern wir konkret, dass mindestens zwei Unterrichtsstunden im Fach Politik auf die Funktion und Geschichte von Gewerkschaften verwendet werden und ein zusätzlicher Projekttag eingeführt wird, an dem Gewerkschaften die Möglichkeit geboten wird, sich und ihre Arbeit vorzustellen.

Begründung:

Gewerkschaften spielen eine maßgebliche Rolle für die Arbeitnehmer*innen in unserem Land. Sie verhandeln über Tarifverträge, Arbeitszeit, Lohn und Urlaubszeiten im Berufsleben. Zudem bieten sie Arbeitnehmer*innen auch Beratung in Arbeitsrechtsangelegenheiten an. Leider stehen allerdings auch Gewerkschaften vor der Problematik des Mitgliederschwundes. Von 1991 bis 2020 hat sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften des DGB halbiert¹. Damit wir als Jusos und als SPD auch zukünftig die Möglichkeit haben, mit starken Gewerkschaften für bessere Arbeitnehmer*innen Rechte auf die Straße zu gehen, müssen wir uns dafür einsetzen, dass Gewerkschaften wieder stärker in den Fokus der Gesellschaft rücken. Ein guter Ansatzpunkt bietet sich hierfür an allen allgemein- und weiterbildenden Schulen. Durch eine verstärkte Thematisierung von der Funktion, Geschichte und der Arbeit von Gewerkschaften, eröffnet man Schüler*innen die Möglichkeit sich mit diesen vertraut zu machen und über ein eigenes Engagement nachzudenken. Zusätzlich kann hierdurch vermittelt werden, dass geregelte Arbeitszeiten oder auch Urlaubszeiten keine Selbstverständlichkeit sind, sondern diese hart erkämpft werden mussten, wodurch auch das Ansehen und die Wertschätzung von Gewerkschaften bei Schüler*innen wieder steigen soll.

Im niedersächsischen Schulgesetz steht in §2, dem Bildungsauftrag der Schulen, "Die Schülerinnen und Schüler sollen fähig werden, - die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen, die sich daraus ergebende staatsbürgerliche Verantwortung zu verstehen und zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen"². Wir sind der Meinung zur Übernahme „staatsbürgerlicher Verantwortung“ gehört auch die Partizipation in Gewerkschaften und der Einsatz für Arbeitnehmer*innen. Deshalb müssen Gewerkschaften Teil vom niedersächsischen Lehrplan werden.

[1]<https://www.sueddeutsche.de/politik/gewerkschaften-mitglieder-schwund-1.5519717>Nds. Schulgesetz Lesefassung zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 16. Dezember 2021.pdf

1 **Antrag B03: Freistellung der Schule für die Feuerwehr**

2 Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Nienburg

4 **Wir fordern:**

- 5 • Schüler*innen in Niedersachsen sollen für Feuerwehreinsätze freigestellt werden müs-
- 6 sen, sowie bis zu 11 Stunden nach einem Einsatz, um eine angemessene Ruhezeit ein-
- 7 zuhalten.
- 8 • Diese Regelung soll sowohl an gewöhnlichen Schultagen, wie auch Tagen, an denen
- 9 eine Arbeit/Klausur geschrieben wird, solange die Versäumnis-Tage durch die Feuer-
- 10 wehr nicht mehr als 10 sind, greifen.

11 **Begründung:**

12 Es ist möglich ab dem Alter von 16 Jahren aktives Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr zu sein,

13 jedoch gelten für Schüler*innen nicht die gleiche Gesetze wie für Arbeitnehmer*innen, so dass

14 sie für Feuerwehreinsätze von der Schule nicht freigestellt werden müssen. Dies kann negative

15 Folgen haben.

16 Fahren Schüler*innen aus diesen Gründen zu einem Einsatz nicht hin, so kann das gerade in

17 Personen-schwachen Feuerwehren zu Problemen führen. Und auch wenn es sich um eine nicht

18 Personen-schwache Feuerwehr handelt, so kann es auch hier gerade bei größeren Einsätzen

19 aus verschiedenen Gründen zu Problemen kommen.

20 Fahren Schüler*innen allerdings wissentlich oder unwissentlich, dass sie nicht freigestellt wer-

21 den müssen, zu einem Einsatz, können diese gerade an Tagen, an denen eine Arbeit/Klausur

22 geschrieben damit ihre Schulnote und gegebenenfalls sogar ihren Abschluss riskieren, da das

23 Fehlen an solchen Tagen häufig mit einem ärztlichen Attest entschuldigt werden muss. Arbei-

24 ten und Klausuren können allerdings für gewöhnlich nachgeschrieben werden, so dass Hilfsbe-

25 reitschaft und Ehrenamt bestraft werden. Des Weiteren kann es zur Folge haben, dass Schü-

26 ler*innen nach einem Einsatz keine Ruhezeit halten und damit ihre physische und psychische

27 Gesundheit beeinträchtigen.

28 Schulbildung ist ein wichtiges Gut, jedoch sind bis zu 10 Tage Fehlzeit, welche höchstwahr-

29 scheinlich nicht aneinander hängen, für die meisten Schüler*innen gut aufzuholen. Darüber

30 hinaus können auch Feuerwehren für Schüler*innen bildend sein. Sowohl in- und außerhalb

31 von Feuerwehreinsätzen können dort ihre Sozialkompetenz, sowie kognitive Fähigkeiten und

32 häufig auch ein praktisches Grundverständnis naturwissenschaftlicher Fächer gefördert wer-

33 den.

1 **Antrag B04: Aufklärungsunterricht Datenschutz und Social-Media Kompetenz**

2 Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Harburg

3

4 **Einführung:**

5 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

6 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode ein Ge-
7 setz in den Landtag einzubringen, in dem beschlossen wird, dass ab der höheren Grundschule
8 Aufklärungsunterricht in Datenschutz und Social-Media Kompetenzen gelehrt wird.

9 **Begründung:**

10 Wir leben in einer digitalen globalen verknüpften Welt, in der sowohl ein Informationsaus-
11 tausch innerhalb weniger Sekunden stattfinden kann als auch Daten weitergegeben werden
12 können, die nicht wieder zurückzunehmen sind.

13 Kaum eine Person, die nicht ein Interesse an der Materie hat oder in einem entsprechenden Be-
14 rufszweig arbeitet, kennt jedoch die Risiken im Veröffentlichen von Informationen.

15 Wie leicht Daten- aber auch insbesondere Identitätsdiebstahl zurzeit möglich ist, zeigen die
16 steigenden Zahlen der Straftäter*innen in den Bereichen von Cybermobbing bis zu Kreditkar-
17 tenbetrug.

18 Wir sind davon überzeugt, wenn schon in jungen Jahren kurz bevor die meisten einen regelmä-
19 ßigen unkontrollierten Zugang zum Internet bekommen eine Grundkompetenz aufgebaut
20 wird, die in den folgenden Schuljahren intensiviert wird, der Missbrauch von Daten gravierend
21 nachlässt. Ein positiver Nebeneffekt wäre mit Sicherheit auch, dass Straftäter*innen zum Bei-
22 spiel im Bereich von Pädophilie schwerer an Material herankommen, bzw. es mehr Leute gibt
23 die solche Inhalte sofort melden und sperren lassen.

1 **Antrag B05: Kein Fleisch mehr in Kantinen der Schule**

2 Antragssteller*innen: Jusos Unterbezirk Harburg

3

4 **Einführung:**

5 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

6 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert zu beschließen, dass in den Kantinen der Schulen des
7 Landes Niedersachsen nur noch an maximal zwei Tagen fleischhaltiges Essen angeboten wird
8 und dieses mindestens der Haltungskategorie IV entspricht.

9 **Begründung:**

10 Die Nutztierhaltung zerstört nicht nur Natur, Umwelt und Klima, sondern sorgt auch für Leid
11 auf Seiten der Tiere. Die Haltung sorgt für Krankheiten, multiresistenten Keime, sowie Verseu-
12 chung der Umwelt.

13 Der übermäßige Fleischkonsum, dem der Großteil der Menschen in Deutschland frönt, sorgt für
14 Krankheiten bei Menschen und damit einer Belastung des Gesundheitssystems.

15 Trotz diesen bekannten Fakten ist der Fleischkonsum in Deutschland übermäßig hoch.

16 Da heutzutage fast jede Mahlzeit Fleisch beinhaltet, sollte zumindest in Schulen dieser Verzehr
17 auf weniger als die Hälfte reduziert werden. Gerade im Hinblick auf den Ausbau der Ganztags-
18 schulen, kann eine Wirkung erzielt werden und die meisten Mahlzeiten sollten fleischofrei ge-
19 halten werden. Die Bedürfnisse nach Fleisch können bei Bedarf dann zu Hause nachgeholt wer-
20 den.

1 **Antrag B06: Mehr Partizipation von Jugendlichen an Schulen fördern**

2 Antragssteller*innen: Jusos Unterbezirk Harburg

3

4 **Einführung:**

5 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

6 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert zu beschließen, dass Debatten und Diskussionsrunden
7 nicht nur innerhalb von Wahljahren in Schulen ausgetragen werden sollen, sondern mindes-
8 tens einmal jährlich. Dieses fordern wir in den Lehrplan des Politikunterrichts an niedersächsi-
9 schen Schulen zu etablieren. Hierbei wäre die Einbindung der demokratischen Jugendparteien
10 anzustreben.

11 **Begründung:**

12 Hiermit soll eine stärkere Partizipation von politisch interessierten Jugendlichen erreicht wer-
13 den. Dieses könnte unter Anderem zu einer höheren Beteiligung von Jugendlichen in Parteien
14 führen und ebenso den Meinungsbildungsprozess der Schüler fördern und verstärken. Infolge-
15 dessen sollte dieses auch zu einer signifikanten Steigerung der Wahlbeteiligung unter Jugendli-
16 chen führen.

Antrag B07: Sprache ist kein Luxus! Sprachförderkräfte als fester Bestandteil niedersächsischer Kindertageseinrichtungen

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

Wir fordern eine gesetzliche Verpflichtung auf Landesebene:

- dass pro Kindertageseinrichtung in Niedersachsen zusätzlich zu den pädagogischen Fachkräften mindestens eine qualifizierte Sprachförderkraft eingestellt werden muss.
- dass diese Sprachförderkräfte unbefristet und projektunabhängig eingestellt werden.
- dass die Anzahl der Fachkräfte bzw. Stunden sich nach Anzahl der zu betreuenden Kinder in der Einrichtung zu richten hat, aber mindestens 20 Wochenstunden betragen muss.

Die Aufgaben der Sprachförderkräfte sollen dabei vor allem sein:

- Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte bei der Beobachtung und Dokumentation der sprachlichen Kompetenzen
- Feststellung besonderer Sprachförderbedarfe und ggf. Unterstützung bei der Suche von gezielten Förder- oder Therapiemaßnahmen
- Angebote zur alltagsintegrierten Sprachbildung (mit-)entwickeln sowie gezielte und individuelle Sprachfördermaßnahmen für Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf durchführen
- Beratung und Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte
- Zusammenarbeit mit Familien, Schulen sowie Ärzt*innen und Sprachtherapeut*innen

Qualifikation und Arbeitsweise:

Neben der pädagogischen Kompetenz der Sprachförderkräfte muss bei der Einstellung vor allem auch auf die Qualifikation im Bereich Sprachförderung/-bildung geachtet werden. Gleichzeitig muss eine bundesweite Angleichung der fachlichen Anforderungen an Sprachförderkräfte über die KMK erfolgen. Aus dem Bedarf der Sprachförderung ergibt sich die Notwendigkeit der multiprofessionellen Teams in Kindertageseinrichtungen. Die Sprachförderkräfte sind dabei ein Schritt in diese Richtung. Ziel muss es sein, umfassende multiprofessionelle Teams zu bilden, um den wachsenden Anforderungen in Kindertageseinrichtungen gerecht zu werden.

Begründung

Sprache als Schlüssel zur Welt

Sprache stellt einen besonders wichtigen Bestandteil in der gesamtkindlichen Entwicklung dar und ist damit eine der zentralen Schlüsselkompetenzen. Sprache wird in einem ganzheitlichen Sinn begriffen und ist gleichermaßen ein verbal-, vor- und nichtsprachlich kommunikatives Ausdrucksmittel im Erst- oder Zweitspracherwerb von Kindern. Besonders die Jahre, in denen

Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen, sind der entscheidende Zeitraum für die kindliche Sprachentwicklung, die Grundlage für einen gelingenden Schriftspracherwerb und damit eine zentrale Voraussetzung für den Bildungserfolg und die Teilhabe an unserer Gesellschaft.

Die alltagsintegrierte Sprachbildung und Sprachförderung ist als Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen in Niedersachsen gesetzlich verankert: Spätestens mit Beginn des letzten Kindergartenjahres ist laut Niedersächsischem Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege

(NKiTaG) vom 7. Juli 2021, §14, Absatz 1 „von den Kindertagesstätten die Sprachkompetenz dieser Kinder zu erfassen“ und die Kinder „sind auf der Grundlage des pädagogischen Konzepts individuell und differenziert von den Kindertagesstätten zu fördern“. Darüber hinaus „führt die Kindertagesstätte mit den Erziehungsberechtigten ein Gespräch über die Entwicklung des Kindes“ laut §14, Absatz 2, das „bei einem Kind mit besonderem Sprachförderbedarf auch der Planung seiner individuellen und differenzierten Sprachförderung“ dient.

Situation der Sprachbildung/-förderung in niedersächsischen Kindertageseinrichtungen

Repräsentative Elternbefragungen wie NEPS oder AID:A haben erhoben, dass bei etwa jedem 5. Kind in der Altersgruppe der 5-jährigen ein Sprachförderbedarf festgestellt wurde. Unterschiede nach Familiensprache, Migrationshintergrund, Geschlecht und Schulabschluss der Eltern sind deutlich erkennbar. Auch bei über 20% derjenigen Kinder, die zu Hause überwiegend Deutsch sprechen, wurde ebenfalls eine verzögerte Sprachentwicklung festgestellt. Dies ist gesamtgesellschaftlich eine Herausforderung, da es einen Großteil der Kinder unabhängig von bspw. Mehrsprachigkeit betrifft. Trotz dessen erfordert die Sprachbildung und -förderung mehrsprachig aufwachsender Kinder spezifische Handlungskompetenzen von Seiten der Fachkräfte, weshalb diese Kinder bis heute oft durchs Raster fallen, anstatt die Potenziale der Kinder zu nutzen.

Aufgrund des weiterhin bestehenden akuten Personalmangels in frühkindlichen Bildungseinrichtungen und den daraus resultierenden fehlenden zeitlichen Ressourcen können viele pädagogischen Fachkräfte dem gesetzlichen Auftrag und dem Bedarf der Kinder an Sprachbildung/-förderung nicht gerecht werden. Darüber hinaus fehlt den Fachkräften teilweise die spezifische Qualifikation.

Das seit 2016 bestehende Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert alltagsintegrierte sprachliche Bildung als festen Bestandteil in der Kindertagesbetreuung. Bundesweit ist etwa jede 10. Kita eine sogenannte Sprach-Kita, in der eine zusätzliche Fachkraft (meist pädagogische Fachkräfte oder Sprachtherapeut*innen) mit halber Stelle durch das Bundesministerium gefördert wird. Das Bundesprogramm ist zwar ein guter Schritt in die richtige Richtung, löst langfristig aber nicht die bestehenden Probleme: zum einen, weil der Anteil der geförderten Einrichtungen zu gering ist, um ein flächendeckendes Angebot für alle Kinder zu gewährleisten., zum anderen, weil die Förderung projektbasiert ist und damit mit befristeten Stellen einhergeht und diese somit für qualifizierte Fachkräfte unattraktiver werden.

76 Es gibt mittlerweile ein sehr breites Spektrum an Ausbildungen und Studiengängen in diesem
77 Fachbereich, die teilweise nicht allen Bundesländern angeboten werden. Deshalb ist eine bun-
78 desweite Harmonisierung beim Zugang zu den Sprachförderstellen notwendig, um den durch-
79 aus qualifizierten Fachkräften die Arbeit zu ermöglichen. Stattdessen führt die aktuelle Situa-
80 tion zur zusätzlichen Verknappung, obwohl schon ein akuter Fachkräftemangel besteht. So
81 können zum Beispiel akademische Sprachtherapeut*innen im Rahmen des Bundesprogramms
82 als Sprachförderkräfte arbeiten, in Einrichtungen, die über das Land Niedersachsen finanziert
83 werden, jedoch nicht.

84 Deshalb brauchen wir qualifizierte Sprachförderkräfte als festen Bestandteil aller niedersächsi-
85 schen Kindertageseinrichtungen!

1 **Antrag B08: Lehrer*innenbildung braucht Inklusion!**

2 Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

3
4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5 Wir fordern den Erhalt der Professur für inklusive Schulentwicklung der Leibniz Universität
6 Hannover, welche die einzige ihrer Art in Niedersachsen darstellt. Die Schuldzuweisungen zwi-
7 schen Land und Präsidium sollen beendet werden und das Land muss ihre im Grundgesetz ver-
8 ankerte Verantwortung für das Recht auf inklusive Beschulung übernehmen. Um diese weiter-
9 hin zu gewährleisten und auch zukünftige Lehrkräfte entsprechend ausbilden, ist der Erhalt der
10 Stelle unabdingbar.

11 Wir fordern außerdem die Schaffung vergleichbarer Professuren an allen Universitäten in Nie-
12 dersachsen, die Lehrer*innen ausbilden. Die nötigen Gelder hat das Land im Rahmen der Hoch-
13 schulfinanzierung zur Verfügung zu stellen.

14 **Begründung**

15 Im Zuge der globalen Minderausgaben des Landes Niedersachsen soll neben 23 weiteren Pro-
16 fessuren auch die für Inklusive Schulentwicklung gestrichen werden.[1] Niedersachsen steht
17 der UN-Behindertenrechtskonvention nach in der Verantwortung, Kindern und Jugendlichen
18 mit Behinderungen und Benachteiligungen eine inklusive Beschulung zu gewährleisten. Daher
19 muss das niedersächsische Bildungssystem inklusiver gestaltet werden und ausgebaut werden,
20 wozu die Professur mit ihrer Forschung einen großen Teil beiträgt. Eine Streichung dieser Pro-
21 fessur ist nicht nur bildungspolitisch ein falsches Signal, sondern bedeutet auch den Verlust ei-
22 nes für die Lehramtsausbildung wichtigen Faches.[2]

23 Im Zuge des steigenden Bedarfs nach sonder- und inklusionspädagogischer Expertise im Bil-
24 dungswesen ist es zwingend erforderlich, dass zur Gestaltung eines komplexen Schultages
25 weiterhin auf wissenschaftliche Forschung gesetzt wird und es Bestandteil der Lehramtsausbil-
26 dung bleibt.

27 [1] [https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/wie-niedersachsen-die-](https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/wie-niedersachsen-die-hochschulausgaben-kuerzt-17272890-p2.html)
28 [hochschulausgaben-kuerzt-17272890-p2.html](https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/wie-niedersachsen-die-hochschulausgaben-kuerzt-17272890-p2.html)

29 [2] [https://www.ifs.uni-hannover.de/de/institut/news-und-veranstaltungen/news/aktuelles-](https://www.ifs.uni-hannover.de/de/institut/news-und-veranstaltungen/news/aktuelles-detailansicht/news/presseerklaerung-allianz-fuer-inklusive-bildung-fordert-den-erhalt-der-professur-fuer-inklusive-schul/)
30 [detailansicht/news/presseerklaerung-allianz-fuer-inklusive-bildung-fordert-den-erhalt-der-](https://www.ifs.uni-hannover.de/de/institut/news-und-veranstaltungen/news/aktuelles-detailansicht/news/presseerklaerung-allianz-fuer-inklusive-bildung-fordert-den-erhalt-der-professur-fuer-inklusive-schul/)
31 [professur-fuer-inklusive-schul/](https://www.ifs.uni-hannover.de/de/institut/news-und-veranstaltungen/news/aktuelles-detailansicht/news/presseerklaerung-allianz-fuer-inklusive-bildung-fordert-den-erhalt-der-professur-fuer-inklusive-schul/)

1 **Antrag B09: Kostenloses Mensaessen an Schulen**

2 Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

3

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5 Wir fordern, dass alle Schüler*innen in Niedersachsen ein für sie kostenfreies, gesundes und
6 warmes Mittagessen bekommen.

7 **Begründung**

8 Wir sehen es als unverantwortlich an, dass es vom Einkommen der Eltern abhängig ist, ob Kin-
9 der und Jugendliche ein anständiges, ausgewogenes Mittagessen in den Schulen bekommen
10 und somit am sozialen Miteinander in den Schulen teilhaben können. Auch Eltern, die nicht
11 Empfänger*innen von Arbeitslosen Geld II sind, haben oft aus finanziellen Gründen Schwierig-
12 keiten ihren Kindern ein Mittagessen in den Schulen zu ermöglichen. Deswegen setzen wir uns
13 für ein kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen in den Springer Schulen ein.

1 **Antrag B10: Lange Prüfungen-Unterrichtsschluss!**

2 Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

3

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5 Die Jusos-Landeskonferenz möge beschließen, dass nach Klausuren/Arbeiten ab 180min an
6 niedersächsischen Schulen kein Unterricht mehr stattfinden darf. Bei Prüfungen (z.B. Ab-
7 schlussprüfung, Abiturprüfung etc.) findet im Anschluss, unabhängig von deren Länge, kein
8 Unterricht mehr statt.

9 **Begründung**

10 Momentan ist es an Schulen erlaubt, dass Schüler*innen nach Klausuren/Arbeiten und Prüfun-
11 gen wie dem Vorabi, trotz ihrer langen und konzentrationserfordernden Klausur, weiterhin Un-
12 terricht haben können. Jedoch ist die Konzentrationsspanne nach diesen Klausuren nicht mehr
13 vorhanden, die Schüler*innen schwänzen den Unterricht oder können schlichtweg nicht mehr
14 mitarbeiten.

15 Der Unterrichtsausfall ist nicht dermaßen dramatisch, da nach diesen Klausuren wenig bis kein
16 Wissen noch nachhaltig vermittelt werden kann. Es schadet lediglich der Note der Schüler*in-
17 nen.

1 **Antrag B11: Unabhängige Schulqualitätsstudie**

2 Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

3

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5 Die Jusos-Landeskonferenz möge beschließen, dass die SPD-Niedersachsen die Landesregie-
6 rung auffordert, eine unabhängige Studie zur Unterrichtsversorgung an niedersächsischen
7 Schulen zu beauftragen.

8 **Begründung**

9 Langsame Digitalisierung, Lehrer*innen Unterversorgung, marode Schulen. Probleme, welche
10 es bereits zur letzten Landtagswahl in Niedersachsen gab und weiterhin bestehen. Zur Evaluie-
11 rung, welche Probleme in welchem Ausmaß bestehen, muss eine unabhängige Studie in Auf-
12 trag gegeben werden, die evaluiert, welche Probleme nach wie vor bestehen. Schönrechnerei
13 bei der Unterrichtsversorgung bekämpfen höchstens die Statistik, aber nicht die Realität

14 Auf Grundlage dieser Studie können dann weitere Schritte zur Verbesserung der Schulen statt-
15 finden, damit „Bildungsland Niedersachsen“ keine Hülle bleibt, sondern dem Anspruch gerecht
16 wird.

Antrag B12: Aufhebung Fächerkombinationsperren an Universitäten beim Studiengang Lehramt an weiterführenden Schulen

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

- Die Jusos-Landeskonferenz möge beschließen, dass die bestehenden
- Fächerkombinationssperren beim Lehramt an weiterführenden Schulen abgeschafft werden.
- Fächer dürfen frei kombiniert werden.

Begründung

Durch die Fächerkombinationssperre entstehen unnötige Hürden in der Lehrer*innenlaufbahn, wenn dieser Beruf angestrebt wird. Niedersachsen ist eines der wenigen Länder, mit jenen Hürden. Angesichts des Lehrer*innenmangels kann es sich Niedersachsen nicht leisten, potentielle Lehrkräfte an andere Bundesländer zu verlieren, da diese dort ihre Wunschkombination erhielten, welche ihnen in Niedersachsen verwehrt wurde.

Schönrechnerei bei der „100%-Unterrichtsversorgung“ erzeugt auf dem Papier volle Stundenpläne, in der Realität fallen Stunden aus, da keine Lehrkräfte vorhanden sind.

Die Abschaffung der Kombinationssperre würde einen Beitrag dazu leisten, dass weniger mögliche niedersächsische Lehrer*innen abwandern.

1 **Antrag B13: Abschaffung Langzeitstudiengebühren und Verwaltungskostenbeitrag für**
2 **Studierende**

3 Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

4
5 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

6 Wir fordern die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, die im niedersächsischen
7 Hochschulgesetz festgeschriebenen Langzeitstudiengebühren, sowie den Verwaltungskosten-
8 beitrag für Studierende zu streichen. Den Hochschulen, Universitäten und Studierendenwerken
9 sollen die fehlenden Gelder über den Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

10 **Begründung**

11 Studierende in Niedersachsen müssen im bundesweiten Vergleich enorm hohe Semesterbei-
12 träge zahlen, diese liegen oft über 300€. An der Leibniz Universität Hannover sind es zum Som-
13 mersemester 2022 433,61€. Die Gelder fließen zu großen Teil an die Verkehrsverbünde für das
14 landesweite Semesterticket und an die Studierendenwerke, da die Grundfinanzierung vom
15 Land zu gering ist. Die Verwaltungskosten in Höhe von 75€ können meist im Hochschulhaus-
16 halt nicht konkret nachgewiesen werden. Der Fehlbetrag sollte durch eine Erhöhung der
17 Grundfinanzierung der Hochschulen gedeckt werden.

18 Zusätzlich den Verwaltungskosten zählen die Langzeitstudiengebühren zu einem Kostenpunkt.
19 Andere Bundesländer haben diese schon vor Jahren abgeschafft. Die Langzeitgebühren betref-
20 fen Studierende, die die Regelstudienzeit um 4 Semester überschreiten. Die Zusatzbelastung
21 mit 500€ pro Semester zusätzlich zum Semesterbeitrag ist enorm hoch. Somit wäre am Bei-
22 spiel der Leibniz Universität Hannover mit 833,61€ fast der BAFöG Höchstsatz im Monat der
23 Rückmeldung zu bezahlen.

1 **Antrag B14: Abschaffung der Sperrkontopflicht für ausländische Studierende**

2 Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5 Wir fordern die Landesregierung, sowie die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, ein Gesetzesvorha-
6 ben auf Landesebene, sowie eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Sperrkontopflicht
7 für Studierende aus Nicht-EU-Staaten auf den Weg zu bringen.

8 **Begründung**

9 Ein Sperrkonto müssen alle Studierenden aus dem Nicht EU-Ausland nachweisen, auf diesem
10 muss ein Betrag in Höhe von 10.332€ hinterlegt sein. Der Wert orientiert sich am 12-fachen
11 BAFöG- Höchstsatz. Die betroffenen Studierenden müssen dies auch bei einer Verlängerung
12 des Aufenthaltsstatus erneut vorweisen. Durch die Höhe und den fehlenden Zugriff auf das ge-
13 sperrte Geld, abgesehen von der monatlichen Ausschüttung, werden Studierenden hier noch
14 mehr Hürden für ein Studium in Deutschland gesetzt. In Niedersachsen besteht zwar zudem
15 die Möglichkeit, dass eine Bürgschaft für die Studierenden übernommen wird. Dies geht jedoch
16 mit hohen Anforderungen und Risiken an den die Bürgen einher. Für uns ist dies keine zumut-
17 bare Alternative!

18 In anderen Bundesländern wie z.B. in Hamburg wird kein Sperrkonto mehr verlangt. Es genügt
19 eine Selbsterklärung, dass genug Geld zur Finanzierung des Studiums bereitsteht. Dies ist keine
20 abschließende Lösung, dafür ist eine künftige Öffnung des BAFöG für Ausländische Studie-
21 rende wichtig. Dieses muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus für alle Studierenden in
22 Deutschland verfügbar sein.

23 Als wenn diese Gründe zur Abschaffung des Sperrkontos sowohl in Niedersachsen, als auch
24 deutschlandweit nicht schon genug wären, sind im Juni 2021 eine Vielzahl von Studierenden
25 von Sperrkontoanbietern getäuscht worden. So erhielten mehrere hundert Studierende keine
26 Auszahlungen von ihren eigenen Sperrkonten und mussten so monatelang mit Existenznöten
27 leben. Eine Abschaffung der Sperrkontopflicht würde somit einer Vielzahl von Studierenden
28 helfen.

30 Verweise

31 Hamburg:

32 [https://www.hamburg.de/conten-blob/3724684/a0ffeb6832affb9f80a84068c2a22989/
33 data/amt-m-m31-info-ausl-studenten-2021-deutsch.pdf](https://www.hamburg.de/conten-blob/3724684/a0ffeb6832affb9f80a84068c2a22989/data/amt-m-m31-info-ausl-studenten-2021-deutsch.pdf)

34 Auswärtiges Amt:

35 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/sperrkonto/375488>

- 36 Tagesschau:
37 [https:// www.tagesschau.de/investigativ/swr/studierende-sperrkonten- existenznot-103.html](https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/studierende-sperrkonten-existenznot-103.html)
38 Bund Ausländischer Studierender:
39 [https://bas-ev.de/aufruf-zur-kundgebung-wider-die-ausbeutung-auslaendischer-studieren-](https://bas-ev.de/aufruf-zur-kundgebung-wider-die-ausbeutung-auslaendischer-studierenden-der/)
40 [der/](https://bas-ev.de/aufruf-zur-kundgebung-wider-die-ausbeutung-auslaendischer-studierenden-der/)
41 GEW:
42 <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/im-labyrinth-der-buerokratie>

1 **Antrag B15: Gesundheit im Biologieunterricht verstärkt behandeln**

2 Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/ Ammerland

4 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 5 • •An Niedersächsischen Schulen sollen die eigene Gesundheit, gesunde Ernährung und
6 weitere gesundheitliche Themen verstärkt in den Biologieunterricht einfließen und im
7 Kerncurriculum der Sekundarstufe 1 präsenter verankert werden.

8 **Begründung:**

9 Gesundheit ist ein essentielles Bedürfnis eines jeden Menschen. Deshalb muss Gesundheit im
10 Schulunterricht den Stellenwert bekommen, den Gesundheit auch verdient. Zurzeit werden im
11 Rahmen des Biologieunterrichts viele Themen, teils sehr akademisiert unterrichtet, welche
12 zwar eine Relevanz für ein späteres Studium, weniger jedoch für das eigentliche Leben haben.
13 Vielmehr sollten im Biologieunterricht auch Themen wie Erste Hilfe, gesunde Ernährung, be-
14 stimmte Volkskrankheiten und deren Prävention etc. behandelt werden.

15 Besonders besorgniserregend ist ein erheblicher Anstieg von Essstörungen wie Magersucht
16 oder Adipositas sowie mentalen Erkrankungen gerade bei Kindern und Jugendlichen. Diese
17 Entwicklungen dürften aufgrund der Pandemie, Kriege, mentalen Belastungen sowie den stei-
18 genden Lebensmittelpreisen weiter getrieben werden. Aufgrund dessen ist es sehr wichtig,
19 dass Kinder und Jugendliche schon früh Wissen über Gesundheit erhalten.

1 **Antrag B16: Schulgesundheitsfachkräfte an Niedersächsischen Schulen einsetzen**

2 Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

4 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 5 • Es soll in Niedersachsen ein Modellprojekt nach dem Vorbild von Hessen und Branden-
- 6 burg für Schulgesundheitsfachkräfte gestartet werden.

7 **Begründung:**

8 Schulgesundheitsfachkräfte (SGFK) fördern durch ihre Arbeit in vielfältiger Weise die Gesund-

9 heit an Schulen. Dies zeigt auch ein Modellprojekt der Länder Hessen und Brandenburg. So ga-

10 ben am Ende des o.g. Modellprojektes über 50% der befragten Schüler*innen an, dass sie nun

11 öfter über ihre Gesundheit nachdenken würden und dass sie viel über ihre eigene Gesundheit

12 gelernt haben.

13 SGFK sind in der Regel Pflegefachkräfte, die eine entsprechende Weiterbildung besitzen. Sie

14 können unter anderem folgende Aufgaben übernehmen:

- 15 • Versorgung und Erste Hilfe bei akut Erkrankten oder Verletzten Kindern
- 16 • Unterstützung von Kindern mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen
- 17 (z.B. Behandlungspflege)
- 18 • Gesundheitsförderung und Prävention
- 19 • Kinder nach längerer Krankheit bei der Wiedereingliederung unterstützen
- 20 • Ansprech- und Vertrauensperson für Schüler*innen mit gesundheitlichen Problemen
- 21 • Netzwerkarbeit mit anderen Professionen und Institutionen
- 22 • Mitwirkung am Unterricht bei gesundheitlichen Themen

23 Im Rahmen des Modellprojektes zeigte sich auch, dass Lehrer*innen von der Arbeit der SGFK

24 profitieren konnten. Die Lehrer*innen fühlten sich durch die SGFK spürbar entlastet und konn-

25 ten z.B. die Versorgung von einzelnen, akut erkrankten Schüler*innen an die SGFK abgeben.

26 Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Schulgesundheitsfachkräfte eine enorme Bereiche-

27 rung für den Schulalltag darstellen und dass deshalb auch in Niedersachsen ein solches Modell-

28 projekt gestartet werden sollte, mit dem langfristigen Ziel, Schulgesundheitsfachkräfte flä-

29 chendeckend an niedersächsischen Schulen zu beschäftigen.

31 **Quellen:**

32 Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Potsdam e.V.:

33 <https://schulgesundheitsfachkraft.de/>

1 **Antrag B17: Faire Vergütung für Lehrkräfte auf Klassenfahrten**

2 Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

3

4 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen, dass:

- 5 • die Aufwandsvergütung für die Verpflegung und Unterbringung der Lehrkräfte auf
6 Klassenfahrten allumfassend ist.

7

8 **Begründung:**

9 Für jede*n Schüler*in sind Klassenfahrten das Highlight seiner*ihrer Schullaufbahn. Für Lehr-
10 kräfte bedeutet es hingegen 24 Stunden Arbeit. Wäre das nicht schon genug, müssen Lehr-
11 kräfte für ihre Verpflegung sowie Unterbringung auch noch draufzahlen, da die Landesregie-
12 rung ihnen bei Fahrten ins Ausland nur Acht Zehntel ihrer Ausgaben zurückerstatten. Bei inlän-
13 dischen Fahrten sieht es noch dramatischer aus, da sind es nur die Hälfte der Ausgaben, die am
14 Ende vergütet werden.

15 Die Kosten für die Unterbringung werden auch nur zur Hälfte erstattet.

1 **Antrag B18: Respekt gegenüber angestellten Lehrkräften**

2 Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

4 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen,

- 5 • dass die künftige Landesregierung den Arbeitsvertrag für angestellte Lehrer*innen zeit-
- 6 lich entfristet.

8 **Begründung:**

9 Kurz vor den Sommerferien, zum Schuljahresende, werden zahlreiche angestellte Lehrkräfte in

10 die Arbeitslosigkeit geschickt, damit sich das Land die Gehälter über die Ferien sparen kann.

11 Zum neuen Schuljahr werden die Lehrer*innen oft mit einem neuen, weiterhin befristeten Ar-

12beitsvertrag bis zu den nächsten Sommerferien eingestellt.

13 Das bedeutet für die einzelnen Lehrer*innen ein Gehaltsausfall für mindestens 1,5 Monate und

14 eine enorme Unsicherheit, ob sie nächstes Schuljahr erneut angestellt werden. Als wäre dies

15 nicht prekär genug, wird durch solch ein Vorgehen der Lehrer*innenberuf in Zeiten von akutem

16 Lehrkräftemangel noch unattraktiver.

17 Wie viele Lehrkräfte betroffen sind, ist schwer zu sagen, da sich nicht alle arbeitslos melden.

18 Dennoch meldeten sich in den Sommerferien 2021 bundesweit ca. 5.700 Lehrkräfte arbeitslos.

19 In Niedersachsen haben sich, laut einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 670 Lehrkräfte

20 arbeitssuchend gemeldet. Das sind 52 Prozent der Arbeitslosmeldungen unter Lehrkräften (in

21 Niedersachsen) im gesamten Jahr.

22 Als Partei des Respekts und in Zeiten von akutem Lehrkräftemangel muss diesem Vorgehen ein

23 Ende gesetzt werden.

1 **Antrag B19: Einführung eines neuen Schulfaches namens „Lebenskunde“**

2 Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

4 Die Landeskonzferenz möge beschließen, dass...

- 5 1. ein neues Schulfach namens „Lebenskunde“ eingeführt wird, welches verpflichtend für
- 6 alle Schüler*innen ab der 7. Klasse ist, nicht benotet und eine Stunde in der Woche un-
- 7 terrichtet wird.
- 8 2. ein Curriculum für das neu entstandene Fach von Expert*innengremien entwi-
- 9 ckelt wird, welches sich an die (spätere) Lebensrealität von Schüler*innen anpasst (In-
- 10 halte z. B.: Persönlichkeitsentwicklung, Verantwortung für Natur und Gesellschaft, Ken-
- 11 nen der eigenen Rechte und Pflichten, Reflexion des eigenen Verhaltens in sozialen Zu-
- 12 sammenhängen, Humanistische Lebensorientierung).

14 **Begründung:**

15 In den aktuellen Lehrplänen wird zu wenig auf die (spätere) Lebensrealität der Schüler*innen
16 geachtet. So kommt es dazu, dass viele Schüler*innen nach der Schule überfordert sind, sich im
17 echten Leben zurechtzufinden. Sie müssen sich nicht mehr mit Gedichten oder der Zellteilung
18 befassen, sondern sich mit Mietverträgen und Steuererklärungen rumschlagen.

19 Wir müssen künftig Schule neu denken. Sie soll nicht mehr nur bloß Wissen vermitteln, son-
20 dern Schüler*innen zu mündigen Bürger*innen erziehen und auf das spätere Leben individuell
21 vorbereiten. Hierfür soll ein neues Schulfach inkl. eigenem Curriculum eingerichtet werden, da
22 diese besondere Herausforderung zu keiner Querschnittsaufgabe bagatellisiert werden darf.

1 **Antrag B20: Außerschulische, politische Bildung stärken - kommunale Zentren für poli-**
2 **tische Bildung schaffen**

3 Antragssteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

5 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

- 6 • Es sollen vom Land geförderte kommunale Zentren für politische Bildung geschaffen
7 werden. Diese sollen sich dafür einsetzen, dass die Strukturen der Kommunalpolitik
8 und der gesellschaftlichen Mitbestimmung in die Lehrpläne einfließen, aber auch au-
9 ßerschulische Angebote und Projekte zur politischen Bildung verwirklichen. Es sollen
10 auch Möglichkeiten der politischen Bildung für Erwachsene gefunden werden, um ein
11 möglichst vielfältiges Angebot schaffen zu können.

12 **Begründung:**

13 Ein wichtiger Bestandteil einer wehrhaften Demokratie ist die Bildung bzw. die Aufklärungsar-
14 beit. Wichtig ist hierbei die Aufklärung über demokratische Prozesse und Partizipationsmög-
15 lichkeiten, insbesondere vor Ort. Um eine demokratische Gesellschaft zu stärken, braucht es
16 Menschen, die ihre Möglichkeiten und Rechte kennen und verstehen, um sie so auch nutzen zu
17 können. Leider scheint es vermehrt, als wäre gerade die kommunale Politik für viele Menschen
18 weniger präsent bzw. schwerer zu greifen, dabei hört man immerzu, die Kommune sei die
19 "Herzkammer" der Demokratie. Mitbestimmungsrechte und -möglichkeiten, Informationsan-
20 gebote, Strukturen und Zuständigkeiten der kommunalen Ebene - all das muss bei Schüler*in-
21 nen verstärkt thematisiert werden. Aber auch Erwachsenen müssen aufbereitete Angebote
22 präsentiert werden. Hierzu braucht es entsprechende Zentren, die direkt vor Ort mitwirken
23 können, mit Schulen zusammenarbeiten und Projekte anstoßen können, um die politische Bil-
24 dung zu stärken. Es ist im Interesse aller, wenn alle Ebenen der Politik zugänglicher und ver-
25 ständlicher gemacht werden. Wenn Menschen partizipieren, auch über Wahlen hinaus und
26 wenn der Wert der Demokratie, auch der kommunalen Demokratie, verstärkt behandelt wird,
27 ist das ein Gewinn für unsere Gesellschaft.

1 **Antrag B21: Mehr und fairere Praxisphasen für Lehramtsstudierende**

2 Antragssteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

4 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

- 5 • Die (Mindest-)Dauer bzw. Anzahl der Praxisphasen (Praktika) im Lehramtsstudium (Ba-
- 6 chelor und Master) soll für alle Schulformen erhöht und vereinheitlicht werden.
- 7 • Lehramtsstudierende sollen innerhalb dieser Praxisphasen (Praktika) eine entspre-
- 8 chende Vergütung erhalten, die dem Arbeitsaufwand gerecht wird.

9 **Begründung:**

10 Das Lehramtsstudium soll die Studierenden auf ihre spätere Tätigkeit in der Schule vorbereiten

11 und sie zu qualifizierten Lehrkräften ausbilden. Hierzu sind Praktika sowohl im Bachelor- als

12 auch im Masterstudiengang vorgesehen. Gerade im Bachelorstudium zeigt sich, dass die vorge-

13 sehene Dauer für das Schulpraktikum noch Luft nach oben hat. Das sogenannte Allgemeine

14 Schulpraktikum ist für alle Lehramtsstudierende allgemeinbildender Schulformen im Bachelor

15 mit einer Dauer von wenigen Wochen festgesetzt. Diese Zeit ist viel zu kurz, um sich einzule-

16 ben, einen ehrlichen Eindruck vom Schulalltag zu gewinnen und die eigene Lehrer*innenper-

17 sönlichkeit zu erproben. Eine Erhöhung der Praktikumsdauer würde den Erfahrungsschatz

18 deutlich verbessern.

19 Studierende des gymnasialen Zweigs absolvieren beispielsweise im Bachelor- und Masterstudi-

20 engang verschiedene Praktikas mit einer Dauer von insgesamt ca. 18 Wochen. GHR300-Lehr-

21 amtsstudierende absolvieren indes jeweils mindestens 4 Wochen im allgemeinen Schulprakti-

22 kum sowie im außerschulischen Betriebs- und Sozialpraktikum sowie einen 18-wöchigen Pra-

23 xisblock im Masterstudiengang.

24 Insbesondere der Umgang mit Schüler*innen, Classroom-Management, Unterrichtsplanungen

25 und -abläufe und andere praktische Aspekte einer Lehrkraft werden am besten erlernt, wenn

26 sie in der Praxis beobachtet und erprobt werden können. Genügend Zeit dafür zu haben, ist es-

27 sentiell, denn viele Aspekte entwickeln sich erst mit der Zeit, wachsender Erfahrung und durch

28 wiederholtes Üben. Natürlich beinhalten diese Praxisphasen für Lehramtsstudierende auch ei-

29 nen nicht unerheblichen Arbeitsaufwand, der, gerade auch bei längeren Phasen, vergütet wer-

30 den sollte, ähnlich wie in manch anderen Praktika.

1 **Antrag B22: Awareness für psychische Erkrankungen innerhalb der Schule**

2 Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

4 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 5 • In Schulen muss zum Schutze und zur Unterstützung erkrankter Schüler*innen und zur
- 6 Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen verpflichtend ein Awareness-Konzept für
- 7 den Umgang mit psychischen Erkrankungen umgesetzt werden.
- 8 • Die Konzeption der Leitlinie für den Umgang mit erfolgt durch ein interdisziplinäres Ex-
- 9 pert*innengremium, sodass Schulen diese Leitlinien für sich übernehmen können.
- 10 • Mit Informations- und Aktionstagen oder Awareness-Wochen soll außerdem im Schul-
- 11 kontext für die mentale Gesundheit sowie Erkrankungen sensibilisiert werden.
- 12 • Professionalisierungsangebote sollten als Zusatzqualifikation für (Klassen-)Lehrer*in-
- 13 nen verpflichtend sein. Diese können beispielsweise in Form von Workshops im Rah-
- 14 men von Fort- und Weiterbildungen auf Grundlage des Awareness-Konzepts und in Zu-
- 15 sammenarbeit mit Kooperationsstellen etabliert werden.
- 16 • Der Betreuungsschlüssel von Schulpsycholog*innen sowie Sozialpädagog*innen
- 17 soll angehoben werden, um die Implementierung des Konzepts an den Schulen umzu-
- 18 setzen sowie die Bedarfe decken.

20 **Begründung:**

21 Momentan gibt es durch Pandemie, Spätfolgen sozialer Isolation und dem Aufholen des ver-

22 passten Stoffes einen enormen Druck auf Schüler*innen, der zu einem rasanten Anstieg an psy-

23 chischen Erkrankungen in dieser Altersgruppe führt.

24 Die häufigsten Ursachen für psychische Störungen bei Kindern und Jugendlichen sind laut Ärz-

25 teblatt Stress, Leistungsdruck durch Schule und Eltern, Versagensängste, eine dauerbeschleu-

26 nigte Gesellschaft und digitale Reizüberflutung, Mobbing (z.B. in sozialen Netzwerken), Streit

27 mit Mitschülern, Konkurrenzdruck, gesellschaftlicher Druck durch Medien und Influencer (z.B.

28 falsche Schönheitsideale) oder auch Geldsorgen, familiäre Probleme (z.B. Scheidung der Eltern).

29 Schule sollte aber ein sicherer Raum sein, in dem die Schüler*innen zu sich selbst finden und

30 sich kognitiv wie emotional entwickeln können. Gute Bildung kann nur in einem solchen Raum

31 stattfinden.

32 Zusätzlich dazu sehen wir generell einen Mangel an Bewusstsein für psychische Erkrankungen

33 und ihre Frühwarnzeichen in der Gesellschaft. Dazu kommt immer noch eine Tabuisierung und

34 Stigmatisierung. Diese kann durch die Thematisierung psychischer Erkrankungen und die

35 Schaffung von Awareness ihnen gegenüber in der Schule bekämpft werden. Mehr Aufklärung

36 bedeutet auch mehr Sicherheit.

38 **Quellen:**

39 Ärzteblatt (2019)

40 Lehrerverband sieht Zunahme psychischer Erkrankungen bei Schülern und Lehrern.

41 Online-Quelle. URL: [https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/106566/Lehrerverband-](https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/106566/Lehrerverband-sieht-Zunahme-psychischer-Erkrankungen-bei-Schuelern-und-Lehrern)

42 [sieht-Zunahme-psychischer-Erkrankungen-bei-Schuelern-und-Lehrern,](https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/106566/Lehrerverband-sieht-Zunahme-psychischer-Erkrankungen-bei-Schuelern-und-Lehrern)

43 zuletzt abgerufen am 21.10.2022

Antrag B23: Erzieher*innen-Mangel endlich entgegenzutreten - Faire Entlohnung für gute Bildungsarbeit

Antragssteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

- Das Gehalt von Erzieher*innen sollte an die derzeitige Besoldung einer Grundschullehrkraft angepasst werden, um sie dementsprechend zu würdigen.
- Angehende Erzieher*innen in der Ausbildung sollten eine angemessene Ausbildungsvergütung bekommen.

Begründung:

Erzieher*innen müssen heutzutage eine Vielzahl an bildungstechnischen Aufgaben erfüllen, wie zum Beispiel erste Vorschularbeit leisten, die Erweiterung des Wortschatzes sowie die Erlernung erster Sozialkompetenzen wie Empathie, Mitgefühl und Teamfähigkeit. Darüber hinaus arbeiten Erzieher*innen langfristige Projekte und Angebote aus, die auf die Stärken und Bedürfnisse der Kita-Gruppe ausgelegt werden. Außerdem werden ausführliche Protokolle über den Bildungsprozess jedes einzelnen Kindes verfasst und dokumentiert. Festgelegt ist alles im Rahmen des Niedersächsischen Orientierungsplans für Bildung.

Erzieher*innen haben also einen ganz klaren Bildungsauftrag zu erfüllen. Diese primär gelehrteten Grundkenntnisse bilden einen Grundstein für die zukünftige Entwicklung des Kindes.

Dies erfordert eine Menge Zeit, Engagement und Wissen.

Doch trotz der komplexen Aufgaben der Erzieher*innen werden diese finanziell nicht entsprechend gewürdigt. Hinzu kommen 4 Ausbildungsjahre von denen ein Teil unvergütet bleibt. Dies macht den Beruf für viele junge Menschen eher unattraktiv. Der Personalstand sinkt seit Jahren dramatisch ab und bringt Einrichtungen in akute Personalnot. Jede*r dritte Erzieher*in überlegt den Beruf zu wechseln aufgrund des wachsenden Drucks.

Alleine in Niedersachsen bräuchte es ca. 12.000 zusätzliche Erzieher*innen im kommenden Jahr.

Die Arbeit der Erzieher*innen verdient mehr Anerkennung und bessere Arbeitsbedingungen. Dies beginnt beim Gehalt.

1 **Antrag B24: Privatschulen perspektivisch abschaffen - Elitenbildung verhindern**

2 Antragsteller*innen: Jusos Verden

3
4 Als Jungsozialist*innen stehen wir für das Recht auf gute Bildung und Chancengleichheit für
5 alle. Alle Schüler*innen müssen die gleichen Voraussetzungen haben auf dem Arbeitsmarkt.
6 Die Qualität der individuellen Bildung darf deshalb nicht von der Einkommensstärke der Eltern
7 abhängen.

8 Leider erleben wir jedoch immer stärker, wie Privatschulen diese Chancengleichheit untergra-
9 ben. So wird an Privatschulen grundsätzlich mehr Geld für Schüler*innen ausgegeben als an
10 staatlichen Schulen. Privatschüler*innen werden dadurch bevorzugt und haben deutlich bes-
11 sere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das kann nicht sein, es muss klar sein, dass alle Schulen
12 für alle Schüler*innen zugänglich sein müssen.

13 Unser Ziel muss es deshalb sein, Privatschulen überflüssig zu machen und durch massive öf-
14 fentliche Investitionen für gute staatliche Schulen zu sorgen, wo alle die gleichen Vorausset-
15 zungen haben. Die Schulen müssen weiter digitalisiert werden und die Lehrer*innenausbildung
16 an die aktuelle Zeit angepasst werden.

17 Privatschulen, die jedoch nicht für alle Einkommensschichten zugänglich sind, müssen per-
18 spektivisch verboten werden. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Privatschulen, deren Zugang
19 vom Geldbeutel der Eltern abhängt, zu einer Elitenbildung beitragen. Wir wollen stattdessen
20 Diversität an den Schulen mit Schüler*innen aus allen Einkommensschichten. Bei Privatschu-
21 len, die ein unverhältnismäßig hohes Schulgeld verlangen und so eine Trennung zwischen fi-
22 nanziell stärkeren und schwächeren Haushalten ermöglichen, muss der Staat deshalb eingrei-
23 fen können. Schulen müssen die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden und inklusiv für alle wir-
24 ken.

25 Forderung:

26 Konkret fordern wir deshalb die Abschaffung von Privatschulen, die ein Schulgeld von über 5%
27 des Bruttodurchschnittseinkommens verlangen. Hier kann bei weitem nicht mehr die Rede da-
28 von sein, dass diese Schulen für alle zugänglich sind. Diese verfassungsnotwendige Schulgeld-
29 grenze würde dafür sorgen, dass die Wahl der Schule nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig
30 ist und unserem Ziel, eine möglichst kostenfreie Bildung für alle zu ermöglichen, einen großen
31 Schritt näherkommen. Durch die Schulgeldgrenze können zudem alternative Bildungsformen
32 wie Waldorfschulen oder Montessorischulen weiterhin bestehen bleiben, auch wenn sie privat
33 getragen sind. Auch wenn es unser Ziel ist, integrierte Gesamtschulen im ganzen Land als die
34 bestmögliche Bildungsform zu etablieren, ist es uns wichtig, auch anderen pädagogische Bil-
35 dungsformen Raum zu geben, solange sie weltoffene und tolerante Werte vermitteln. Um die
36 Chancengleichheit aufrecht zu erhalten, dürfen an privaten Schulen zudem nicht mehr staatli-
37 che Fördergelder pro Kopf zur Verfügung gestellt werden als an öffentlichen Schulen.

38 Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Chancengleichheit für alle und Solidarität mit den
39 einkommensschwachen Familien herrscht. Unverhältnismäßig teure Privatschulen stellen da-
40 für das genaue Gegenteil dar. Zum Wohl unserer Gesellschaft muss der Staat hier deshalb ein-
41 greifen und verhindern, dass teure Privatschulen eine Elitenbildung auf Kosten der ärmeren be-
42 günstigen.

1 Antrag B25: Politikunterricht vor der Wahlberechtigung

2 Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

3

4 Politikunterricht ist essenziell, um jungen Menschen politische Orientierung zu ermöglichen.
5 Guter Politikunterricht sollte aus Schüler*innen politisch interessierte, aufgeklärte und mün-
6 dige Menschen machen. Dieser Auftrag ist noch wichtiger geworden, seit das Wahlalter in Nie-
7 dersachsen für Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt wurde. Doch häufig reicht der Politik-
8 unterricht dafür nicht aus. In Niedersachsen wird Politikunterricht frühestens ab der 8. Klasse
9 angeboten. Abseits der Gymnasien wird Politik häufig nur in Fächerkombinationen mit Wirt-
10 schaft, Erdkunde oder Geschichte unterrichtet. Das wird jungen Menschen und ihrer politi-
11 schen Verantwortung nicht gerecht.

12 **Deswegen fordern wir**

- 13 • Politikunterricht als eigenes Fach in den 9. und 10. Klassen aller Schulformen
14 • Dass Schüler*innen vor dem Wahlalter das Wahl- und Parteiensystem kennenlernen
15 und sich vor den Wahlen über die wählbaren Parteien und deren Positionen informie-
16 ren

17 Dass Politikunterricht junge Menschen ermächtigt sich verlässlich selbst zu informieren und
18 unseriöse Informationen zu identifizieren.

Antrag B26: Dyskalkulie bei Schüler*innen anerkennen und berücksichtigen - Mehr Förderung und Nachteilsausgleich an Schulen

Antragsteller*in: Landesvorstand der Jusos Niedersachsen

Wir fordern, dass Dyskalkulie bei Schüler*innen, egal ob in der Grundschule, SEK 1 oder SEK 2, als ernstzunehmende Lerneinschränkung wahrgenommen und dementsprechend auch behandelt wird. Nicht länger dürfen Schüler*innen darunter leiden, dass ihre Lerneinschränkung nicht ausreichend ernst genommen oder aus rein pädagogischer Sicht behandelt und somit verharmlost wird. Die Förderung an den Schulen muss professionalisiert werden, sodass den Schüler*innen so tatsächlich Unterstützung im Schulalltag zukommt. Ebenfalls müssen Maßnahmen zum Nachteilsausgleich verpflichtend angewandt werden.

Daher fordern wir konkret:

- Eine angemessene schulische Förderung, welche auf einem Förderplan basiert, der Ziele, Umfang und Dauer der Förderung beschreibt. Im Rahmen dieses Plans wird ebenfalls eine regelmäßige Lernstandsüberprüfung und eine kontinuierliche Lernprozessbeobachtung stattfinden.
- Wenn möglich und im Schulalltag umsetzbar, soll das Angebot einer frühzeitigen und langfristig angelegten Einzelförderung geschaffen werden. Hier muss sichergestellt werden, dass es ausreichend Lehrkräfte oder Sozialarbeiter*innen gibt, die die Kapazitäten haben, diese Förderung durchzuführen.
- Lehrkräfte oder Sozialarbeiter*innen, die eine Dyskalkulie-Förderung durchführen, sollten über eine entsprechende zusätzliche Weiterbildung verfügen.
- Als Maßnahmen des Nachteilsausgleichs fordern wir:
 - verlängerte Arbeits- / Prüfungszeiten bei Leistungserhebungen
 - Erlaubnis zur Nutzung von Anschauungsmaterial
 - frühzeitige Zulassung des Taschenrechners

Begründung: Die Dyskalkulie findet als Lerneinschränkung auch heute noch, vergleichbar mit der Legasthenie, an Schulen wenig Berücksichtigung im Schulalltag. Häufig werden Begriffe wie „Rechenschwierigkeiten“ oder „Anfangsschwierigkeiten“ verwendet, die die tatsächliche Problematik verharmlosen und dafür sorgen, dass wenig nützlichen Maßnahmen, wie das stumpfe Wiederholen der schon thematisierten Inhalte oder ähnliche, ergriffen werden. Von Dyskalkulie betroffenen Schüler*innen hilft das leider in der Regel nicht weiter.

Es braucht dringend verpflichtende Förderprogramme und Fördermaßnahmen, die für Schüler*innen im Schulalltag eine tatsächliche Entlastung bedeuten und auch den Umgang mit Dyskalkulie in Schulen professionalisieren. Angefangen bei einem individuell erarbeiteten Förderplan, der den genauen Weg der Fördermaßnahmen vorzeichnet und beschreibt, wo und mit

39 welcher gewünschten langfristigen Wirkung angesetzt wird. So kann erreicht werden, dass die
40 Förderung mit System und nicht planlos, zu kurz oder vor allem nicht zielorientiert stattfindet.
41 Ein weiterer wichtiger Schritt, der zur Professionalisierung des Umgangs mit von Dyskalkulie
42 betroffenen Schüler*innen führt, ist die gezielte Schulung von Lehrkräften und Sozialarbei-
43 ter*innen, die eine Dyskalkulie-Förderung durchführen. So kann sichergestellt werden, dass
44 eine objektive und vor allem auch dem Bedarf entsprechende Analyse des benötigten Förder-
45 rahmens stattfinden kann. Für die Schüler*innen kann so sichergestellt werden, dass ihre
46 Lerneinschränkung nicht verallgemeinert, sondern fallspezifisch behandelt wird.

47 Um im Schulalltag und auch gerade in Prüfungssituationen konkrete Erleichterungen zu schaf-
48 fen, die die entstehende Benachteiligung, welche durch die Dyskalkulie als Lerneinschränkung
49 entsteht, auszugleichen, müssen Nachteilsausgleiche eine viel größere Rolle spielen. Vor allem
50 im Kontext der Benotung von Klausuren und Klassenarbeiten, aber auch auf den Zeugnissen,
51 würde dieses Vorgehen der tatsächlichen Problematik gerecht werden und ist daher dringend
52 umzusetzen.

Antrag B27: Mehr Demokratie in der Schule – Schüler*innenvertretung stärken

Antragsteller*innen: Landesvorstand der Jusos Niedersachsen

Für Kinder und Jugendliche fordern wir deutlich mehr Möglichkeiten, sich und die eigenen Wünsche, Anliegen und Kritikpunkte im Schulalltag und dem System Schule einzubringen. Die Perspektive der Schüler*innen ist für die Bewältigung des enormen Reformbedarfs im Bildungswesen wichtiger denn je, weshalb die Gremien zur Partizipation gestärkt und weiter ausgebaut werden müssen. Ob die Schüler*innenvertretungen der einzelnen Schulen, den Kreis- und Stadtschüler*innenräten oder dem Landesschüler*innenrat, sie alle brauchen entlastende Rahmenbedingungen und mehr Gestaltungsspielräume.

Daher fordern wir konkret:

Strukturell:

- Analog zu den SV-Beratungslehrkräften in den Schulen und beim Landesschüler*innenrat, soll auch für jeden Kreis- bzw. Stadtschüler*innenrat eine Beratungslehrkraft zur Unterstützung des Gremiums mit ausreichend Arbeitsstunden bereitgestellt werden
- Die Wahlzyklen der Mitglieder in den Stadt- und Kreisschülerräten sowie dem Landesschülerrat sollen flexibilisiert werden, sodass das entsendende Gremium den Zeitpunkt der Wahl selbstständig wählen kann. Mindestens soll aber einmal je Schuljahr gewählt werden. Dies soll die kontinuierliche Arbeit befördern und dem Verlust wichtigem Know-Hows durch eine vollständige Neubesetzung zu einem Stichtag vorbeugen.
- Die Zusammensetzung des Landesschüler*innenrates soll grundlegend überarbeitet werden. Denkbar wäre hierfür die Umformung in eine Landesschüler*innenvertretung mit Delegierten aus den Kreis- und Stadtschüler*innenräten. Denn das aktuelle System weist seit Jahren wachsende Probleme auf, da die gleich starke Repräsentanz von 8 verschiedenen Schulformen in einem zunehmend zweigliedrigen Schulsystem immer unverhältnismäßiger wird und die wiederholte Unmöglichkeit zur Besetzung verschiedener Mandate schwindender Schulformen im LSR dessen Arbeitsfähigkeit massiv einschränkt.
- Schüler*innen sollen während der Unterrichtszeit die Möglichkeit bekommen, regelmäßig über Anliegen beraten und als Klassengemeinschaft Beschlüsse fassen zu können, um diese dann in den höheren Schüler*innenvertretungsebenen voranbringen zu können.

Die Gremien der Schüler*innenvertretung brauchen neben rechtlichen auch finanzielle Spielräume. Die jungen Menschen dürfen in ihrem Engagement nicht durch finanzielle Hürden oder Mehrkosten belastet werden. Sich für die eigene Meinung einzusetzen und die Perspektive der jungen Generationen zu vertreten, darf kein Privileg sein, sondern muss für jede*n zugänglich sein. Partizipation junger Menschen muss dazu beitragen, dass Hürden abgebaut, durch Privile-

gien gestützte Strukturen aufgebrochen und alle Stimmen in der Gesellschaft gleichwertig gehört werden. Ebenso muss das Engagement auch so finanziell unterstützt werden, dass Projektideen und Vorhaben nicht an fehlenden Geldmitteln scheitern.

Deshalb fordern wir:

Finanziell:

- Die Schüler*innenschaft einer jeden Schule soll mit einem Demokratiebudget ausgestattet werden, über dessen Verwendung sie eigenständig entscheiden darf. Die Höhe soll an der jeweiligen Zahl der Schüler*innen bemessen werden und zunächst 5€ je Schüler*in betragen werden.
- Die Stadt- und Kreisschüler*innenräte sollen ebenso wie der Landesschüler*innenrat selbständiger über die Verwendung des Ihnen zur Verfügung gestellten Budgets entscheiden dürfen. Zur Unterstützung sollte neu gewählten Vorständen seitens der zuständigen Behörde ein Informationsgespräch über die Art der zur Verfügung gestellten Mittel und ihre Verwendungsmöglichkeiten angeboten werden.

Zusätzlich dazu braucht es auch vermehrte Informationen in diesem Bereich. Es muss deutlich aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten die Gremien der Schüler*innenvertretung haben und wie sie ihre politische Wirkung entfalten können. Auch muss die Aufklärung über politische Partizipation, genau wie das Vorstellen der Parteien und Jugendorganisationen, schon in der Schule und dort im Politikunterricht stattfinden. Damit diese Informationen junge Menschen erreichen, fordern wir folgendes ein:

Information:

- Die Möglichkeiten der Jugendpartizipation (explizit die Möglichkeiten der Schüler*innenvertretung) sollen schon frühzeitig in der SEK I kommuniziert werden. Hierfür könnte bspw. eine Verfügungsstunde in der 5. Klasse eine Gelegenheit bieten
- Das Kultusministerium bzw. die ihr zugeordneten Behörden sollen einen Katalog ausarbeiten, der aufzeigt, welche Entscheidungsspielräume den jeweiligen Konferenzen der eigenverantwortlichen Schule zufallen.

Begründung:

Den Schüler*innenvertretungen kommt an den Schulen eine bedeutende Rolle zu, denn sie setzen sich konkret für die Belange der Schüler*innen ein. Sie geben Impulse, mit welchen die Schulleitung und das Kollegium ihre Arbeit im Sinne der Schüler*innen verbessern können und bereichern durch Projekte das Schulleben. Außerdem leisten sie durch die Mitarbeit in Strukturen wie den Stadt- und Kreisschüler*innenräten oder dem Landesschüler*innenrat auch einen konkreten Beitrag zu tagespolitischen Entscheidungen in der Bildungspolitik.

An vielen Schulen gibt es aber auch nach wie vor strukturelle Probleme, bezüglich der Aktivität und der Kontinuität in der SV-Arbeit. Von verstärkten Informationsangeboten im schuleigenen Politikunterricht, über praktische Angebote zum Erleben der SV-Arbeit bis zum aktiven Kennenlernen von engagierten Schüler*innen, pädagogischen Fachangestellten oder Ehrenamtlichen, kann hier ein Beitrag zu einer aktiven Schüler*innenvertretung geleistet werden. Viele interessierte Schüler*innen würden sich perspektivisch eher engagieren, wenn ihnen gezeigt wird, dass sich der Einsatz in der SV lohnt, welche Möglichkeiten es gibt, um die eigenen Ziele zu erreichen und dass niemand mit den eigenen Ideen, Vorstellungen und Wünschen alleine dasteht. Schüler*innenvertretungen können auch für uns Jusos wichtige Bündnispartner*innen sein, wenn es um bildungspolitische Anliegen und die Verbesserung der Situation vieler Schüler*innen geht. Für einen gemeinsamen Kampf, für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit an den Schulen, brauchen wir aktive und engagierte Schüler*innenvertretungen.

Im niedersächsischen Schulgesetz steht in §2, dem Bildungsauftrag der Schulen, "Die Schülerinnen und Schüler sollen fähig werden, - die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen, die sich daraus ergebende staatsbürgerliche Verantwortung zu verstehen und zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen". Das aktive Mitwirken der Schüler*innen und das Einsetzen für die Interessen der Schüler*innenschaft in der SV kann hier ein erster wichtiger Baustein sein. Schüler*innen müssen befähigt werden, bei Wahlen individuell, aber fundiert abstimmen zu können und so auch den Wert einer lebendigen Demokratie zu erkennen. Auf der Homepage der Friedrich Ebert Stiftung finden sich zu dem Thema der politischen Bildung und ihrer Notwendigkeit, unter anderem folgende Worte: "Angesichts aktueller politischer und gesellschaftlicher Stimmungslagen ist politische Bildung wichtiger denn je. Denn die politische Großwetterlage ist – national wie auch international – von Turbulenzen geprägt. Wir erleben weltweit und auch bei uns, wie man mit unverblümter Fremdenfeindlichkeit und dem gezielten Einsatz von Fake News Menschen für sich gewinnen kann, dass politische Parteien, über deren Einstellung zur liberalen Demokratie man trefflich streiten kann, in Wahlen enorme Zugewinne erzielen. Das sollte uns zu denken geben. Denn unsere Vergangenheit lehrt uns ebenso wie der Blick über den Zaun, dass Demokratien häufig sukzessive, von vielen unbemerkt erodieren."

Es wird immer häufiger deutlich, dass sich im Bereich der politischen Bildung, ob innerhalb der Schule oder außerhalb, mehr tun muss. Unsere Forderungen kommen hier genau zur richtigen Zeit, denn die Jugend ist vieles, aber nicht unpolitisch. Wir sollten dafür sorgen, dass sie befähigt wird, ihre Wünsche, Ideen und Perspektiven in die Debatten zu bringen. Möglich wird das durch starke Schüler*innenvertretungen. Denn Demokratie lebt von Partizipation.

D – Digitales

Antrag D01: Digitale Partizipation schaffen in Niedersachsen!

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

Wir fordern, dass öffentliche politische Sitzungen der Landesebene digital verfügbar sein sollen.

Begründung

Seit der Corona-Pandemie gehören Online-Konferenzen zu unserem Alltag. Auch Sitzungen höherer politischer Ebenen wurden in der Zeit online zugänglich gemacht.

Wir wünschen uns, dass Online-Konferenzen bald nicht mehr notwendig sind, dennoch haben sich für viele klare Vorteile gezeigt. Durch den digitalen Zugang haben Sitzungen in der Regel viel mehr Menschen erreicht als in Präsenz. Vor allem Arbeitnehmer*innen profitieren von einem digitalen Zugang, da sich Fahrwege gespart werden können. Auch können Familien mit Kindern so einfacher und barrierefreier an politischen Entscheidungen teilhaben und Politik wird so erlebbarer. Die Pandemie hat gezeigt, dass dieses kostengünstig möglich ist und damit soll nach unserer Auffassung nach dieser Pandemie nicht Schluss sein. Deshalb fordern wir, dass politische Sitzungen, welche öffentlich sind, digital verfügbar sein müssen.

Fem – Feminismus

Antrag Fem01: Änderung des Transsexuellengesetzes – diskriminierungsfreie Gutachten möglich machen!

Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Heidekreis

Begründung:

Im Jahr 2021 ist die Abschaffung des TSG (Transsexuellengesetz) leider gescheitert. Dies hat zur Folge, dass transgeschlechtliche Menschen nach wie vor Gerichtsverfahren durchlaufen zu müssen, um ihren Vornamen- und Personenstand ändern zu können. Dieser Prozess ist langwierig, teuer und darüber hinaus entwürdigend.

Zunächst gilt es bislang als Voraussetzung, dass die betreffenden Personen mindestens drei Jahre „unter dem Zwang steh[en], ihren Vorstellungen entsprechend zu leben“. (TSG, §1, Absatz 1). Anschließend müssen sie sich zwei Gutachten unterziehen, die von zwei voneinander unabhängigen Gutachter*innen erstellt werden müssen. Zunächst ist festzuhalten, dass im Grunde genommen jede*r zugelassene Psychiater*in oder Psychotherapeut*in ein solches Gutachten erstellen kann. Das TSG verfügt lediglich über eine nichtssagende Stelle, welche besagt, dass die Gutachter*innen „mit den besonderen Problemen des Transsexualismus ausreichend vertraut“ (TSG, §4, Absatz 3) sein sollen. Was dies konkret bedeuten soll, bleibt offen. Daher ist es wichtig, dass hier klare Forderungen gestellt und umgesetzt werden. Die Gutachter*innen müssen sich also auf Sexualtherapie, Geschlechtsdysphorie, Geschlechtsinkongruenz, Transidentität und/oder Intersexualität spezialisiert haben.

Dies reicht allerdings nicht aus, um voraussetzen zu können, dass diese Gutachter*innen sich während des Prozesses des Gutachtens angemessen verhalten. Daher ist es ebenfalls notwendig, dass die in Frage kommenden Psychiater*innen und Psychotherapeut*innen sich einem professionellen Awareness-Training unterziehen, in welchem umfangreich auf die Diskriminierung und Gewalterfahrungen transgeschlechtlicher Personen aufmerksam gemacht wird. Teil des Trainings sollte ein Gutachten der potentiellen Gutachter*innen sein. In diesem Gutachten soll bewertet werden, inwieweit die Personen das nötige Bewusstsein für diese Umstände entwickelt haben, beziehungsweise bereits darüber verfügen. Sollte festgestellt werden, dass das nötige Bewusstsein nicht vorhanden ist, können die Bewerber*innen die Stelle als Gutachter*in nicht antreten. Nach erfolgreichem Abschluss eines solchen Trainings muss also ein offizielles Zertifikat ausgestellt werden, welches die erfolgreiche Teilnahme bescheinigt. Dieses Training muss alle 2 Jahre wiederholt werden. Diese Awareness Trainings müssen von Personen durchgeführt werden, die durch ihre Tätigkeit qualifiziert dafür sind. Beispielsweise also Vertreter*innen von trans* und LGBTQIA+ Verbänden, wie der Bundesverband Trans, welcher bereits allgemeine Fortbildungen auf freiwilliger Basis anbietet. Als weitere Absicherung ist die Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses anzusehen. Bevor ein*e potentielle*r Gutachter*in dieser Tätigkeit tatsächlich nachgehen kann, muss also auch das erweiterte Führungszeugnis vorgelegt

38 werden. Sollten sich darin Einträge befinden, insbesondere bezüglich diskriminierenden Ver-
39 haltens, darf die Person nicht als Gutachter*in tätig werden.

40 Auch die Richtlinien, welche beispielsweise die Dauer des Gutachtens betreffen, müssen ein-
41 heitlich definiert werden. Eine maximal festgelegte Anzahl an Stunden, bzw. Sitzungen ist not-
42 wendig. Derzeit veranschlagen einige Gutachter*innen bereits eine festgelegte Sitzungsdauer
43 und -häufigkeit, jedoch nicht alle. Daher ist eine Vereinheitlichung sinnvoll und muss zwingend
44 erfolgen.

45 All diese Maßnahmen dienen dem Schutz der transgeschlechtlichen Personen, die endlich auch
46 offiziell ihren Namen tragen können wollen. Dieser Schutz ist von großer Wichtigkeit. Sowohl
47 in der Vergangenheit, als auch in der Gegenwart, sind transgeschlechtliche Personen vielen De-
48 mütigungen ausgesetzt, die sich während der Gutachten ereignen. So kann es beispielsweise
49 legal dazu kommen, dass die Gutachter*innen sie dazu auffordern können, sich auszuziehen,
50 um anschließend den entblößten Körper zu begutachten und zu untersuchen. Solche Praktiken
51 sind widerwärtig, entwürdigend und tragen nicht zum Prozess der Vornamens- und Personen-
52 standsänderung bei! Daher muss diese Praktik umgehend verboten werden! Generell dürfen
53 keine körperlichen Untersuchungen erfolgen, da dies nichts mit der Transgeschlechtlichkeit ei-
54 ner Person zu tun hat. Alle Informationen, die im Gutachten festgehalten werden sollen, kön-
55 nen im Gespräch preisgegeben werden.

56 Auch die Verwendung des Deadnames oder der falschen Pronomen ist diskriminierend und
57 eine Demütigung. Daher muss die gewünschte Anrede vorab geklärt und während der Begut-
58 achtung konsequent verwendet werden. Auch im Gutachten müssen die korrekten Pronomen
59 und der korrekte Name festgehalten werden.

60 Fragen zum Sexualverhalten und zur Sexualität sind absolut überflüssig, da sie keine Aussage-
61 kraft über das Geschlecht von Personen innehaben. Selbiges gilt für Fragen, die sich auf sexu-
62 elle Vorlieben beziehen. Häufig wird Transgeschlechtlichkeit noch mit Fetischen und Transves-
63 titismus in Verbindung gebracht. Dies ist schlichtweg diskriminierend. Bei der Erstellung eines
64 solchen Gutachtens haben solche Fragen daher nichts verloren, sie sollten nicht gestellt wer-
65 den und nicht Teil des schriftlichen Gutachtens sein, welches später von einem*r Richter*in ge-
66 prüft wird. Daher fordern wir, dass auch solche Fragen künftig unterlassen werden müssen.
67 Selbiges gilt für sämtliche Bemerkungen, die das Auftreten und Aussehen der Person betreffen.
68 Die Kleidungswahl, Frisur, der Bartwuchs, eventuelles Make Up und Accessoires haben keinerlei
69 Aussagekraft über das Geschlecht einer Person inne und sind daher für ein Gutachten irrele-
70 vant. Sie dürfen keine Beachtung finden!

71 Nicht alle transgeschlechtlichen Personen wollen mögliche medizinische Maßnahmen in An-
72 spruch nehmen. Dies ist zu respektieren und muss nicht hinterfragt werden. Denn auch der
73 Wunsch nach einer medizinischen Transition ist keine Notwendigkeit, um die Vornamens- und
74 Personenstandsänderung durchzuführen. Die persönlichen Beweggründe, weshalb eine Person
75 sich operieren oder nicht operieren lassen möchte, sind Privatsache und dürfen keine Auswir-
76 kungen auf das Gutachten haben. Die Antragstellenden sollten sich für ihre persönlichen Ent-
77 scheidungen nicht rechtfertigen müssen.

Es ist klar, dass es sich hierbei keinesfalls um eine endgültige Lösung dieses Problems und entwürdigenden Zustands handeln kann. Unser langfristiges Ziel muss bleiben, dass das TSG ersatzlos abgeschafft wird! Transgeschlechtliche Menschen müssen endlich frei leben dürfen, ihr Geschlecht frei selbst bestimmen dürfen, ohne einen teuren und langwierigen Prozess durchlaufen zu müssen, um ihren Namen offiziell ändern lassen zu dürfen – um nur ein Beispiel zu nennen. Es geht hier um Menschenleben, Existenzen und Identitäten. Doch bis das TSG endgültig abgeschafft wird – und wir hoffen, dass dieser Tag bald kommt – muss eine Übergangslösung gefunden werden. Der bislang stattfindende Prozess muss zumindest etwas erträglicher gemacht werden. Es darf nicht vom Glück abhängen, dass man an keine*n transphobe*n Gutachter*in gerät.

Daher sind unsere Forderungen:

Forderungen:

- Gutachter*innen müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, bevor sie ein Gutachten für transgeschlechtliche Personen erstellen dürfen:

- Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses (sobald dort Einträge vorhanden sind, insbesondere bspw. wegen diskriminierenden Verhaltens und dem generellen Umgang mit Mitmenschen, dürfen sie nicht als Gutachter*innen fungieren.)
- Gutachter*innen müssen ein Awareness-Training durchführen. Ohne Vorlage eines erfolgreichen Teilnahmenachweises dürfen die Personen nicht als Gutachter*innen fungieren. Diese Awareness-Trainings müssen regelmäßig, alle 2 Jahre, durchgeführt werden. In diesen Awareness-Trainings sollen die Teilnehmer*innen für Gewalt und Diskriminierung gegen transgeschlechtliche Personen sensibilisiert werden. Des Weiteren sollen während des Trainings Gutachten über die Bewerber*innen erstellt werden, in denen festgehalten werden soll, ob sie das nötige Bewusstsein für eine Stelle als Gutachter*in innehaben. Falls dies nicht festgestellt werden, gilt das Training als nicht-erfolgreich absolviert. Das nötige Zertifikat kann dann nicht ausgestellt werden. Die Awareness-Trainings müssen von Professionellen abgehalten werden (In Frage kommen beispielsweise Gleichstellungsbeauftragte; Vertreter*innen von trans* oder LGBTQIA+ Verbänden, wie beispielsweise der Bundesverband Trans oder Vertreter*innen von Menschenrechtsorganisationen).

- Einführung eines bedarfsgerechten Flächenfaktors. Dabei sollen vermehrt zugelassene Psychiater*innen und Psychotherapeut*innen als Gutachter*innen eingesetzt werden, welche sich in ihrer Tätigkeit als Psychiater*in/ Psychotherapeut*in schwerpunktmäßig mit Sexualtherapie, Geschlechtsdysphorie, Geschlechtsinkongruenz, Transidentität, (Intersexualität) beschäftigen.

- Die Rahmenbedingungen der Gutachten müssen klarer und verbindlicher festgelegt werden. Zum Beispiel sollte eine maximal festgelegte Anzahl an Stunden, bzw. Sitzungen eingeführt werden. Als eine Art Behandlungsstandard könnte man bereits vorhandene Richtlinien zur medizinischen oder therapeutischen Versorgung von trans* Menschen nehmen. Als Beispiel die-

116 nen hier die „Guidelines for Psychological Practice with Transgender and Gender Nonconfor-
117 ming People“ der American Psychological Association, die in der S3-Leitlinie zur Diagnostik, Be-
118 ratung und Behandlung von trans* Personen explizit als Empfehlungen genannt werden.

119 - Vor Beginn des Gespräches muss eine Aufklärung darüber erfolgen, dass alle Aussagen auf
120 freiwilliger Basis erfolgen und kein Zwang zur Beantwortung von (intimen) Fragen besteht. Das
121 Nicht-Beantworten bestimmter Fragen darf keinen negativen Effekt auf das Ergebnis des Gut-
122 achtens haben.

123 - Bestimmte Praktiken, die derzeit Teil des Gutachtens sein können, dürfen nicht mehr durch-
124 geführt werden!

- 125 • Es dürfen keinerlei körperliche Untersuchungen vollzogen oder Aufforderungen zu
126 Handlungen (bspw. die Aufforderung, in einer geraden Linie zu laufen, um die Gangart
127 beobachten zu können) gegeben werden. Alle Informationen, die für die Erstellung der
128 Gutachten wichtig sind, können im Gespräch exploriert werden.
- 129 • Die Gutachter*innen dürfen die zu begutachtende Person nicht dazu auffordern, sich
130 auszuziehen, um anschließend ihren Körper betrachten und untersuchen zu können.
- 131 • Fragen bezüglich des Sexualverhaltens und der Sexualpräferenzen der zu begutachten-
132 den Person haben keinen Mehrwert für ein solches Gutachten und dürfen nicht gestellt
133 werden.
- 134 • Fragen zur Sexualität der zu begutachtenden Person müssen ebenso unterlassen wer-
135 den, da sie nichts mit dem Geschlecht der Person zu tun haben. Solche Fragen sind so-
136 mit überflüssig für das Gutachten.
- 137 • Im Gutachten dürfen keine Aussagen festgehalten werden, die sich auf das äußere Auf-
138 treten als Mann/Frau oder nicht-binäre Person beziehen. Das Aussehen und der Klei-
139 dungsstil ist unabhängig vom Geschlecht und darf daher auch in der Begutachtung
140 keine Rolle spielen oder kommentiert werden. Auch das Tragen oder Fehlen eines Bar-
141 tes, von Nagellack, Make Up, Schmuck etc. darf nicht im Gutachten vermerkt werden
142 und somit Einfluss auf die gerichtliche Entscheidung nehmen, da all dies unabhängig
143 vom Geschlecht erfolgen oder nicht erfolgen kann.

144 - Die gewünschte Anrede ist mit der antragstellenden Person abzuklären und zu allen Zeit-
145 punkten, auch im schriftlichen Gutachten selbst, stets zu beachten. Eine Nennung des Deadna-
146 mes im Gespräch sowie im Gutachten ist unnötig und diskriminierend und daher zu unterlas-
147 sen.

148 - Es darf keine Wertung über den Wunsch oder das Fehlen eines Wunsches nach medizinischer
149 Transition und Maßnahmen erfolgen. Das Verlangen nach körperlicher Veränderung und Tran-
150 sition ist keine Voraussetzung für Transgeschlechtlichkeit. Es darf nicht länger sein, dass sich
151 transgeschlechtliche Personen rechtfertigen und erklären müssen, weshalb sie bestimmte
152 Dinge (besonders die möglichen Operationen betreffend) nicht wollen.

153 - Langfristiges Ziel muss sein, dass das Transsexuellengesetz abgeschafft wird und solche Gut-
154 achten entsprechend nicht mehr stattfinden!

1 **Antrag Fem02: Stärkung von Frauenhäusern - Schluss mit zeitlichen Beschränkungen**

2 Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5 Wir fordern:

- 6 • dass in der neuen Förderungsrichtlinie für Frauenhäuser in Niedersachsen der Aufent-
- 7 halt für Frauen und Mädchen nicht zeitlich eingeschränkt wird.
- 8 • dass die Kapazitäten von Frauenhäusern in Niedersachsen dem deutlich höheren Be-
- 9 darf entsprechend ausgebaut werden
- 10 • dass das Land Niedersachsen eine flächendeckende, über das jeweilige Jahr hinausge-
- 11 hende Finanzierung für Frauenhäuser einführt, die die langfristige Planung in den Kom-
- 12 munen gewährleistet
- 13 • dass der Eigenbeitrag für den Aufenthalt im Frauenhaus abgeschafft wird (wie bereits
- 14 in Schleswig-Holstein geschehen)
- 15 • eine zügige Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Frauenhausplatz

16 Darüber hinaus fordern wir einen bedarfsorientierten Ausbau der Frauenhauskapazitäten.

17 **Begründung**

18 Am 31.12.2021 ist die Förderungsrichtlinie für die niedersächsischen Frauenhäuser ausgelaufen. Im bisherigen Entwurf zur Richtlinien-Änderung des niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung tauchte ein Richtwert von drei Monaten für den Aufenthalt in einem Frauenhaus auf.

22 Wir sind der Meinung, dass ein Richtwert für den zeitlichen Aufenthalt in einer Schutzeinrichtung nichts zu suchen hat. Schutzsuchende sollten nach unserer Auffassung nicht unter Druck gesetzt werden, sondern zeitlich unbegrenzt die Möglichkeit haben zu rehabilitieren. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Stärkung von Frauenhäusern ein.

1 **Antrag Fem03: Niedersachsen braucht einen feministischen Feiertag - den FINTA*-**

2 **Kampftag**

3 Antragssteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

5 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

- 6 • In Niedersachsen soll der 8. März, der feministische Kampftag für FINTA*, als gesetzli-
- 7 cher Feiertag eingeführt werden.

9 **Begründung:**

10 In Berlin ist der FINTA*-Kampftag bereits ein Feiertag. Mecklenburg-Vorpommern wird nächs-

11 tes Jahr nachziehen. Niedersachsen sollte als nächstes folgen, denn die Einführung des FINTA*-

12 Kampftages als gesetzlicher Feiertag verschafft der Thematik eine ganz neue Aufmerksamkeit

13 und Bedeutung. Es gibt viele Gründe, warum dieser feministische Tag so wichtig ist. Ob Gen-

14 der-Pay-Gap, veraltete Rollenbilder, sexuelle Belästigungen und Gewalt gegenüber FINTA*,

15 weibliche Altersarmut (Erfassung bislang nur in einem binären System) oder mangelnde Reprä-

16 sentanz von FINTA* in Führungspositionen und der Politik: Es gibt noch viel zu viele Beispiele,

17 warum die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichberechtigung der Geschlechter noch immer

18 nicht erreicht ist. Patriarchale Strukturen müssen bekämpft und überwunden werden. Ein ge-

19 setzlicher Feiertag würde diesem Kampf noch mehr Öffentlichkeit verschaffen. Wichtig ist

20 aber: Letztendlich muss jeder Tag FINTA*-Kampftag sein!

Antrag Fem04: Stellenausbau der Betroffenenberatung Niedersachsen

Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

Rechte Gewalt ist leider heutzutage eine bittere Realität in unserem Lebensumfeld. So auch im Bezirk Braunschweig. Dort, wo rechte Gruppen und Kleinstparteien präsent sind und versuchen sie ihr rassistisches Gedankengut und ihre antisemitische Weltanschauung zu verbreiten, bleibt es bedauerlicherweise nicht aus, dass Menschen, die sich gegen jene Gruppen und Kleinstparteien richten und sich in Bündnissen, Organisationen und Parteien engagieren, Opfern von rechter Gewalt werden. Dies kann auf eine sehr vielfältige Art und Weise geschehen.

Sei es, dass Menschen beleidigt, bedrängt, eingeschüchtert oder sogar zu Opfern physischer Gewalt werden. Es bleiben immer Menschen übrig, die als geschädigte Personen aus der Tat hervorgehen.

Um diese Personen nach solch einem Vorfall zu unterstützen, gibt es die Betroffenenberatung Niedersachsen, welche eine Beratung und psychische Unterstützung bei Übergriffen für Betroffene anbietet. Außerdem informiert sie über die rechtlichen Möglichkeiten, die die jeweiligen Betroffenen haben, um gegen solch eine Tat vorzugehen. Des Weiteren helfen sie den Geschädigten während der Gerichtsverhandlung, wenn es zu einer Anklage kommt, in Form einer Prozessbegleitung und unterstützen die Opfer Wege zu finden, den Prozess zu finanzieren. Selbstverständlich ist das Angebot kostenlos.

Konkret ist für den Großraum Braunschweig die Betroffenenberatung „Region Süd-Niedersachsen“ zuständig, welche in Hildesheim ansässig ist. Um das dringend nötige Angebot der Betroffenenberatung in unserer Region zu unterstützen, fordern wir deshalb:

einen Stellenausbau der Betroffenenberatung, um zu gewährleisten, dass zu jederzeit die Beratung von Betroffenen sichergestellt ist.

die Einrichtung einer Zweigstelle oder eines zusätzlichen Büros in Braunschweig, um vor Ort in Braunschweig die Möglichkeit zu schaffen, schnell und unmittelbar eine persönliche Beratung anzubieten.

1 **Antrag Fem05: Oben-ohne-Recht für alle Menschen**

2 Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

3

4 Ob beim Stillen im Café oder eben im Schwimmbad – wann und wie eine weibliche Brust sicht-
5 bar sein darf oder nicht, wird immer wieder heftig diskutiert. In Göttingen dürfen seit dem 1.
6 Mai am Wochenende Frauen* und Männer* in den städtischen Schwimmbädern ohne Oberteil
7 schwimmen, Dass es in Göttingen jetzt zwei Tage gibt, an denen Frauen* ohne Oberteil
8 schwimmen gehen dürfen ist aus feministischer Sicht ein Skandal Es impliziert; Die
9 Frauen*brust ist so speziell, dass sie spezielle Tage haben muss. Das ist eine hart problemati-
10 sche Botschaft. Bei der Debatte über die Sichtbarkeit weiblicher Brüste geht es auch immer um
11 das weibliche Selbstbestimmungsrecht. „Männer* haben auch Nippel und Haare auf der Brust
12 – das sind sexuelle Merkmale, dennoch müssen sie ihren Oberkörper im Schwimmbad nicht be-
13 decken, Frauen* hingegen schon. Über Frauen* wird einfach bestimmt Dieser Missstand sollte
14 beendet werden. Wenn Frauen weniger sexualisiert würden, könnten sie freier leben. Deshalb
15 fordern wir, Geschlechtergerechtigkeit und die Entsexualisierung des weiblichen Körper Für
16 Frauen* sollte ohne Oberteil uneingeschränkt, zumindest für die Orte, an denen sich auch Män-
17 ner mit nacktem Oberkörper zeigen dürfen, das gleiche Recht gelten.

1 **Antrag Fem06: Spielzeug hat kein Geschlecht**

2 Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

3
4 Als feministischer Verband stellen wir uns grundsätzlich gegen veraltete Rollenbilder und Ge-
5 schlechterklischees. Diese sind allgemein patriarchalisch und tragen somit zu Unterdrückungs-
6 mustern in unserer Gesellschaft bei. Ein Grundpfeiler, auf dem diese patriarchalische Ordnung
7 beruht, ist die Sozialisierung mit Klischees und veraltete Geschlechterrollen.

8 Spielzeughersteller*innen nutzen diese Geschlechterrollen zur Vermarktung ihrer Produkte, da
9 sie sich in unserer sexistisch sozialisierten Gesellschaft durchaus gut verkaufen. Rosa für Mäd-
10 chen und Blau für Jungs ist kein Naturgesetz, sondern ein Rollenbild, das durch Vermarktung
11 zur Ware gemacht wird.

12 Wir fordern ein Verbot von geschlechterspezifischer Spielzeugwerbung.

13 Wir wollen nicht Spielzeugprodukte verbieten, denen jemals eine Geschlechterrolle zugeordnet
14 wurde. Wir wollen erwirken, das Spielzeug künftig nicht direkt einem Geschlecht zugeordnet
15 wird. Dabei orientieren wir uns an dem spanischen Model. Die spanische Regierung hat ge-
16 meinsam mit dem Dachverband der Spielzeughersteller*innen einen Katalog an Anforderun-
17 gen ausgearbeitet, der in der Branche künftig eingearbeitet werden soll. Der Katalog enthält
18 Forderungen, denen wir uns ebenfalls anschließen. Wichtig ist zudem, auch elektronisches
19 Spielzeug wie Videospiele mit einzubeziehen.

20 **Wir fordern:**

- 21 • Keine gender-stereotypen Signalfarben in Spielzeugwerbungen und Verpackungen (z.B.
22 rosa für weibliche gelesene Personen, blau für männlich gelesene)
- 23 • Keine Werbesprüche die nur auf eine Geschlechterrolle abzielen (z.B. „Für starke Jungs“)
- 24 • Keine Zuordnung von Berufen und Aktivitäten zu einem Geschlecht (z.B. Polizei, Feuer-
25 wehrmann*frau, Model)
- 26 • Diverse Besetzung von Schausteller*innen in Spielzeugwerbungen (z.B. nicht nur junge
27 Männer auf Werbebildern für Lego Star Wars)
- 28 • Kein Spielzeug mit sexualisierenden Rollenbildern (z.B. Barbie)
- 29 • Kein Spielzeug mit stark gewaltverherrlichenden Rollenbildern (z.B. realistische Darstel-
30 lung von Krieg)

Fi – Finanzen

Antrag Fi01: GEZ Befreiung für Studierende und Azubis

Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- Schüler*innen, Azubis, Freiwilligendienstleistende und Studierende sollen Pauschal von den GEZ Gebühren befreit werden

Begründung:

Schüler*innen, Azubis, Freiwilligendienstleistende und Studierende sind nicht voll erwerbstätig und haben nur sehr begrenzte finanzielle Möglichkeiten. Oft ist am Ende des Monats das Geld knapp, oder es kommt eine unerwartete Rechnung für ein Lehrbuch rein usw.

Die GEZ Gebühren sind prinzipiell ein konstruktiver Ansatz für die Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien, jedoch belasten diese Kosten die genannten Gruppen massiv. Bisher können nur BAföG Empfänger*innen sich befreien lassen. Dies betrifft nur eine kleine Gruppe und ist mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden. Durch die steigenden Energiepreise und Inflation geraten zudem immer mehr sich in Ausbildung befindliche Menschen in finanzielle Schwierigkeiten oder Notlagen. Der Erlass solcher Gebühren stellt eine starke Entlastung dar und ist gut umsetzbar. Daher fordern wir die pauschale Befreiung von Schüler*innen, Azubis, Freiwilligendienstleistenden und Studierenden von der Zahlung von GEZ-Gebühren.

→ Zusammenfassung: Aufgrund der ohnehin hohen finanziellen Belastung von Schüler*innen, Azubis, Freiwilligendienstleistenden und Studierenden ist ein Entfall der GEZ-Gebühren für diese hilfreich und notwendig.

1 **Antrag Fi02: Für eine gerechte Grunderwerbssteuer**

2 Antragssteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

3

4 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

- 5 • Die Grunderwerbsteuer soll bei einem Erstkauf einer Immobilie sowie Grundstücken bis
6 zu einem Wert von 500.000€ nicht erhöht, sondern perspektivisch sogar gesenkt wer-
7 den.

8 **Begründung:**

9 Als Sozialdemokrat*innen sollte es uns ein Herzensanliegen sein, dass sich möglichst viele
10 Menschen ein Eigenheim leisten können. Dies ist unter anderem eine optimale
11 Altersvorsorge und damit sozial gerecht. Um die Menschen in Folge steigender
12 Immobilienpreise konkret zu entlasten, muss sich die niedersächsische Landesregierung
13 dafür einsetzen, den aktuellen Prozentsatz von 5,5% auch in finanziellen Krisenzeiten
14 mindestens zu halten bzw. zu senken.
15 Die Wertgrenze von 500.000€ bei der Erstimmobilie sorgt außerdem dafür, dass weder
16 Immobilienkonzerne noch reiche Privatisers von dieser Steuersenkung profitieren.

1 **Antrag FI03: Aussetzung der Grunderwerbsteuer für den Ersterwerb einer Immobilie**

2 Antragsteller*in: Jusos Grafschaft Bentheim

3
4 Antragstext:

5 Spätestens durch die niedrigen Zinsen sind die Immobilien- und Grundstückspreise extrem ge-
6 stiegen und vielen Menschen und Gesellschafter haben ihr Geld in Beton investiert. Dies sind
7 ebenfalls Gründe für steigende Mieten. Heutzutage ist es für junge Bürger*innen nur noch sehr
8 schwer möglich, sich eine eigene Immobilie in verschiedenen Formen zu leisten, wodurch sie
9 dazu gezwungen sind, weiterhin zu mieten. Dies kann dazu führen, dass junge Menschen erst
10 einmal Eigenkapital aufbauen wollen, bevor sie Kinder bekommen. Dies ist hinsichtlich des de-
11 mografischen Wandels schädlich, da Bürger*innen später, weniger oder gar keine Kinder be-
12 kommen.

13
14 Um der Inflation entgegen zu wirken, wurden die Zinsen angehoben und Baustoffe werden
15 teurer und die Löhne steigen (auch für Handwerker). Um allen Bürger*innen die Möglichkeit zu
16 geben sich noch eine Immobilie zu leisten, beantragen wir, die Grunderwerbsteuer für den ers-
17 ten Erwerb auszusetzen. Dadurch haben sie gegenüber Menschen/ Gesellschaften mit hohen
18 Eigenkapital und bereits mehreren Immobilien eine bessere Ausgangslage. Zudem reduziert ein
19 Aussetzen die Spaltung von arm und reich, weil ein Immobilienerwerb eine gute Investition
20 sein kann. Die Aussetzung soll bis zu einer angemessenen Entspannung des Marktes aufrecht
21 gehalten werden. Rückwirkend soll jungen Menschen die GES für die letzten 5 Jahre prozentual
22 erstattet werden (2022 5% , 2021 4% usw.)

23
24 Des weiteren wird i. d. R. eine eigene Immobilie klimagerechter ausgestattet (Isolierung, PV
25 Anlage, Wärmepumpe), um Nebenkosten zu sparen - woran Vermieter weniger interessiert
26 sind, da sie die Nebenkosten nicht tragen müssen.

G – Gesundheit und Pflege

Antrag G01: Mehr und erschwingliche Kassensitze für Psychotherapeut*innen

Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

1. Deckelung der Kosten für einen Kassensitz
2. Vergrößerung des Angebots verfügbarer Kassensitze in der Gesamtsumme (gemessen am realen Bedarf, nicht am Schlüssel)
3. Beschränkung der Anzahl von Kassensitzen pro Psychotherapeut*in auf einen Sitz

Begründung:

Es gibt einen akuten Therapieplatz-Mangel. Patient*innen durchlaufen monatelanges Suchen ohne Erfolg auf eine Behandlung bzw. einen festen Platz bei Therapeut*innen. Zum anderen haben jung, hervorragend ausgebildete Therapeut*innen wegen der Vorgaben der Kassenärztlichen Vereinigungen kaum Möglichkeit, einen sogenannten Vertragstherapeut*innensitz aufgrund der regionalen Bedarfsermittlung und immensen Kostenbelastung zu erwerben. Laut offizieller Zahlen gibt es eine Überversorgung von Psychotherapeut*innen, die Realität zeichnet jedoch ein anderes Bild. Diese Bedarfsermittlung der Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen über einen gesonderten Vergabeschlüssel unterscheidet sich von der real-Berechnung der Therapeut*innen. Um gesetzlich versicherte Patient*innen psychotherapeutisch behandeln zu dürfen, brauchen Therapeut*innen nicht nur die Approbation, sondern vor allem die Genehmigung der Kassenärztlichen Vereinigung.

Antrag G02: Safer Sex 3.0 - ins 21. Jahrhundert der basismedizinischen Versorgung bringen.

Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

Safer Sex 3.0 ist ein relativ unbekanntes und unterbewertetes Thema im Spektrum der Präventionsprogrammatik. Besonders unterversorgt ist diese wichtige Stütze im Kampf gegen sexuell übertragbare Krankheiten in Salzgitter. Mit nur einem PrEP-Arzt im gesamten Braunschweiger Land (vgl.: <https://prep.jetzt/index.php/aerzteliste>) in Braunschweig entsteht hieraus eine besondere Problematik für die Stadt Salzgitter und die gesamte Region. Weitere PrEP-ÄrztInnen sind erst in Hannover, Göttingen oder Magdeburg zu finden.

PrEP ist die Prä-Expositions-Prophylaxe gegen sexuell übertragbare Krankheiten wie HIV (Aids) und Hepatitis (vgl.: https://www.iwwit.de/prep?pk_campaign=ads&pk_kwd=safensex). Sie gilt als sichere Zusatzvariante oder Hauptvariante in der Vorbeugung gegen eine Ansteckung mit HIV oder Hepatitis. Eine PrEP Behandlung bedeutet jedoch eine kontinuierliche Überprüfung und Betreuung der Patientinnen und Patienten durch einen Arzt oder eine Ärztin. Ebenfalls übernehmen PrEP-Ärzte die Versorgung von Patienten die an HIV erkrankt sind und durch eine kontinuierliche Therapie auf ein Virenlast-Minimum gebracht werden, welches die Übertragung des HI-Virus unterbindet.

Besonders für den Bezirk Braunschweig ist die Ansiedlung eines PrEP-Arztes oder einer PrEP-Ärztin besonders wichtig, denn viele betroffene Bürgerinnen und Bürger, sowie Jugendliche, kennen das Angebot das Safer Sex 3.0 bietet nicht oder finden im Stadtgebiet hierfür keine Anlaufstelle oder Informationen. Vor allem aber vor dem Hintergrund der sogenannten „Taschengeldprostitution“ und den damit verbundenen Risiken, die bereits Jugendliche betreffen ist, es für uns absolut notwendig hier Schritte zu ergreifen, um ein Angebot vor Ort zu schaffen, das allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich ist. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die medizinischen Errungenschaften des 21. Jahrhunderts auch in den Schulen ankommen. Hierzu benötigt es ein umfassendes Informationsangebot an Schulen. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Braunschweig umfassend zum Thema Safer Sex 3.0 informiert werden und eine Anlaufstelle für eine potenzielle Therapie vor Ort haben.

Wir fordern:

- Dass sich die SPD Fraktionen im Bezirk Braunschweig für die schnellstmögliche Initiative zur Ansiedlung eines oder einer PrEP-/HIV Arztes oder Ärztin in den Kommunen einsetzt.

- 37 • Dass sich die SPD-Ratsfraktionen sich für ein städtisches Aufklärungs/-Präventi-
38 onsprogramm und Schulprogramm zum Thema Safer Sex 3.0 einsetz

I – Inneres

1 Antrag I01: Einführung eines Feiertages für demokratische Wahlen

2 Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Hildesheim

3

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5 Wir fordern einen zusätzlichen Feiertag unter der Woche, um unsere demokratischen Wahlen
6 auf allen Ebenen (Bundes-, Landtagswahlen sowie Kommunalwahlen) durchzuführen.

7 **Begründung:**

8 Demokratische Wahlen folgen nach unserem Verständnis der Einhaltung der fünf Grundsätze,
9 sie müssen folgende Kriterien erfüllen: allgemein, gleich, frei, geheim & unmittelbar.

10 Das Recht auf demokratische Wahlen ist ein in manchen Teilen unserer Welt noch heute
11 schwer erkämpftes und nicht gegebenes Recht, ebenso war diese auch in der jüngeren Ge-
12 schichte der deutschen Staaten keine Selbstverständlichkeit.

13 Um den Stellenwert unserer Demokratie zu unterstreichen, sollten wir uns an einem dafür
14 freien Tag den Wahlen widmen. Darüber hinaus könnte eine Verlegung der Wahl auf einen
15 speziell dafür geschaffenen Tag unter der Woche das Verhältnis der Bürger zur Demokratie
16 stärken und auch nicht politisch Interessierte für die Wahlen in ihrer Gesamtheit begeistern.
17 Eventuell kann man mit einem solchen Feiertag die Wahlbeteiligung besonders unter den
18 Nichtwählern in unserer Nation erhöhen sowie auch das ehrenamtliche Engagement für die
19 Aufgabe als Wahlhelfer stärken.

20 Zur gesetzlichen Einordnung: Da laut dem Grundgesetz kein genauer Tag für unsere Wahlen
21 festgelegt ist, sondern dies nach heutiger Gesetzeslage auf andere Gesetze abgeschoben wird,
22 wäre dieses Vorhaben grundsätzlich möglich:

Bundeswahlgesetz § 16 Wahltag

Der Bundespräsident bestimmt den Tag der Hauptwahl
(Wahltag). Wahltag muß ein Sonntag oder gesetzlicher
Feiertag sein.

23

24 Die Bestimmung des Wahltags bestimmt auf Bundesebene der Bundespräsident, auf der Lan-
25 desebene die Landesregierung durch ihre Verordnung

1 **Antrag I02: Verstärkte Verfolgung von Rechtsextremismus im Öffentlichen Dienst**

2 Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Lüneburg

4 **Beschlussvorschlag:**

5 Die Landeskonzferenz möchte eine stärkere Verfolgung von Rechtsextremismus im öffentlichen
6 Dienst erwirken. Speziell für das Thema geschulte Beauftragte sollen für die Bekämpfung ein-
7 gesetzt werden. Auch wäre es sinnvoll, Organisationen gegen Rechtsextremismus ergänzend
8 und stärker mit einzubinden. Dazu wünschen wir uns, dass in diesen Berufsfeldern im öffentli-
9 chen Dienst jeweils eine speziell geschulte*r Angestellte*r als Bindeglied dient. Diese Personen
10 sollen deutlich schneller rechtsextreme Strukturen erkennen und schneller eingreifen.

11 **Begründung:**

12 Rechtsextremismus ist in allen Strukturen unserer heutigen Gesellschaft zu finden, so auch im
13 öffentlichen Dienst. Besonders dort kann es kritisch werden, und um dem entgegenzuwirken
14 brauchen wir innerhalb der Strukturen Beauftragte gegen Rechtsextremismus. Bei diesen Be-
15 auftragten soll es sich um Personen handeln, die bereits in Organisationen gegen Rechtsextre-
16 mismus tätig sind. Diese sollen in erster Linie Aufklären und ein Bewusstsein für das Thema
17 schaffen, damit könnte die erste Hürde überwunden werden und Berührungspunkte geschaf-
18 fen werden. Viele Menschen sind überzeugt davon, dass sie progressiv sind und es kein Rechts-
19 extremismus in ihrem Umfeld gibt. Das Ziel dieser Aufklärungen sollte sein, das eigene Denken
20 und Handeln zu hinterfragen.

21 Die Beauftragten sollen auch als vertrauter Ansprechpartner dienen, bei rechtsextremistischen
22 Fragen und Fällen. So können die Angestellte den*die Beauftragte*n bei Seite stehen und sie
23 auch ermutigen gegen ihre Kolleg*innen, Vorgesetzte*n und weitere vorzugehen. Häufig be-
24 steht eben das Problem, dass Menschen im öffentlichen Dienst durch ihre Positionen in unsere
25 Gesellschaft nicht als rechtsextremistisch wahrgenommen werden und vor allem nicht wahr-
26 genommen werden wollen.

27 Um langfristig gegen Rechtsextremismus vorzugehen, bedarf es weitere Konzepte zu imple-
28 mentieren für Angestellte im öffentlichen Dienst. Bereits existierende Organisationen gegen
29 Rechtsextremismus sollen dafür zukünftig spezielle Ausbildungen anbieten. Dafür werden im
30 Vorfeld Angestellte nach speziellen Kriterien ausgewählt und erhalten dann langfristig die Auf-
31 gabe in ihrem Arbeitsalltag mit einem wachsenden Auge und offenen Ohr frühzeitig gegen ent-
32 stehende Strukturen oder Bündnisse einzugehen. Zusammengefasst kümmern sie sich um
33 rechtsextremistische Probleme in ihrem Arbeitskontext. Dazu sollen sie auch ähnliche Aufga-
34 ben, wie die Beauftragten haben. Den Ausgewählten stehen in ihrer Arbeitszeit freie Stunden
35 für ihre neuen Aufgabe zur Verfügung, so können die Kapazitäten gewährleistet werden für
36 den Kampf gegen den Rechtsextremismus im öffentlichen Dienst. Außerdem werden so Orga-
37 nisationen gegen Rechtsextremismus stärker eingebunden und erlangen mehr Präsenz.

- 38 Der erste Schritt zum Rechtsextremismus freien Deutschland beginnt im Öffentlichen Dienst,
39 denn er ist der Dreh und Angelpunkt in unserer heutigen Gesellschaft.

1 **Antrag I03: Errichtung eines landesweiten Friedhofsregisters**

2 Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

3

4 Die Jusos-Landeskonferenz möge beschließen:

5 dass das Land Niedersachsen ein digitales landesweites Friedhofsregister unter Berücksichti-
6 gung des geltenden Datenschutzes errichtet.

7 **Begründung**

8 Öfter als man vielleicht denkt, stehen Hinterbliebene vor der großen Herausforderung zu er-
9 mitteln, wo eine verwandte oder bekannte Person beigesetzt wurde. Der einzige Weg der
10 ihnen dann bleibt um dies herauszufinden, ist das Telefonieren bzw. anschreiben diverser Be-
11 stattungsunternehmen und Friedhofsverwaltungen. Durch ein landesweites Friedhofsregister
12 könnten so die emotionalen niedergerungenen Hinterblieben schneller eine Antwort bekom-
13 men, wo sie sich von der verstorbenen Person verabschieden können.

1 **Antrag I04: Egoismus muss bestraft werden – Einsatzwagen mit Dashcams ausstatten!**

2 Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5 Es wird gefordert, dass in Niedersachsen jeder Rettungswagen und jedes Feuerwehrauto im
6 Einsatz mit einer Dashcam ausgestattet wird, um die Einhaltung der Rettungsgasse zu über-
7 prüfen.

8 **Begründung**

9 Wie schnell ein Einsatzfahrzeug am Unfallort eintrifft, kann für Menschen lebensentscheidend
10 sein. Damit Einsatzfahrzeuge möglichst schnell zu einem Unfallort gelangen können, ist es in
11 Deutschland gesetzlich verpflichtet eine Rettungsgasse zu bilden.

12 Dennoch gibt es noch immer vereinzelte Personen, welche sich nicht an das geltende Recht hal-
13 ten, um sich selbst einen Vorteil zu verschaffen. Durch diesen Egoismus kommen Einsatzkräfte
14 häufig verspätet zum Einsatzort. Bestraft werden die Personen aktuell jedoch kaum. Die Ein-
15 satzkräfte haben nämlich Schwierigkeiten die Verstöße zu dokumentieren, da diese sich auf
16 den kommenden Einsatz vorbereiten müssen.

17 Bei dieser Problematik können Dashcams helfen, welche Verstöße aufzeichnen und später aus-
18 gewertet werden.

19 Die Fahrer*innen, welche sich offensichtlich strafbar gemacht haben, können so zur gerechten
20 Rechenschaft gezogen werden.

21 Das Verfahren funktioniert allerdings nicht nur in der Theorie. Nordrhein-Westfalen hat be-
22 reits 2018 mehr als 50 Fahrzeuge der Autobahnpolizei mit Dashcams versehen und bislang da-
23 mit ausschließlich positive Erfahrungen gemacht.

24 Niedersachsen kann sich nun ein Beispiel an NRW nehmen und davon profitieren, indem auch
25 hier Einsatzfahrzeuge mit Dashcams ausgestattet werden.

26 Somit ist eine Ausstattung in jedem Einsatzfahrzeug Niedersachsens ist demnach wünschens-
27 wert und anzustreben

Antrag I05: Rechte Netzwerke bei der Polizei zerschlagen

Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- Wir fordern eine lückenlose Aufklärung und eine tiefgreifende Aufarbeitung rassistischer, rechtsradikaler, antisemitischer oder anderer menschenverachtender Strukturen innerhalb der niedersächsischen Sicherheitsbehörden.
- Hierzu zählt auch die (erneute) Prüfung aller rassistischen und rechtsradikalen Anschläge, wenn an der Fallbearbeitung beteiligte Beamt*innen in Zusammenhang zu mutmaßlichen Täter*innen stehen oder Kontakt zu etwaigen rechten Netzwerken pflegen.
- Personen, die aus den Sicherheitsbehörden mit Kontakt zu oder Engagement in rechten Netzwerken haben, müssen nach einer disziplinarischen Prüfung umgehend aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden und ein Dienstverbot ausgesprochen bekommen.
- Die Konzeption und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen innerhalb der Sicherheitsbehörden (Polizist*innen, Verfassungsschutz-Beamt*innen, Soldat*innen etc.) sind unerlässlich. Hierzu sollen Fördermittel bereitgestellt und eine unabhängige Prüfstelle (Beschwerde-, Ermittlungs- und Aufsichtsbehörde) eingerichtet werden.
- Eine unabhängige Untersuchung in Form einer Studie zu strukturellem Rassismus in deutschen Sicherheitsbehörden ist durchzuführen.
- Errichtung von Schutzprogrammen von Zeug*innen sowie ein finanzielles Sicherheitsnetz, wenn die Rückkehr in den Beruf aufgrund einer möglichen Gefährdung nicht ausgeschlossen werden kann.

Begründung:

Immer wieder tauchen auch in Niedersachsen Meldungen über Polizist*innen, Soldat*innen oder Mitarbeiter*innen des Verfassungsschutzes auf, die gegen das Gesetz verstoßen und Waffen, Nazi-Uniformen und Devotionalien aus dem Zweiten Weltkrieg besitzen oder enge Kontakte zu rechtsradikalen Personen und Netzwerken pflegen. Aber damit nicht genug: Auch die Beteiligung an Chat-Gruppen/Foren, das Teilen oder bewusste Partizipieren rassistischer Darstellungen sowie Bezügen zum nationalsozialistischen Regime sind höchst problematisch.

Ein prominentes, recht aktuelles Beispiel: Eine Polizeikommissarin bei der Hundestaffel in Hannover gibt in den sozialen Medien Einblicke nicht nur in ihre berufliche Praxis und den Umgang mit Schutzhunden, sondern teilt auch private Urlaubsfotos mit ihrem Lebensgefährten und dem Privathund "Bronson", der nach einer italienischen Neonazi-Band benannt wurde. Laut Recherchen des "Recherche Kollektivs Ostwestfalen" ist der Lebensgefährte der Polizeikommissarin seit über 10 Jahren in der rechtsradikalen Szene aktiv und wurde wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe verurteilt, nachdem dieser mit "Kameraden"

- 39 eine alternative Kneipe gestürmt und Personen verletzt hatte, um ihnen einen “Denkzettel” zu
40 verpassen.
- 41 “NSU 2.0” oder das rechtsradikale “Hannibal”-Netzwerk sind nur die Spitze des Eisbergs, wenn
42 der öffentliche Dienst von rassistischen, antisemitischen, rechtsextremen oder sonstigen men-
43 schenfeindlichen Haltungen auch strukturell unterwandert ist oder es Personen gibt, die solche
44 Missstände decken und somit legitimieren.
- 45 Wir müssen alle Kräfte dafür aufwenden, die Demokratie versenden Kräfte zu stoppen und die
46 womöglich gewaltbereiten Täter*innen aus dem öffentlichen Dienst entfernen.

1 **Antrag I06: Antifaschistische Kraftanstrengung**

2 Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

4 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 5 • Erneute klare Positionierung gegen faschistische Tendenzen und Strukturen in Nieder-
- 6 sachsen
- 7 • Verstärkte Förderung von Projekten und Initiativen zur Prävention und Aufklärung ge-
- 8 gen Rechtsextremismus

10 **Begründung:**

11 Auch in Niedersachsen gibt es ein Problem mit Rechtsextremismus. Querdenken, Montagsmär-

12 sche Anti-Ukraine-Demos, Nazi-Propaganda und zuletzt das erschreckende Wahlergebnis der

13 AfD zeigen, dass wir wach sein müssen im Kampf gegen den Faschismus und menschenverach-

14 tende Strukturen.

15 Wir brauchen eine starke, aufmerksame und wehrhafte Zivilgesellschaft, welche sich aktiv da-

16 gegen positioniert. Rechtsextreme Positionen dürfen nicht salonfähig werden. Hierzu braucht

17 es aktive und inhaltlich/konzeptuell wie monetär gut ausgestattete Projekte gegen Rechtsext-

18 remismus, um klare Positionierung gegen Rechts weiter voranzutreiben und die demokratie-

19 zersetzenden Prozesse aufzuhalten.

21 → Zusammenfassung: Eine starke, aufmerksame und wehrhafte Zivilgesellschaft braucht poli-

22 tische Unterstützung.

1 **Antrag I07: Niedersachsen einen angemessenen Slogan geben**

2 Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

3

4 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 5
 - Klar. Niedersachsen braucht einen ordentlichen und angemessenen Slogan.

6 **Begründung:**

7 Niedersachsen hat einen besseren Slogan als „Klar.“ verdient. Damit nicht erneut tausende
8 Euro in die Entwicklung gesteckt werden müssen hier ein paar Vorschläge:

9

- 10
 - Weil.
 - 11 • Ein gutes Ross springt nur so hoch es muss.
 - 12 • Elektrizierender denn je.
 - 13 • Watt'n Land.
 - 14 • Netter als BaWü.
 - 15 • Der bessere Norden.
 - 16 • Sturmfest und Erdverwachsen.
 - 17 • Zu geil für dumme Sprüche.

18

19 → Zusammenfassung: Niedersachsen erwartet einen neuen Slogan!

Antrag I08: Stärkung der Freiwilligendienste in Niedersachsen

Antragsteller*in: Jusos Oldenburg/Ammerland

Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- Einführung eines 365€-Tickets auch für Freiwillige jedes Freiwilligendienstes, um für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Anerkennung zu sorgen.
- Erhöhung des Taschengeldes einmalig um 100 Euro und dann schrittweise Anpassungen entsprechend des Regelbedarfs.

Begründung:

Egal ob Freiwilliges ökologisches oder soziales Jahr oder ein Bundesfreiwilligendienst, Freiwillige arbeiten für die Gesellschaft und bekommen dafür in Niedersachsen eine Aufwandsentschädigung in Höhe von etwas mehr als 300€, im FöJ sogar nur maximal 300€. Von dieser Entschädigung müssen Unterkunft und Lebensunterhalt bezahlt werden. Allein das kann schon knapp werden, wenn Eltern nicht finanziell unterstützen wollen oder können. Bedenkt man dann aber noch, dass davon Fahrtkosten zur Einsatzstelle und die eigene Mobilität bezahlt werden müssen, ist das kaum möglich. Einige Freiwillige müssen dafür teilweise 140€ im Monat zahlen oder sich für das elterliche Auto, sofern dies vorhanden ist, entscheiden. Besonders Freiwillige im ökologischen Jahr sehen nicht ein, dass sie ihren an der Umwelt geleisteten Dienst dadurch nichtig machen, dass sie sich aus finanziellen Gründen für das umweltschädliche Fahren mit dem PKW, statt für die umweltfreundlichere Alternative des Öffentlichen Personennahverkehrs entscheiden müssen. Aber auch unabhängig vom ökologischen Jahr ist es nicht im Sinne der Freiwilligen, die sich für die Gesellschaft einsetzen wollen, durch die zwangsweise Nutzung des PKW's Treibhausgase in die Umwelt zu bringen und so einen gesellschafts- und umweltschädlichen Klimawandel, der vor allem oft junge Freiwillige um eine lebenswerte Zukunft bringen kann, voranzutreiben.

Ein Freiwilligendienst soll außerdem ein Bildungsjahr sein. Um sich über das Bundesland, in dem der Dienst verrichtet wird sich jedoch angemessen ildnen zu können, muss man erst einmal wissen, was es alles in diesem Land gibt. Das Flächenland Niedersachsen bietet eine enorme Vielfalt. Es erstreckt sich von der Nordsee bis in den Harz und vom Teutoburger Wald und dem Heseper Moor bis zur Lüneburger Heide und der Niedersächsischen Elbtalaue. Nicht nur ökologisch gibt es hier viele Bildungsmöglichkeiten, denn auch kulturelle Eigenarten, wie die ostfriesische Teezeremonie oder die Osnabrücker Springbrötchen-Kultur sind Bestandteile des diversen Niedersachsens. Wer sich also über Niedersachsen bilden will, muss viel Reisen um alles zu sehen und den eigenen Horizont zu erweitern. Mit nur 300€ ist es nicht möglich, so viel herum zu kommen und sich zu bilden.

Des Weiteren soll ein Freiwilligendienst auch die Chance bieten, andere, unbekannte Menschen mit ähnlichem Interesse für Umwelt und Gesellschaft kennenzulernen und sich zu vernetzen. Dieser essentielle Bestandteil der Freiwilligendienste ist wichtig für ein gesellschaftliches Zusammenwachsen und ein zukünftiges Gemeinschaftsgefühl. Auch hier ist es von großer

40 Bedeutung, eine möglichst günstige Mobilitätsalternative zum Auto zu bieten. Es darf dabei
41 nicht dazu kommen, dass Freiwillige aus finanziell schwächer gestellten Familien dabei durch
42 extreme finanzielle Hürden benachteiligt werden und sich schon in jungen Jahren eine gesell-
43 schaftliche Spaltung aufgrund von verschiedenen Einkommensniveaus entwickelt. Aus diesem
44 Grund muss auch das Taschengeld erhöht und an die gegenwärtige Finanzlage angepasst wer-
45 den. Niedersachsen sollte Vorbild für gesellschaftlichen Zusammenhalt sein, dazu gehört aber
46 auch jungen Menschen, unabhängig von verfügbaren finanziellen Mitteln der Eltern, zu ermög-
47 lichen, die Diversität der niedersächsischen Gesellschaft kennenzulernen. Für viele Familien, die
48 sowieso schon mit finanziellen und sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Nachteilen um-
49 gehen müssen, können die geringe Aufwandsentschädigung und die hohen Mobilitätskosten
50 ein Grund sein, keinen Freiwilligendienst nach dem Schulabschluss in Erwägung zu ziehen. Für
51 uns ist es daran, Hürden abzubauen und damit das freiwillige Engagement junger Menschen
52 zu fördern und zu würdigen.

53 Wir fordern die Landesregierung Niedersachsens dazu auf, ihre Rolle als Landesregierung einer
54 diversen Gesellschaft und eines vielfältigen Bundeslandes ernst zu nehmen und durch die Ein-
55 führung eines 365€-Tickets auch für Freiwillige jedes Freiwilligendienstes für eine sozial ge-
56 rechte und ökologisch nachhaltige Anerkennung zu sorgen und damit einen Schritt in Richtung
57 gesellschaftlichen Zusammenhaltes zu unternehmen.

1 **Antrag I09: Wir haben Platz!**

2 Antragsteller*in: Jusos Oldenburg/Ammerland

3
4 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 5 • Die Landesregierung möge Niedersachsen zu einem “Sicheren Hafen” für alle Men-
6 schen entwickeln. Einen sicheren Hafen verstehen wir als einen Ort der Aufnahme und
7 des Ankommens für schutzsuchende Menschen. Sie möge Teilhabe, Sicherheit sowie
8 ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen schaffen, die in Niedersachsen leben.
9 • Niedersachsen möge sich bereit erklären, entsprechend der eigenen Kapazitäten mög-
10 lichst viele Geflüchtete, egal welcher Herkunft, aufzunehmen und den Zugang zu ei-
11 nem fairen Asylverfahren gewährleisten.
12 • Niedersachsen möge sich im Bundesrat für sichere Fluchtrouten einsetzen.

13 **Begründung:**

14 Wir haben Platz. Wir haben Platz für die Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, Folgen der Klima-
15 krise und Unterdrückung geflohen sind. Wir müssen diesen Menschen Zuflucht gewähren. Wir
16 tun dies gerne und mit offenen Armen, denn wir handeln aus der tiefen Überzeugung von
17 Gleichwertigkeit der Menschen und der Humanität als Prämisse. Kein Mensch ist illegal.

18
19 Noch immer gibt es keine sicheren Fluchtwege, das Mittelmeer ist ein Massengrab und auf der
20 sogenannten “Balkanroute” werden Menschen wie Tiere behandelt und ihre Würde wird ihnen
21 an dem Stacheldraht der EU-Außengrenzen genommen. Ein Zustand, welcher nicht länger trag-
22 bar ist, welcher eine Schande für Europa ist und welchen es unmittelbar zu beenden gilt. Des-
23 halb muss auch Niedersachsen seinen Teil dazu beitragen, diese humanitäre Katastrophe zu
24 beenden und “Sicherer Hafen” für Geflüchtete zu sein und sich einzusetzen für sichere Flucht-
25 wege. Wir haben die Ressourcen für die Aufnahme dieser Menschen und wir sollten sie nutzen,
26 um zu zeigen: Niedersachsen ist Burg und Wehr für die Verteidigung der Menschenrechte!

1 **Antrag I10: Graue Wölfe verbieten!**

2 Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

3

4 Die Grauen Wölfe gelten mit über 18.000 Mitgliedern als größte rechtsextremistische Organi-
5 sation in Deutschland. Sie sind eine internationale Organisation, die eine klar faschistische Ide-
6 ologie vertreten. Seit den 1970er verübten sie aus dieser Motivation heraus eine Vielzahl terro-
7 ristischer Anschläge. Sie verherrlichen die Kriege gegen Armenier*innen und Kurd*innen und
8 haben das Ziel ein großtürkisches Reich zu errichten. Die Prüfung eines Verbots der Organisa-
9 tion läuft inzwischen seit weit über einem Jahr. Dabei ist ganz klar: Die Grauen Wölfe sind Fa-
10 schisten und gehören verboten! Wir fordern das Bundesministerium des Innern und für Heimat
11 auf, die Grauen Wölfe und ihre Erkennungszeichen endlich zu verbieten!

1 **Antrag I11: Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Feuerwehren**

2 Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

3
4 Seit Jahren sammeln sich die Probleme bei den deutschen Feuerwehren. Es mangelt an vielen
5 Stellen, immer häufiger ist die Einsatzfähigkeit, besonders bei freiwilligen Feuerwehren, nicht
6 mehr sichergestellt. Immer mehr Feuerwehren leiden unter Personalmangel. Viele ältere Ka-
7 merad*innen verlieren ihre Einsatzbereitschaft, weil sie die Altersgrenze von 63 Jahren über-
8 schreiten. Gleichzeitig kommen nicht genügend junge Menschen nach. Durch die Coronakrise
9 haben sich die Nachwuchsprobleme noch einmal verschärft. Anfang der 2000er Jahre gab es
10 noch fast 1.100.000 freiwillige Feuerwehrleute inzwischen sind es nur noch ca. 995.000, 95%
11 davon sind ehrenamtlich bei freiwilligen Feuerwehren. Außerdem mangelt es auch zeitgemä-
12 ßer Ausrüstung. Viele Feuerwehren sind nicht mehr so ausgerüstet, dass sie ihren Aufgaben
13 vollständig nachkommen können. Sie leiden unter veralteter Technik und unzeitgemäßen Ge-
14 rätehäusern. Diese Probleme äußern sich besonders stark in Ostdeutschland, wo die Feuer-
15 wehrfahrzeuge häufig noch aus der ehemaligen DDR stammen und die Feuerwehrgerätehäu-
16 ser zu klein für Fahrzeuge und Einsatzkräfte sind.

17 Deswegen brauchen wir jetzt ein Feuerwehrsofortprogramm, um die Feuerwehren für ihre ge-
18 genwärtigen und zukünftigen Aufgaben zu wappnen. Die Schuldenbremse und die schlechte
19 finanzielle Lage vieler Kommunen haben verhindert, dass die Feuerwehren ausreichend finan-
20 ziert wurden. Nur mit massiven Investitionen können wir sicherstellen, dass die Feuerwehren
21 die Allgemeinheit gut vor Bränden und Katastrophen schützen kann.

22 Schnelle finanzielle Unterstützung für die Kommunen, um allen Feuerwehren zeitgemäße Ge-
23 rätehäuser, Einsatzfahrzeuge sowie technische und persönliche Ausrüstung zu bieten

24 Stärkere Förderung für ehrenamtliche Feuerwehrleute

25 Sicherstellung guter Aus- und Fortbildung bei den freiwilligen Feuerwehren

26 Getrennte Umkleiden in jeder Dienststelle.

1 **Antrag13: Ehrenamt anerkennen**

2 Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

3
4 Ohne das Ehrenamt geht nichts. Diese Feststellung bestätigt sich immer wieder – kein Verein
5 funktioniert ohne die Freiwilligen, auch der Staat ist in vielen Fällen, beispielsweise bei der Ver-
6 sorgung der Flüchtlinge, von Ehrenamtlichen abhängig.

7 Das kontinuierliche Engagement im Ehrenamt ist dabei leider vor allem unter Jüngeren rück-
8 läufig, auch wenn die meisten ehrenamtlich Engagierten mehr als fünf Stunden pro Woche für
9 ihr Ehrenamt aufwenden, zusätzlich zu Schule und Beruf. Doch sind es gerade diese Menschen,
10 die für viele Vereine und Organisationen unverzichtbar sind, weil sie einen wichtigen Teil der
11 anfallenden Arbeit in ihrer Freizeit leisten.

12 Deshalb ist es dringend erforderlich ehrenamtliches Engagement auf vielen verschiedenen Ebe-
13 nen anzuerkennen.

14 Unabhängig von Ehrenamtskarten und diversen Preisen, fordern wir die grundsätzliche Geneh-
15 migungsfreiheit ehrenamtlicher Nebentätigkeiten sowie eine Anerkennung auf beruflicher und
16 schulischer Ebene in Form von Freistellung über die bisherigen Regelungen beispielsweise bei
17 der freiwilligen Feuerwehr hinaus.

18 Jede*r ehrenamtlichen Engagierten muss eine lohnfortzahlende Freistellung von 10 Werktagen
19 im Jahr, beziehungsweise eine Freistellung von 10 Werktagen im Schuljahr gewährleistet wer-
20 den, um das Ehrenamt auszuüben. Aus der Freistellung darf den Ehrenamtlichen kein Nachteil
21 entstehen. Es muss im jeweiligen Fall geprüft werden, ob die Arbeitgeber für die Freistellung
22 entschädigt werden.

J – Justiz

1 Antrag J01: Wehrpflicht aus dem Grundgesetz streichen

2 Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

3

4 Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht im Jahr 2011, ganz besonders aber seit dem russischen An-
5 griffskrieg auf die Ukraine, werden immer wieder Stimmen laut, die die Wiedereinführung der
6 Wehrpflicht fordern. Zuletzt machte der niedersächsische CDU-Chef Althusmann damit Schlag-
7 zeilen, doch auch in unserer eigenen Partei kommt diese Forderung von Zeit zu Zeit immer wie-
8 der auf.

9 Diese populistische Forderung erkennt jedoch, dass die Wehrpflicht die Probleme bei der Bun-
10 deswehr nicht lösen kann, sondern sie im Gegenteil noch erschweren würde, da sie einen er-
11 heblichen finanziellen und organisatorischen Mehraufwand bedeuten würde.

12 Als Jusos sind wir darüber hinaus davon überzeugt, dass niemand per Gesetz zum Dienst an der
13 Waffe verpflichtet werden darf. Auch eine Aufweichung dieser Pflicht durch das Ermöglichen
14 von Ersatzdiensten steht unserer Ablehnung von „Zwangsdiensten“ diametral entgegen.

15 Aus diesem Grund fordern wir die Streichung des Artikels 12a GG.

K – Kommunales

Antrag K01: Konkretisierung des § 36 NKomVG

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

Wir fordern, dass der § 36 NKomVG dahingehend konkretisiert wird, dass bewehrte Beteiligungsformen von Jugendlichen auf kommunaler Ebene, wie zB. das Jugendparlament und der Jugendbeirat in § 36 NKomVG geschrieben werden.

Begründung

Der § 36 NKomVG schreibt den Kommunen vor, dass sie Jugendliche, bei Themen, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen sollen. Allerdings lässt der Paragraph es offen auf welche Weise, die Beteiligung von Jugendlichen sichergestellt werden soll. Dies führt oft dazu, dass es Jugendlichen in ihren Gemeinden sehr schwer fällt ihre Positionen zu kommunalen Themen auszudrücken und eine Beteiligung von jugendlichen oft gar nicht vorhanden ist.

Um dem entgegenzuwirken möchten wir, dass es für alle Gemeinden und Samtgemeinden verpflichtend wird Jugendparlamente und Jugendbeiräte einzuführen, um sicherzustellen, dass Jugendliche wirklich angemessen beteiligt werden.

In kommunalen Vertretungen dominieren nämlich oft alte weiße Männer, die die Interessen von Jugendlichen kaum bis gar nicht wahrnehmen. Um dieser Struktur entgegenzuwirken, sind Jugendparlament und-Beiräte gute Möglichkeiten.

Q - Queer Politik

Antrag Q01: Queeres Leben in Niedersachsen schützen!

Antragstelle*rinnen: Landesvorstand der Jusos Niedersachsen

Im Durchschnitt werden in Deutschland täglich drei registrierte Fälle von queerfeindlicher Hasskriminalität begangen. Wir dürfen nicht zulassen, dass queeren Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, Gewalt angetan wird, sie beleidigt oder diskriminiert werden. In Niedersachsen dürfen die Menschen nicht nur schwul, lesbisch, bisexuell, inter- oder transgeschlechtlich sein, sondern sie können dies auch leben. Straftaten werden konsequent verfolgt und Polizisten und Polizistinnen in dem Bereich geschult. Zur Unterstützung von Beratungsangeboten für queere Menschen stellt Niedersachsen im Jahr 2022 440.000 Euro zur Verfügung. Es ist begrüßenswert, dass die Landesregierung und die Institutionen eine klare Absicht öffentlich propagieren, dass sie jede Form von Gewalt und/oder Hasskriminalität gegenüber queeren Menschen ablehnen. Aber damit ist es nicht getan.

Rassismus, Ableismus sowie Hetero- und Cisnormativität stellen grundlegende Elemente eines Patriarchats dar, welches sich im Kontext der modernen, kapitalistischen nationalstaatlichen Ordnung des Globalen Nordens formiert hat. Dies auszublenden, macht die vielgestaltigen Formen von Gewalt gegen QTBIPOC (queer trans Black Indigenous People of Color) unsichtbar. Unsere Kritik beschränkt sich aber nicht nur darauf, sichtbar zu machen, dass unterschiedlich positionierte Individuen unter patriarchaler Gewalt leiden.

Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sollen im gesellschaftlichen Alltag, im politischen und im Verwaltungshandeln sichtbar gemacht werden. Wir sind der Auffassung, dass man das am besten erreicht indem man:

1) Awareness an Schulen schaffen, durch:

- Die Ausweitung des fächerübergreifenden Aufklärungsunterrichts. Dieser muss Themen, die ein Verständnis eines nicht-binären Geschlechtersystems und ein Bewusstsein für verschiedene sexuelle Orientierungen miteinschließen.

- Das Durchführen von Aktionen gegen Queer- und Transfeindlichkeit an Schulen in Kooperation zwischen Schulen, Vereinen, Verbänden und politischen Akteur*innen
- Sensibilisierung und Schulungen von Lehr- und Schulpersonal für das Thema.

2) Gesellschaftliches Engagement

- Es braucht eine*n Queer und Vielfalt-Beauftragte*n in der Landesregierung
- Wir fordern, dass die niedersächsischen Behörden und Institutionen nicht nur Lippenbekenntnisse zu queerer Vielfalt in Niedersachsen abgeben, sondern die Sichtbarkeit auch aktiv vorantreiben. Durch Sichtbarkeit, Sensibilisierungseminare oder auch indem man aktive Offenheit bezüglich queeren Lebens signalisiert, steigt die öffentliche Akzeptanz und das interne Verständnis in Behörden und Institutionen. Um Konflikten und Diskriminierungen vorzubeugen, werden Fortbildungen für Personalverantwortliche, Beschäftigtenvertretungen, Führungskräfte, Fachvorgesetzte und Kolleg*innen zum Ablauf und Umgang mit einer Angleichung bzw. Anerkennung des Geschlechts angeboten oder es wird die Möglichkeit zur Fortbildung eingeräumt. Es sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um die berechtigten Wünsche von Kolleg*innen nach Informationen angemessen zu beantworten.
- Die jüngsten Entwicklungen, die Zunahme von Hass und Hetze im Internet und auf der Straße zeigen, dass es keinen Stillstand gibt, sondern v.a. Akzeptanz immer neu und mit jeder Generation wiedererrungen werden muss, in erster Linie durch die Protagonist*innen selbst. Die Institutionen unseres Landes müssen auf die Straße gehen, um beispielsweise auf CSDs oder Pride Paraden zu zeigen, dass sie die Belange der queeren Community unterstützen.
- Wir müssen die Marginalisierung von Trans*- und Inter*-Personen endlich beenden: Diesen Menschen und ihren Schicksalen muss zu Sichtbarkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz verholfen werden. Hierzu braucht es schulische und außerschulische Bildungsangebote
- die Schaffung von mehr Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten für Betroffene (Homosexuelle, Inter*- und Trans*-Personen) und Angehörige
- mehr Forschungsarbeit zur Wirkung von Hormonbehandlungen und zur Verbesserung von geschlechtsangleichenden Operationen
- eine verlängerte Aufbewahrung der Akten über die medizinischen Eingriffe und die Sicherstellung der Zugänglichkeit für die betroffene Person

- die Aufnahme von Schutz vor Diskriminierung aufgrund von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung in Artikel 3 (3) Grundgesetz
- gendergerechte Sprache mit * in allen digitalen und analogen Veröffentlichungen sowie dem allgemeinen Internetauftritt aller Niedersachsen Behörden
- die Öffnung öffentlicher Toiletten, weg von der Unterscheidung zwischen Männern und Frauen, hin zu Toiletten für alle.

3) Verbandsintern mehr Awareness schaffen

- Selbstverpflichtung zu Seminaren zum Thema Queerpolitik
- Die Vernetzung von queeren Menschen im Verband vorantreiben, indem wir - wo möglich - es schaffen, queere Menschen im Verband auf Präsenzseminaren zu vernetzen und einen „safe-space“ aufzubauen.
- Der Verband ist ganz entscheidend auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen LGBTQI*-Gruppen angewiesen. Daher müssen wir uns als Jusos Niedersachsen stets bemühen, bezüglich dieser Thematiken präsent und aware zu sein.
- Wir begreifen uns auch als queerer Interessenverband, der sich verbandsintern immer für das Wohl queerer Menschen einsetzt.

Begründung:

Uns ist bewusst, dass Menschen, die nicht heteronormativen Vorstellungen und der Logik eines binären Geschlechtersystems entsprechen, nicht sicher sind. Hasskriminalität gegenüber queeren und trans Menschen findet beinahe täglich statt. Noch immer leben wir in einer Gesellschaft, in der viele Menschen in ihrem Alltag mit verschiedensten Formen von Diskriminierung konfrontiert sind. Diesem Hass, der Gewalt und dem gefährlichen Umgang miteinander, wollen und müssen wir etwas entgegensetzen. Es ist eine Realität, dass gerade in den letzten fünf Jahren die Straf- und Gewalttaten gegenüber QTBIPOC nochmal deutlich angestiegen sind. Diese Realität schockiert und fordert uns nochmal mehr zum Handeln auf.

Vor allem im Bildungsbereich müssen schon junge Menschen frühzeitig darüber aufgeklärt werden, was geschlechtliche und sexuelle Vielfalt bedeutet. Nur wenn dieses Bewusstsein besteht, kann verhindert werden, dass die in der Gesellschaft bestehenden Vorurteile weitergetragen werden und die daraus resultierende Stigmatisierung fortbesteht. Diese notwendige

Aufklärung soll durch mehr fächerübergreifenden Aufklärungsunterricht an allen Niedersächsischen Schulen, Aktionen gegen Queer- und Transfeindlichkeit und thematischen Schulungen für Lehr- und Schulpersonal, erreicht werden.

Queer- und Transfeindlichkeit ist aber vor allem ein Problem, welches im hier und jetzt fest in der Gesellschaft verankert ist. Neben vielfältigen Maßnahmen im Bildungsbereich, braucht es auch Maßnahmen, welche alle Menschen berühren. In Niedersachsen soll es hierfür eine*n Queer und Vielfalt-Beauftragte*n in der Landesregierung geben. Diese Person soll auf Landesebene ihren Fokus darauf legen, dass in den Behörden des Landes strukturell darauf hingewirkt wird, dass Vorgängen, Mechanismen und Abläufen, welche queere und trans Menschen diskriminieren, entgegengewirkt wird. Ebenso muss sich zwingend dafür eingesetzt werden, dass die Schaffung von mehr Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten für Betroffene (Homosexuelle, Inter*- und Trans*-Personen) und Angehörige deutlich vorangebracht wird. Auch soll dafür gesorgt werden, dass mehr Repräsentanz des Landes auf CSDs und Pride Paraden gegeben ist, damit deutlich wird, dass für Toleranz eingestanden wird und auch eine öffentliche Solidarisierung mit der Community stattfindet. Darüber hinaus ist es notwendig, dass die Aufnahme des Schutzes vor Diskriminierung, aufgrund von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung, in Artikel 3 (3) Grundgesetz aufgenommen wird. Dafür soll sich die Niedersächsische Landesregierung auf Bundesebene einsetzen.

Um im öffentlichen Raum diskriminierende Barrieren abzubauen, wollen wir bei öffentlichen Toiletten davon wegkommen, zwischen Männern und Frauen zu entscheiden, sondern fordern Toiletten für alle ein.

Als Jusos Niedersachsen werden wir ebenfalls unseren Beitrag leisten und aktiv gegen Queer- und Transfeindlichkeit ankämpfen. Daher werden wir uns selbst dazu verpflichten, Seminare zum Thema Queerpolitik anzubieten. So wollen wir gewährleisten, dass wir im Verband bewusst mit diesen Themen umgehen und sensibel im Umgang mit diesen sind. Ebenso wollen wir queere Menschen bei uns im Verband miteinander vernetzen, damit wir von und miteinander lernen können. Auch unseren Austausch und die Zusammenarbeit zivilgesellschaftlichen LGBTQI*-Gruppen werden wir fortsetzen und intensivieren. Wegen unseres Selbstverständnisses als queerer Interessenverband werden wir auch in Zukunft eine starke und laute Stimme für queere Menschen in Niedersachsen sein.

1 Antrag Q02: Queeres Leben in Niedersachsen fördern – Schwule Sau retten

2 Antragstellern*innen: Jusos Region Hannover

3

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5 Wir fordern die Einrichtung eines eigenen Fördergeldtopfes mit ausreichend Mitteln um die
6 Gründung, das Betreiben und die Sanierung von Orten queeren Lebens in Niedersachsen zu
7 unterstützen.

8

9 **Begründung**

10 Seit mehr als 30 Jahren ist das queere Kultur- und Veranstaltungszentrum „Schwule Sau“ ein
11 fester Bestandteil von Hannovers Nordstadt und ein wichtiger Anlaufpunkt für queere Men-
12 schen in Hannover und darüber hinaus. Doch durch hohe Sanierungskosten und einen Streit
13 um Zuständigkeiten droht dem Projekt das Aus.

14 Deshalb fordern wir, dass die SPD Niedersachsen sich mit Hinblick auf die anstehende Legisla-
15 tur darum bemüht, dass ein entsprechender Fördergeldtopf entsteht. Orte wie die „Schwule
16 Sau“ sind für queere Menschen wichtige sichere Räume, in denen sie sich ungestört und ohne
17 Angst entfalten und vernetzen können. Der Erhalt dieser Orte ist daher immens wichtig, Neu-
18 gründungen solcher Orte (insbesondere Ehrenamtlicher) fördern Kultur, Vielfalt und Aus-
19 tausch.

20 Wenn Niedersachsen bunt sein und Vielfalt leben möchte, müssen Orte wie die „Schwule Sau“
21 in Hannover erhalten bleiben und es müssen noch viele weitere Orte wie sie entstehen.

1

S – Soziales

1 Antrag S01: Gutscheine für Kinder zur Nutzung von Kultur, Bildung, Urlaub, sowie Spiel 2 und Spaß

3 Antragsteller*innen: Unterbezirk Harburg

4 **Einführung:**

5 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:

6 Um für die Hauptbetroffenen der mittlerweile zweieinhalbjährigen Pandemie, nämlich den
7 Kindern, Person bezogene nicht übertragbare einmalige Gutscheine zur Nutzung für Kultur, Bil-
8 dung, Urlaub, sowie Spiel- und Späßeinrichtungen zu ermöglichen. Der Wert muss pro Kind
9 mindestens tausend Euro betragen.

10

11 **Begründung:**

12 Den Kindern erging es in den letzten zwei Jahren während der Pandemie am schlechtesten. Auf
13 ihre Bedürfnisse wurde am wenigsten Rücksicht genommen, ihre Veranstaltungen wurden am
14 häufigsten abgesagt. Dies muss dringend nachgeholt werden.

15 Man sagt, dass die Entwicklung pro Jahr bei Kindern und Jugendlichen viel stärker ist als bei Er-
16 wachsenen. Wir haben den Kindern zum Schutz der Erwachsenen und der Wirtschaft zwei
17 Jahre Kindheit gestohlen. Um diese Zeit bestmöglich und für die Kinder selbstbestimmt nach-
18 holen zu lassen, benötigt es ein umfassendes Sozialpaket aus staatlichen Gutscheinen/Schecks.

19 Gerade Einkommensschwächere Familien haben im Zuge der Pandemie, der Inflation und der
20 sich anbahnenden Energiekrise eine starke finanzielle Belastung, die die Gefahr birgt, dass die
21 Kinder erneut unter diesen Umständen leiden werden.

22 Die Kinder, unabhängig vom Einkommen, sollen selbst entscheiden, was sie nach den zwei Jah-
23 ren nachholen wollen. Deshalb sollten die Gutscheine für Urlaube, Kino- und Schwimmbadbe-
24 suche, Festivals, Konzerte, Musicals, Theater und Museen gelten. So sind die Kinder frei in ihrer
25 Entscheidung und doch, aufgrund des Gutscheins, gebunden an Freizeitaktivitäten.

26 Wir fordern, dass alle Kinder und Jugendliche ein Gutschein/Scheck in Höhe von mindestens
27 tausend Euro bekommen. Dieses wäre auf Bundesebene bei 16,2 Millionen Berechtigten 16,2
28 Milliarden Euro, die aber einem guten und wichtigen Beitrag zur Entfaltung und Entwicklung
29 zugutekommen.

30 Und auf Berücksichtigung bezüglichlicher Rettungen von Unternehmen (TUI 13 Milliarden Euro,
31 Lufthansa 9 Milliarden Euro), wo es teilweise um tausende Euro pro Mitarbeiter ging, sind sechs-
32 zehn Milliarden Euro wenig. Für eine genaue Ausgestaltung sind Kinderärzte, Kinderpsycholo-
33 gen, Schülervertreter:innen, Eltern u.a. wichtige Gruppen einzubeziehen.

Antrag S02: Notlage anerkennen und Entlastung schaffen - Tafeln durch Unterstützung vom Land Niedersachsen gut durch die Krise bringen

Antragsteller*in: Landesvorstand der Jusos Niedersachsen

Die Tafeln in Niedersachsen sind von der aktuellen Situation, rund um den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, besonders betroffen und helfen in einer sozial sehr angespannten Situation für viele Menschen Entlastungen zu schaffen. Wir fordern, dass die Tafeln für ihre wichtige ehrenamtliche Arbeit mehr Wertschätzung und auch finanzielle Unterstützung erhalten. In Zeiten steigender Preise für Öl, Gas und Strom, aber auch für Mieten und Lebensmittel, sind die Tafeln als unterstützende Institutionen für Menschen mit geringem Einkommen wichtiger denn je und brauchen zum Fortsetzen ihrer Arbeit eine konkrete Förderungsperspektive.

Daher fordern wir konkret:

Logistik

- Unterstützung beim Aufbau eines landesweiten logistischen Netzwerks für die Tafeln in Niedersachsen
- Einrichtung von Zentral- bzw. Verteillagern, zur vermehrten Annahme und Abgabe von Lebensmittelspenden
- Finanzielle Unterstützung des Landes Niedersachsen zur Miete von geeigneten Räumlichkeiten, die Anschaffung von Kühlzellen, die Einstellung von Personal und anderen notwendigen Ausgaben

Ehrenamt

- Entlastungen und mehr Wertschätzung für das Ehrenamt
- Mehr staatlich finanzierte Fortbildungen, gerade im Themenfeld der gewaltfreien Kommunikation, für die Ehrenamtlichen der Tafel
- Die Schaffung nachhaltiger und personen-unabhängiger Strukturen politischer Mitgestaltung für die Tafeln Niedersachsens
- Eine überarbeitete und unbürokratische Vergabe der Ehrenamtskarte, die Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen und bei privaten Anbietern ermöglicht
- Unterstützung der Ehrenamtlichen durch Stellen für Hauptamtliche, welche vom Land finanziert werden

Mobilität

- Unterstützung bei dem Umstieg auf E-Mobilität für die Tafeln Niedersachsen
- Unterstützung bei der Anbindung sämtlicher Tafeln in Niedersachsen an die E-Ladeinfrastruktur

- Kostenfreie oder mindestens kostengünstige ÖPNV-Tickets für alle Freiwilligen, die in Freiwilligendiensten in Deutschland tätig sind

Begründung:

Die aktuelle Situation, resultierend aus dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, bringt viele Menschen in eine extrem schwierige finanzielle Situation. Steigende Preise für Strom und Gas, aber auch die hohe Inflation, welche sich auf Lebenshaltungskosten in allen möglichen Bereichen auswirkt, treffen gerade Menschen mit geringem und niedrigem Einkommen besonders.

Die Tafeln in ganz Deutschland sind grundsätzlich, aber auch in der aktuellen Situation nochmal ganz besonders, eine wichtige Institution und Anlaufstelle. Ohne die Tafeln und ihre diversen ehrenamtlich engagierten Helfer*innen, würden täglich tausende Menschen in ganz Deutschland und auch bei uns in Niedersachsen keinen Zugang zu Nahrungsmitteln haben. Dieses Engagement und der wichtige gesellschaftliche Beitrag, der durch die Tafeln geleistet wird, verdient unsere Anerkennung!

Es darf aber nicht nur bei dieser Anerkennung bleiben. Durch finanzielle Unterstützung, welche durch das Land Niedersachsen geleistet werden soll, sollen die Tafeln fit für die Zukunft gemacht werden. Hier ist vor allem wichtig, dass die Transportmittel der niedersächsischen Tafeln im Kontext der Elektromobilität aufgerüstet werden und auch eine flächendeckender Anschluss an die Ladeinfrastruktur stattfindet. Ebenfalls soll die logistische Infrastruktur der Tafeln deutlich erweitert werden, sodass auch eine Lagerung von Lebensmitteln über einen längeren Zeitraum möglich ist und die Tafeln so die Möglichkeit bekommen, auch Spenden in größeren Mengen anzunehmen. Durch eine verbesserte logistische Anbindung könnten die Tafeln auch untereinander und dementsprechend nach Bedarf, Lebensmittel und andere Bedarfsgüter austauschen.

Um das ehrenamtliche Engagement für viele Menschen, auch bei den Tafeln, noch attraktiver machen zu können, wollen wir eine überarbeitete und unbürokratische Vergabe der Ehrenamtskarte, die Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen und bei privaten Anbietern ermöglicht. Für Menschen jeden Alters, die sich für ein Engagement entscheiden möchten, kann so der Anreiz nochmal erhöht werden. Trotzdem müssen die Ehrenamtlichen bei der Tafel auch durch Hauptamtliche Menschen entlastet werden, deren Stellen entsprechend durch das Land Niedersachsen finanziert werden.

Durch diese Vielzahl an verschiedenen Ansätzen kann den Tafeln konkret geholfen werden und lässt ihnen entsprechend auch die Unterstützung zukommen, die sie verdienen.

U – Umwelt

Antrag U01: Keine Zerstörung von Neuwaren bei Online-Händlern

Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Hildesheim

Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

Vergehen um die Gesetze zu umgehen, wie die absichtliche Beschädigung von Neuware, um sie so an Entsorgungsunternehmen übergeben zu können muss besser kontrolliert und härter bestraft werden! Waren von Dritthändlern darf nicht mehr über den Online-Händler entsorgt werden, sondern muss über Spenden oder über den Dritthändler selbst einen Weg zum Kunden finden.

Begründung:

Die Zerstörung von Neuware bei Online-Händlern muss stärker ins Visier genommen werden: Bei Händler wie Amazon und Co. Spielt nicht die Nachhaltigkeit oder die Umwelt eine Rolle, sondern Warenvernichtung und Überproduktion: Greenpeace hatte im Jahr 2021 einen Rechercheur in das Amazon-Logistikzentrum in Winsen eingeschleust, welcher mehrere Wochen gearbeitet und die Vorfälle mit Videoaufnahmen dokumentiert hat:

Der Online-Händler lässt weiter neuwertige Ware vernichten!

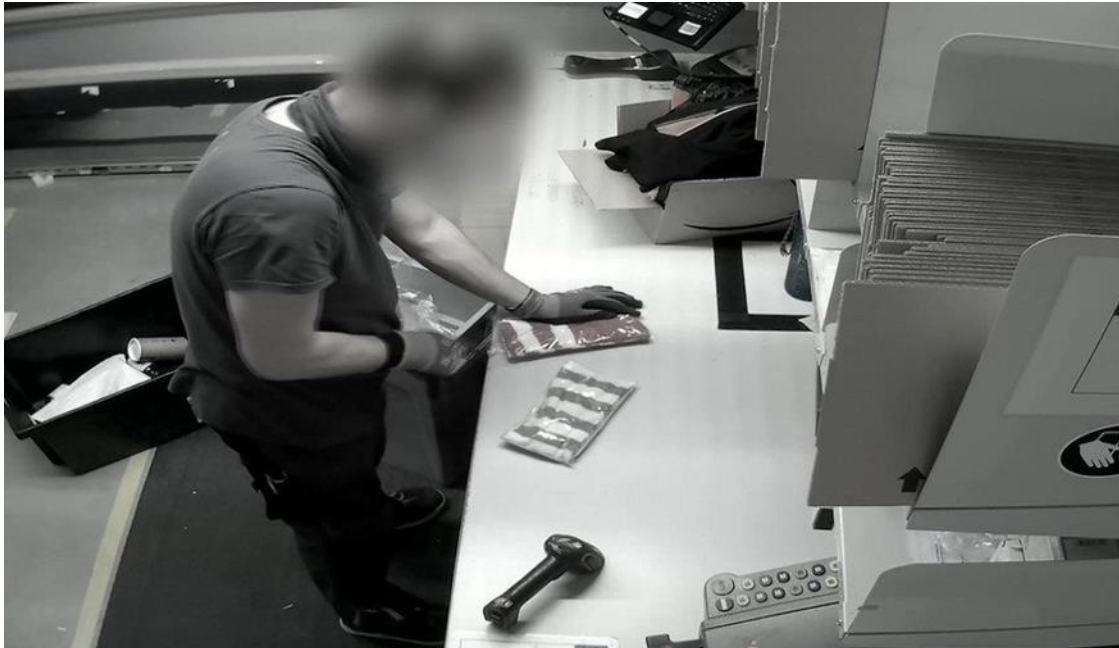
In den „Destroy-Stationen“ holen die Beschäftigten originalverpackte Ware aus der Verpackung und sortieren die Produkte in die jeweiligen Müllcontainer. Die Neuware wird mehrmals im Monat abgeholt und zu einem Entsorgungsunternehmen gebracht, dort wird diese verbrannt oder weiterverarbeitet.

Vernichtet werden aber nicht nur Retoureartikel, sondern vor allem nicht verkaufte Ware von Dritthändlern, welche über Amazon verkaufen. Amazon bietet ihnen gegen eine geringe Gebühr die Entsorgung der Neuware an, sollten die gelagerten Waren über einen bestimmten Zeitraum hinweg nicht verkauft wurden. Ansonsten fallen drastisch hohe Langzeitlagergebühren an.

Die öffentlich zugängliche Preisliste von Amazon für Dritthändler, von April 2021, belegt dies:

„Die Langzeitlagergebühr wird nicht berechnet, wenn vor der Erhebung der Gebühr eine Entfernung oder Entsorgung der Einheiten angefordert wurde.“

Im vergangenen Jahr kam es im Logistikzentrum in Winsen zu einem besonderen Vorfall: Neuware soll dort mit einer Schere zerstört worden sein - offenbar, damit man sie im Geiste des neuen Gesetzes legal entsorgen konnte, als beschädigte Altware. Amazon dementiert diesen perfiden Trick, die geltenden Gesetze zu missachten, auf Anfrage nicht.



33

34 Das Verbot der Zerstörung von Neuware muss aufgrund unserer Pflicht gegenüber der Nach-
35 haltigkeit und des Umweltaspekts auch kleine und mittelständische Händler in die Verantwor-
36 tung ziehen. Allerdings trifft die Zerstörung von Neuware fast ausschließlich auf die großen
37 Online-Händler zu, bei denen Überproduktion und Warenvernichtung wie in dieser

38 Begründung belegt, Teil des perfiden Geschäftsmodells ist.

1 **Antrag U02: Höchste Priorität für Klimagerechtigkeit in Niedersachsen**

2 Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

4 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 5 • Die Klimakrise muss als akute Krise behandelt werden.
- 6 • Sozial gerechte, global ausgerichtete Klimapolitik ist machbar und muss daher oberste
- 7 Priorität bei der Arbeit der Landesregierung haben.
- 8 • Alle Entscheidungen der Landesregierung müssen auf ihre Kompatibilität mit dem 1,5-
- 9 Grad Ziel geprüft werden.

10 **Begründung:**

11 Die Klimakrise ist die größte lokale, wie auch globale Herausforderung unserer Zeit. Mit unse-

12 rem heutigen Handeln entscheiden wir über die Zukunft der Menschheit.

13 Während wir in Deutschland durch unseren massiven Ausstoß von Treibhausgasen erheblich

14 zur Erwärmung des Klimas beitragen, bekommen wir als Teil des globalen Nordens und Bür-

15 ger*innen eines Industriestaates die Folgen des menschengemachten Klimawandels bislang

16 kaum zu spüren. In anderen Regionen hingegen, insbesondere dem globalen Süden, leben

17 Menschen klimabedingt in existenz- und lebensbedrohlichen Zuständen oder müssen vor die-

18 sen fliehen. Allein die finanziellen Schäden durch Folgen des Nichthandelns werden bereits

19 jetzt auf bis zu 62 Milliarden Euro bis 2030 geschätzt – und das lediglich für Deutschland. Die

20 Klimakrise wird jedoch nicht nur Geld, sondern auch unzählige Leben kosten, wenn wir nicht

21 unverzüglich handeln.

22 Aus diesen Gründen fordern wir nachdrücklich, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, die zu

23 einem grundlegenden Strukturumbruch im Sinne der Klimagerechtigkeit führen. Dabei ist es

24 essentiell wichtig, dass diese Maßnahmen nicht zu Lasten der ohnehin stärker Betroffenen, ins-

25 besondere von Menschen im ländlichen Raum und finanziell schwächer Gestellten, umgesetzt

26 werden, sondern zu einer sozial gerechten Zukunft aktiv beitragen. Nur so sind Klimaschutz-

27 maßnahmen tragfähig und zukunftstauglich.

29 Ab sofort muss das 1,5°C-Ziel der Maßstab für die Umsetzung konsequenten Klimaschutzes

30 sein.

32 → Zusammenfassung: Die Klimakrise ist akut, daher müssen wir mehr Tempo beim Klima-

33 schutz machen, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen. Unser gesamtes politisches Handeln müssen

34 wir auf intersektionelle Klimagerechtigkeit ausrichten.

1 **Antrag U03: Moor for climate**

2 Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

4 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 5 • Auferlegung eines Sofortprogramms zum Schutz und zur Aktivierung der Niedersächsi-
6 schen Moore.

7 **Begründung:**

8 Niedersachsen ist Moorland. Niedersachsen hat die höchste Moordichte aller Bundesländer.
9 Beispiele hierfür sind das Moor-Veenland, Wildeshauser Geest und das Steinhuder Meer.

10 Moore sind enorm wichtig für den Artenschutz. Viele seltene Tier- und Pflanzenarten leben in
11 dem Biotop Moor. Torfmoose, Sonnentau und Wollgras sind beispielsweise perfekt an die sau-
12 ren Böden angepasst.

13 Auch für das Klima sind intakte Moore wichtig. Sie haben eine enorm hohe Speicherkapazität
14 für Kohlenstoff und wirken regulierend.

15 Niedersachsens Moore sind jedoch akut durch von Vertrocknung gefährdet. Bei der Entwässe-
16 rung der Moore kommt der über Jahrtausende im Torf gebundene Kohlenstoff mit Sauerstoff
17 in Berührung und oxidiert. Damit gelangen nicht nur riesige Mengen CO₂ in die Atmosphäre,
18 sondern auch das über 300 Mal klimaschädlichere Lachgas (N₂O). Die gesamte Klimabilanz ei-
19 nes Moores wird daher in CO₂-Äquivalenten angegeben, die anteilig alle klimarelevanten Gase
20 enthalten. Intakte Moore geben zwar während ihres natürlichen Bildungsprozesses mit Me-
21 than auch ein klimaschädliches Gas ab, in der Summe wirken sie aufgrund der Kohlenstofffest-
22 legung langfristig dennoch positiv auf das Klima.

23 → Zusammenfassung: Unsere Moore sind schützenswerte Landschaften und benötigen Maß-
24 nahmen zum Erhalt.

25 Quelle: [https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/moore/moore-und-klimawan-
26 del/13340.html](https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/moore/moore-und-klimawandel/13340.html)

1 **Antrag U04: Sturmfest und Erdverwachsen - Mein Baum, mein Niedersachsen**

2 Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

3

4 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- 5
 - Für jede Einwohner*in soll ein Baum gepflanzt werden.

6 **Begründung:**

7 Zur Bekämpfung der Klimakrise brauchen wir auch eine Aufforstungs-Offensive. Wälder sind
8 effiziente CO₂ Speicher und wirken sich positiv auf die Qualität der umgebenden Landschaft
9 aus.

10 Niedersachsen hat 7,982 Millionen Einwohner*innen (Stand: 2019). Für jede Person sollte ein
11 Baum gepflanzt werden als Maßnahme gegen die Klimakrise. Ein Baum kostet je nach Kalkula-
12 tion ca. 3 Euro, sodass sich daraus eine benötigte Summe von ca. 24 Millionen Euro ergibt.

13 Niedersachsen ist sturmfest und erdverwachsen und sollte das auch zeigen, sowie leben.

14

15 → Zusammenfassung: Es sollen ca. 8 Millionen Bäume gepflanzt werden als Sofortmaßnahme
16 gegen die Klimakrise.

Antrag U05: Die Kläranlage und ihr exorbitantes Potential für den Umweltschutz

Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

Reduzierung der Treibhausgasemission:

Kläranlagen und die Schlammbehandlung der anfallen Biomasse sind im Hinblick auf die Kläreigenschaft und die reine Säuberung des Schmutzwassers in den letzten Jahrzehnten wahnsinnig effektiv geworden. Das hat im besonderen Maße damit zu tun, dass die Grenzwerte und die einzuhaltenden Restkonzentrationen der Verschmutzung (CSB, Phosphor und Stickstoff) immer wieder angezogen und verschärft werden.

Kläranlagen sind, wenn eine Schlammbehandlung vorgenommen wird, kleine Biomasse-Kraftwerke. Durch die Behandlung der Biomasse kann Biogas erzeugt werden, welches im Kreislaufprozess meist nicht alles, aber einen großen Teil der anfallenden Energie der Kläranlage deckt (Ausnahme Hamburg: Dort wird deutlich mehr Energie erzeugt als benötigt).

Diese Kreislaufwirkung im Bereich der Energieversorgung lässt eine Kläranlage oft bei den indirekten Treibhausgasimmissionen (Treibhausgase die je nach Energiemix für die Energieversorgung der Kläranlage ausgestoßen werden) gut dastehen. Bei den indirekten Treibhausgasimmissionen ist noch Einsparpotential, aber bei weitem nicht in dem Ausmaß wie es bei der direkten Treibhausgasimmission der Fall ist.

Was ist direkte Treibhausgasimmission im Hinblick einer Kläranlage? Direkte THG (Treibhausgase) entstehen hauptsächlich an drei Stellen während des Klärprozesses. Die eine Stelle ist die Ausgasungen im Belebungsbecken während der Belüftung des Abwassers. Hier sind Methan ausgasungen vorhanden, jedoch in geringer Exposition. Viel relevanter sind die anderen zwei Stellen, an den Ausgasung und Methanfreigabe einen gewaltigen Faktor haben kann.

Stelle 1: Im Kanalsystem

Abwasser wird über Kanalsysteme oft viele Kilometer zur Kläranlage transportiert. In den Rohren bildet sich durch Bakterien und genügend Biomasse ein Biofilm, der anaerob Biomasse abbaut. Dabei entsteht in Signifikanten Mengen Methan. Besonders dramatisch ist dieses Phänomen bei Druckrohrleitungen, da dort die Biofilmmfläche sehr viel größer ist als bei Freispiegelleitungen. Das im Kanalsystem entstehende Methan ist ein THG, welches aktuell unkontrolliert in die Atmosphäre eintritt. Schätzungen zufolge kann allein diese direkte THG-Quelle ungefähr 15% der indirekten THG einer Kläranlage ausmachen. Bei aktuellen Energiemix liegt der Verbrauch an indirekten THG bei $12,2 \frac{\text{kg CO}_2}{\text{E} \cdot \text{a}}$. Das macht dann einen Anteil von ca. $1,83 \frac{\text{kg CO}_2}{\text{E} \cdot \text{a}}$ aus. Hochgerechnet für Deutschland macht das $150.000 \frac{\text{t CO}_2}{\text{a}}$ aus.

Dort besteht massives Einsparpotential, deswegen fordern wir:

- Künftig in Rohrleitungs- und Kanalbau Planung THG-Fangsysteme zu berücksichtigen
- Die Forschung in dem Bereich vorantreiben und Pilotprojekte zu starten

- Kläranlagen regional, aber auch nicht zu kleingliedrig (da umso kleiner eine Kläranlage, desto unproduktiver), zu betreiben um Kilometerweite Druckrohrleitungen zu vermeiden.

Stelle 2: Bei der anaerobe Schlammbehandlung

Bei der anaeroben Klärschlammstabilisierung entsteht logischerweise THG, hauptsächlich Methan, welches dann als Biogas verwendet wird. Dabei werden bei Produktionsschritten immer wieder THG ausgestoßen, die unkontrolliert verloren gehen. Dabei hilft eine Vakuumpumpe im System. Diese saugt das Gas aus dem ablaufendem, behandelten Klärschlamm und kann dadurch schätzungsweise ca. 2% der indirekten THG-Emission einer Kläranlage einsparen. Bei aktuellen Energiemix liegt der Verbrauch an indirekten THG bei $12,2 \frac{\text{kg CO}_2}{\text{E} \cdot \text{a}}$. Das macht dann einen Anteil von ca. $0,244 \frac{\text{kg CO}_2}{\text{E} \cdot \text{a}}$ aus. Hochgerechnet für Deutschland macht das $20.000 \frac{\text{t CO}_2}{\text{a}}$ aus.

Auch hier besteht hohes Einsparpotential, deswegen fordern wir:

- Es sollen künftig alle neuen Kläranlagen mit Schlammbehandlung ausgestattet werden, damit überall die energetische Verwertung der Biomasse genutzt werden kann

Diese anaerobe Schlammbehandlung soll mit Vakuum-Pumpe ausgestattet werden

Nährstoffe als Ressource:

Kläranlagen sollen ebenso wie Biomasse, auch Nährstoffen abbauen. Die Rede ist hauptsächlich von Stickstoff und Phosphor, die unter anderem Gewässereutrophierung hervorrufen. Im Bereich der Biomasse ist ein Prozess der Gewinnung und Weiterverarbeitung (wie bereits ausführlich dargestellt) etabliert. Im Bereich der Nährstoffe ist das bisher kaum der Fall. Der Nährstoff Phosphor wird abgebaut, allerdings dann nicht weiter behandelt, sondern mit dem Klärschlamm irgendwann nach der energetischen Nutzung entsorgt. Phosphor ist allerdings ein endlicher Stoff, der unter anderem in der Landwirtschaft als reiner Dünger eingesetzt wird. Nach Schätzungen der NABU kann es sein, dass die natürlichen Phosphor Reserven nur noch 100 Jahre ausreichen. Wir haben in jeder größeren Kommune eine konzentrierte Phosphor Produktionsanlage, die aber nicht genutzt wird. Jedes Lebewesen, sei es Pflanze oder Mensch benötigt Phosphor zum Leben. Wir sollten möglichst anfangen diesen Phosphor zurückzugewinnen und als recycelten Phosphor nutzbar zu machen.

Deshalb fordern wir:

- Phosphor Rückgewinnung als neuen Standard im Bau von Kläranlagen zu etablieren und bestehende Kläranlagen möglichst effizient dahingehend nachzurüsten.

Das, was man nicht im „sauberen“ Wasser haben will:

72

73 Kläranlagen können viel mehr als wir bisher von ihnen abverlangen. An einigen Standorten gibt
74 es sie schon, die sogenannte vierte Reinigungsstufe. Gemeint ist die Neutralisierung von Medi-
75 kament Rückständen und Mikroplastik. Weder die Umwelt, noch der menschliche oder tieri-
76 sche Organismus kann mit Rückständen von Medikamenten oder Mikroplastik umgehen. Noch
77 ist nicht genau klar, welche Folgen diese Rückständen haben. So viel ist aber klar, man muss es
78 nicht unbedingt herausfordern und ausprobieren.

79

80 Deswegen fordern wir:

- 81 • Bevor es zu spät ist muss die vierte Reinigungsstufe möglichst flächendeckend umge-
82 setzt werden um fatale Folgen durch größere Menge Medikament Rückstände und Mik-
83 roplastik erst gar nicht aufkommen zu lassen

Antrag U06: Wiiiiiiiiiild! - 3 Prozent Wildnis sind das Minimum für eine wilde Welt

Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

Die Flutkatastrophe im Ahrtal, versiegendes Grundwasser und immer heißere Sommer – es ist ganz klar: regional sind die direkten Folgen des Klimawandels hier in Deutschland längst angekommen. Zum Abwenden der Langzeitwirkungen der Umweltbelastungen laufen unter dem Schlagwort Biodiversität, also dem Erhalt der Artenvielfalt, deutschlandweit zwar viele Maßnahmen. Doch sie sind in ihrem jetzigen Umfang nicht ausreichend, weder um die Klimaneutralität noch um das Abwenden der Klimaschäden erfolgreich zu erreichen. Auch werden die selbstgesetzten Vorgaben nicht zuverlässig erreicht. Und so ist auch das 2%-Wildnis-Ziel aus der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) 2020 krachend verfehlt worden.

Ist das wild (?)

Wildnis wurde in der NBS folgendermaßen definiert: „Wildnisgebiete i. S. der NBS sind ausreichend große, (weitgehend) unzerschnittene, nutzungsfreie Gebiete, die dazu dienen, einen vom Menschen unbeeinflussten Ablauf natürlicher Prozesse dauerhaft zu gewährleisten.“ Die Mindestgröße eines unzerschnittenen Gebietes ist dabei 1.000 Hektar. Erst dann gilt es als „Wildnis“. Im Jahr 2020 kam die Bundesrepublik Deutschland somit gerade einmal auf 0,6 Prozent Wildnis, d.h. Fläche, auf der sich Wildnis entwickeln kann. Denn sogenannte primäre Wildnis gibt es in Deutschland kaum bis gar nicht. Auch sind Wildnisgebiete nicht einfach mit Naturschutzgebieten oder anderen Schutzkategorien gleichzusetzen. Es gibt für Wildnisräume, in denen die Natur sich selbst überlassen, keine klassifizierte Schutzkategorie.

Die Flächenverteilung in Deutschland beläuft sich auf etwa 51 % landwirtschaftliche Nutzung, 30 % Wälder und 14,5 % Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die übrige Fläche bedecken Seen, Flüsse und Gewässer sowie genauso wie Kies- und Braunkohlegruben, Abraumhalden und ehemalige Militärgelände.

Wildnis ist Biodiversität ihrer pursten Form

Bereits der Antrag U4 des Juso-Bundeskongresses 2021 setzt sich intensiv mit klimaneutraler Landwirtschaft und Biodiversität auseinander. Daran anschließend soll mit diesem Antrag zum Thema Biodiversität die Forderung nach Wildnisgebieten in Deutschland entwickelt werden.

Denn mit dem Sterben der Arten (ein Drittel der Arten in Deutschland steht auf der Roten Liste) wird die Balance des Ökosystems ins Mark getroffen. Nach zwei Jahrhunderten der industriellen Ausbeutung von Menschen und Natur, benötigt die Natur ein Minimum an Rückzugsraum, um sich endlich zu erholen. Von einem großen Paket Biodiversitätsmaßnahmen ist Wildnis ein vergleichbar kleiner Teil, doch gleichzeitig ein unglaublich wichtiger und nicht verzichtbarer Teil, den wir als Jusos fordern. Wildnis ist Biodiversität in ihrer pursten Form.

Wegen des Artensterbens schwindet Jahr für Jahr die Lebensgrundlage auf unserem Planeten. Für die Bundesrepublik Deutschland ist es wichtig, Wildnis gebieten ausreichend Platz einzu-

räumen. Erstens um regional ganz praktisch und konkret für klimatische Verbesserung zu sorgen. Und zweitens, weil nur so die notwendige Reputation für die aktuell stagnierenden internationalen Verhandlungen aufgebaut werden kann, ohne die die weltweit zum Klima- und Umweltschutz entscheidenden Vorstöße, etwa zum Erhalt von Regenwäldern und anderen Naturschutzgebieten, nicht gelingen können.

Wir fordern deshalb:

- Die Erhöhung des Anteils an Wildnisgebieten in Deutschland von 0,6 % auf 3 % bis 2030 und auf 5% bis 2050.
- Die Fortentwicklung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt auf Bundesebene sowie eine einschlägige Definition von Wildnisgebieten als zusammenhängende Gebiete von mehr als 1.000 Hektar.
- Klassifizierung von Wildnis gebieten als eigene Schutzkategorie mit dem Zweck, die Natur ohne menschliche Einflüsse sich selbst zu überlassen und sich zu primärer Wildnis zu entwickeln.
- Die belastbare Feststellung der bundesweit bestehenden Wildnisgebiete nach den zuvor auf Bundesebene bestimmten Kriterien durch die Länder.
- Die Erhöhung der jeweiligen Anteile an Wildnisgebieten in jedem Bundesland auf 3 % bis 2030.
- Die Erhöhung des gesamten Anteils an Wildnis in der Bundesrepublik Deutschland bis 2050 auf 5%
- Die Feststellung von Räumen unter 1.000 Hektar, die Wildnis aufweisen, und die Bewertung zur Entwicklung dieser Räume zu einschlägigen Wildnisgebieten durch die Länder in Zusammenarbeit mit der kommunalen Kreisebene.
- Die Erhöhung der Wildnisgebiete in allen Kommunen auf Kreisebene auf mindestens 2,2 % bis 2030.
- Die schon zu 2020 geplanten 5 % der bundesdeutschen Waldfläche (etwa 1,5 % der Gesamtfläche Deutschlands) als Wildnisgebiet zu 100 Jahren als Wildnisschutzgebiet zu erklären, damit die entsprechenden Positiveffekte überhaupt beginnen können, einzutreten.

Für den Anteil der bundeseigenen Wälder die Erhöhung der Festschreibung zur natürlichen Entwicklung von 20 % auf 50%.

Vgl. <https://www.bmu.de/themen/naturschutz-artenvielfalt/naturschutz-biologische-vielfalt/wildnis>

¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/naturschutz-wildnis-100.html>

¹ <https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/struktur-der-flaechen-nutzung#die-wichtigsten-flachennutzungen>

¹ https://www.bfn.de/sites/default/files/2021-04/Artenschutzreport_Download.pdf

1 **Antrag U07: EECS-GoO-Handel verbieten**

2 Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

3
4 Als EECS-GoO-Handel wird der Handel mit Herkunftsnachweisen für erneuerbaren Strom be-
5 zeichnet. Schon das Vorgängermodell, die RECs (Renewable Energy Certificates), waren als Gre-
6 enwashing-Methode für Stromanbieter und Industrie bekannt.

7 Jedes Mal, wenn eine Megawattstunde Stroms aus erneuerbaren Quellen produziert, wird dem
8 produzierenden Unternehmen ein EECS-GoO-Zertifikat (EECS: European Energy Certificate Sys-
9 tem) ausgehändigt. Wenn nun beispielsweise ein Industrieunternehmen für seine Produktion
10 ebendiesen Strom aus erneuerbaren Quellen einkauft, dann kann das Industrieunternehmen in
11 seiner Bilanz ausweisen, dass sein Produkt einen geringeren CO₂-Abdruck aufweist als andere
12 herkömmlich hergestellte aber sonst gleiche Produkte.

13 Problematisch ist aber, dass die EECS-Zertifikate, sobald sie an das Strom produzierende Unter-
14 nehmen ausgestellt wurden, auch unabhängig vom Strom verkauft werden können. Das be-
15 deutet, dass Unternehmen die Zertifikate kaufen und den Strom bei sich als ökologisch produ-
16 ziert bilanzieren dürfen. Das können Stromhandelsunternehmen sein, die bei sich dann ökolo-
17 gischen Strom bilanzieren, und dann diesen als ein „grünes“ Stromprodukt an Endverbrau-
18 cher:innen verkaufen. Das können auch Industrieunternehmen sein, die ihre Produktion dann
19 als grüner bilanzieren als sie wirklich ist. Ersteres ist allgemein hin als Greenwashing bei Ökos-
20 tromprodukten bekannt. Letzteres ist in verschiedenen Studien bei diversen internationalen
21 Unternehmen festgestellt worden. Viele von diesen bekennen sich öffentlich aber zu den Pari-
22 ser Klimaschutzzielen.

23 Das Strom produzierende Unternehmen, das die Zertifikate verkauft, gibt seinen Strom ins
24 Netz und dieser Strom wird dann nur noch als sogenannter Graustrom, also Strom, der dem
25 Durchschnittsenergiemix im Netz entspricht, geführt. Der reine Handel von EECS-GoO-Zertifi-
26 katen losgelöst vom real produzierten grünen Strom birgt somit keinen Vorteil für die Transpa-
27 renz von Stromherkunft oder der Produktionsweise von bestimmten Produkten. Er ist ein einzi-
28 ger großer Schwindel.

29 Wir fordern deshalb den sofortigen Stopp des reinen EECS-GoO-Zertifikat-Handel.

Antrag U08: Unsere Zukunft: klimaneutral, ökologisch, unabhängig

Antragsteller*innen: Landesvorstand der Jusos Niedersachsen

Die voranschreitende Klimakrise zeigt bereits heute, wie verheerend der Klimawandel unsere Umweltbedingungen verändert. Extremwetterlagen führen besonders in den äquatorialnahen Regionen zu Ernteaussfällen, welche bereits heute Hungersnöte auslösen. Auch das stetig beschleunigende Abschmelzen der Polarregionen droht ganze Küstenlinien und Inselgruppen zu überfluten.

Die Weltgemeinschaft hat als Antwort auf die Folgen des anthropogenen Klimawandels 2015 mit dem Pariser Klimaschutzvertrag das Ziel ausgerufen, dass wir weltweit nicht eine Steigerung der Durchschnittstemperatur von 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau erreichen dürfen. Mittlerweile liegen wir bereits im Jahr 2022 bei 1,1 Grad über dem vorindustriellen Niveau und Forscher*innen warnen, dass wir die 1,5 Grad bereits zumindest zeitweise schon in den Jahren bis 2026 erreichen könnten. Modelle zeigen, dass ein Überschreiten dieser Marke eine unaufhaltbare Kettenreaktion auslösen könnte, dessen Folgen für große Teile unserer Umwelt vernichtend sein könnten. Ganze Nahrungsketten könnten zusammenbrechen, welches nicht nur das Gleichgewicht unseres empfindlichen Ökosystems nachhaltig zerstören könnte, sondern damit auch unsere Lebensgrundlage.

Ein wichtiger Bereich zur Dekarbonisierung im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation ist dabei der Energiesektor, der global und auch in Deutschland für jeweils über ein Drittel der verursachten Gesamtemissionen verantwortlich ist. Der Energiesektor und -markt steht aktuell doch nicht nur im Rahmen der Dekarbonisierung im Fokus, sondern in besonderer Hinsicht auch wegen der hohen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern seit dem 24. Februar 2022, dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Wir Jusos bekennen uns uneingeschränkt zum konsequenten Klimaschutz. Aus Verantwortung zur Umwelt und für unsere Sicherheit und Unabhängigkeit von menschenverachtenden Regimen.

Die Landeskonzferenz möge beschließen:

Klimaneutralität bis spätestens 2040

Ein uneingeschränktes Bekenntnis zum 1,5 Grad Ziel des Pariser Klimaschutzabkommen. Um das 1,5-Grad-Ziel doch noch zu erreichen, müssen wir die Emissionen schnellstmöglich auf eine Netto-Null senken. Dabei steht der globale Norden, der durch sein emissionsintensives System vornehmlich zum anthropogenen Klimawandel beiträgt, in besonderer Handlungsverantwortung. Die sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländer haben ein berechtigtes Interesse sich einen ebenbürtigen Wohlstand aufzubauen. Es liegt an modernen Industrieländern wie Deutschland einen Weg in eine klimaneutrale Zukunft aufzuzeigen, welche trotzdem Wachstum ermöglicht. Niedersachsen hat die besten Voraussetzungen der Motor der Transformation

in Deutschland zu sein. Wir fordern, dass Niedersachsen bereits 2035 bereits 90 Prozent des Energiebedarfs aus den erneuerbaren Energien decken kann. Bis spätestens 2040, fordern wir den niedersächsischen Energie- und Wärmebedarf aus 100% erneuerbaren Energien zu speisen, um somit Klimaneutralität zu erreichen.

Niedersachsen als erneuerbare Energien-Land Nummer eins

Niedersachsen muss erneuerbare Energien-Land Nummer eins in werden. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss dazu an Fahrt gewinnen. Niedersachsen gehört zwar zu den führenden Bundesländern beim Anteil der erneuerbaren Energien, doch der Anteil am bundesweiten Bruttoendenergieverbrauch beträgt aktuell nur rund 20%. Durch die EEG-Novelle im Rahmen des Osterpakets, wo endlich ein höherer und realistischer Strombedarf angenommen wird, konnte ein Ausbauimpuls gegeben werden. Wichtig waren dafür die Erhöhung des Ausbauziels und der Ausbaupfade sowie regulatorische Verbesserungen. Dennoch wird insbesondere der Ausbau der Windenergie stocken. So ist im vergangenen Jahr beispielsweise keine einzige Windenergieanlage auf See ans Netz gegangen. Sollte sich anhand der Genehmigungszahlen der Länder nach wie vor abzeichnen, dass die Ausbauziele massiv unterschritten werden, dann kann das nicht mehr hingenommen werden. Niedersachsen soll sich dazu im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen ein öffentlich-rechtliches Unternehmen auf Bundesebene zum Ausbau erneuerbarer Energien zu gründen, welches bei Unterschreitung von Ausschreibungsvolumen verpflichtet ist, die Lücke im Zubau zu füllen. Damit wird gewährleistet, dass Klima- und Ausbauziele nicht weiterhin sehenden Auges verfehlt werden. Zusätzlich wird der Staat seiner Rolle gerecht, die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Der Klimawandel wartet nicht. Deshalb lautet die Devise: mehr, schneller Ausbauen!

Grüne Wasserstoffwirtschaft aufbauen

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt nicht nur eine Zäsur in der europäischen Friedensordnung und eine Katastrophe für die ukrainische Bevölkerung da, sondern zeigt sie auch unsere schmerzhaft Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Besonders die Abhängigkeit von einem menschenfeindlichen Regime wie Russland darf nie wieder zustande kommen. Wir befürworten deswegen den temporären Export von Flüssiggas, solange keine bedarfsgerechte Wasserstoffwirtschaft in Niedersachsen errichtet wurde.

Grüner Wasserstoff wird zukünftig eine Säule der klimaneutralen Energieversorgung sein. Niedersachsen muss aufgrund seiner Lage an der Nordsee eine Führungsrolle bei der Produktion und Import von grünen Wasserstoff übernehmen. Gerade in der Chemie- und Stahlindustrie, wie aber auch bei Schiffs- und Flugverkehr wird Wasserstoff eine bedeutende Rolle bei der Transformation einnehmen. Wir fordern deshalb, dass das Land sich konsequent für den Aufbau von Wasserstoffclustern einsetzt.

77 **Ausbauoffensive Windkraft**

78 Niedersachsen ist als Küstenland führend bei der Windkraft. Wir fordern eine Ausbauoffensive
79 der On- und Offshorewindkraft. Wir müssen schnellstmöglich 2,2 Prozent der Landesfläche als
80 Windenergiegebiete ausweisen. Auch Repowering von älteren Windkraftanlagen muss schnell-
81 ler vorangetrieben werden.

82

83 **Ausbauoffensive Photovoltaik**

84 Wir fordern beim Ausbau der Photovoltaikanlagen (PV) in Niedersachsen einen Ausbau der
85 Leistung auf 65 GW bis 2035. Somit müssen wir einen Ausbau von 5 GW Leistung pro Jahr bis
86 2035 erreichen. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, fordern wir eine PV-Pflicht für alle
87 Neubauten in Niedersachsen. Zusätzlich soll 0,5 Prozent der Landesfläche für Freiflächen- bzw.
88 Agri-PV-Anlagen ausgewiesen werden.

89

90 **Atomausstieg konsequent verfolgen**

91 Wir bekennen uns zum Atomausstieg. Mit dem jüngsten Beschluss der Bundesregierung zur
92 Laufzeitverlängerung der drei letzten betriebenen Kernkraftwerke in Deutschland bis Mitte
93 2023 sehen wir den Atomausstieg als besiegelt an. Jede Debatte um eine weitere Laufzeitver-
94 längerung lehnen wir ab. Der weitere Kauf von Brennstäben, sowie Uranimporte aus Russland
95 zur Brennelementefabrik in Lingen lehnen wir ab.

96

97 **Ende der fossilen Energieträger**

98 Die Förderung und die Nutzung von fossilen Energieträgern wie Kohle, Erdöl und Erdgas muss
99 mit Blick auf die Klimaziele schnellstmöglich beendet werden. Besonders Förderungen aus
100 Wasserschutzgebieten oder dem Nationalpark niedersächsisches Wattenmeer müssen mög-
101 lichst bald beendet werden. Fracking zur Gewinnung von Erdöl und Gas lehnen wir ab und
102 müssen verboten bleiben.

V – Verkehr

Antrag V01: A20 Bau stoppen

Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg Ammerland

Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- Der Bau der A20 ist zu sofort und dauerhaft zu stoppen.

Begründung:

Die Klimakrise ist die größte lokale, wie auch globale Herausforderung unserer Zeit. Mit unserem heutigen Handeln entscheiden wir über die Zukunft der Menschheit.

In Zeiten der Klimakrise neue fossile Infrastruktur zu errichten, ist unverantwortlich und nicht effizient.

Die Initiative „A20-Nie!“ Stellt auf ihrer Website umfassende Gutachten zu dem Projekt und möglichen Alternativen bereit. Auf der Website heißt es zu der Unsinnigkeit des Projektes unter anderem:

“Das Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) zeigt, wie groß der Nutzen eines Projektes ist im Vergleich zu den Kosten. Ein NKV von 1 bedeutet, dass jeder investierte Euro einen Nutzen von ebenfalls einem Euro bringt. Solch ein Projekt wäre ein Nullsummenspiel. Im Bundesverkehrswegeplan, der 2016 erstellt wurde, hat die A 20 ein NKV von 1,9, d. h. ein investierter Euro soll 1,9 Euro Nutzen bringen – übrigens ohne monetäre Bewertung des Schadens, der an Natur oder Klima entsteht. Nun haben sich seit 2016 die Kosten der A 20 praktisch verdoppelt. Das heißt, der Nutzen hat sich halbiert und das NKV sinkt unter 1. Damit wird die Autobahn zum Milliardengrab im Moor.

Kann man machen. Ist aber volkswirtschaftlich unsinnig.

Laut Haushaltsplanentwurf soll der Verkehrsetat in diesem Jahr um 13 Prozent schrumpfen. Während die Ausgaben für Erhalt und Ausbau des Bundesfernstraßennetzes gleich bleiben, wird bei der Schiene um fast 3 Milliarden Euro gekürzt. Die Ausgaben für den Ausbau der digitalen Infrastruktur wird um deutlich mehr als die Hälfte gekürzt.

Mobilitätswende buchstabiert sich anders!“

Quelle: <https://a20-nie.de/>

- 32 → Zusammenfassung: Die Klimakrise ist akut, daher müssen wir mehr Tempo beim Klima-
33 schutz machen, um das 1,5-Grad Ziel zu erreichen. Der Bau der A20 ist aus der Zeit gefallen und
34 das Gegenteil von Klimaschutz. Zudem gibt es klimafreundliche Alternativen zu der Autobahn.

1 **Antrag V02: Bahnhofsliebe - Bahnhofsoffensive starten**

2 Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

4 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen, dass:

- 5 1. . ein Prüfungsverfahren/eine Machbarkeitsstudie eingeleitet wird, indem alle
6 stillgelegten Bahnhöfe, Haltepunkte sowie angrenzende stillgelegte Bahnstrecken an-
7 hand eines Kriterienkatalogs danach überprüft werden, ob sie reaktiviert werden kön-
8 nen und ob dies sinnvoll ist.
- 9 2. gleichzeitig ein weiteres Verfahren eingeleitet wird, indem die Landesregierung mit je-
10 der Gemeinde/Kommune zusammenarbeitet und prüft, wo neue Bahnhöfe oder Bahn-
11 haltestellen benötigt werden.
- 12 3. die Umsetzung der Ergebnisse beider Verfahren schnellstmöglich erfolgt.
- 13 4. Bahnhöfe auch künftig in öffentlicher Hand bleiben und zu kulturellen und gesell-
14 schaftlichen Zentren werden.

15 **Begründung:**

16 Die Bahninfrastruktur muss massiv gestärkt werden, denn nur so kann die Verkehrswende ge-
17 lingen. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Fahrgastzahlen der Bahninfrastruktur
18 bis 2030, gegenüber 2018, zu verdoppeln. Dies kann nur geschehen, wenn die Infrastruktur
19 massiv ausgebaut wird.

20 Gerade Personen im ländlichen Raum würden von einer Reaktivierung der stillgelegten Stre-
21 cken und Bahnhöfe profitieren und einen schnellen und zuverlässigen Anschluss an die Bal-
22 lungszentren bekommen.

23 Auch für die Wirtschaft unseres Landes ist eine Reaktivierung sinnvoll. Eine Bahnstrecke erhöht
24 die Qualität eines Wirtschaftsstandortes und schafft wirtschaftlichen Aufschwung für die Re-
25 gion.

26 Die Zukunft gehört der Schiene!

27 → Zusammenfassung: Die Mobilitätswende können wir nur mit der Bahn und deren Ausbau
28 erreichen. Lasst uns dafür was tun!

Antrag V03: Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Osnabrück - Oldenburg und zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg - Leer

Antragsteller*innen: Jusos Oldenburg/Ammerland

Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge Folgendes beschließen:

- Ausbau der Bahnstrecke Osnabrück-Oldenburg zu einer zweigleisigen, elektrifizierten Fernverkehrsstrecke.
- Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Leer zu einer zweigleisigen Fernverkehrsstrecke.

Begründung:

Niedersachsen ist Bahnland. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Zukunft der Schiene gehört. Die zwei wichtigen Strecken Osnabrück-Oldenburg sowie Oldenburg- Leer sind bisher eingleisig und für den gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf nicht leistungsstark genug.

Die Strecke Osnabrück-Oldenburg ist eine wichtige Anschlussstrecke von Westniedersachsen und NRW an den Nordwesten Niedersachsens und insbesondere an den Wirtschaftsstandort Wilhelmshaven. Die Strecke Oldenburg-Wilhelmshaven befindet sich bereits im zweigleisigen elektrifizierten Ausbau, der Anschluss nach Osnabrück muss nun folgen. Für die Fahrgäste bedeutet ein Ausbau der Gesamtstrecke über eine Stunde Zeitersparnis. Denkbar wären dann auch eine Fernverkehrsverbindung und ein RE von Wilhelmshaven nach Düsseldorf.

Die Strecke Oldenburg-Leer ist eine wichtige Fern-, Regio- und Güterverkehrsstrecke im Nordwesten Niedersachsens, welche bisher eingleisig elektrifiziert ist. Sie wird gegenwärtig weder dem Bedarf des Personen- noch dem des Güterverkehrs gerecht. Ein Ausbau würde den Urlaubsstandort Ostfriesland und den Wirtschaftsstandort Emden massiv stärken und die Attraktivität des Nordwestens steigern.

→ Zusammenfassung: Wir müssen die Mobilitätswende schaffen!

1 **Antrag V04: Die Zukunft heißt Schiene**

2 Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

3
4 Die Mobilitätswende ist keine rein ökologische Bestrebung. Es geht genauso sehr darum, Mobi-
5 lität für alle zu sichern. Mobilität bedeutet Teilhabe und es ist eine soziale Aufgabe, Mobilität
6 für alle zu sichern. Dabei ist der richtige Weg für uns derjenige, der für möglichst viele Men-
7 schen möglichst gute Mobilität ermöglicht.

8 Neoliberale Träumereien aufdecken: Hyperloop ist keine Alternative

9 Wir sind offen gegenüber fortschrittlichen Technologien, im Fall von Mobilität kann es jedoch
10 auch der richtige Weg sein, auf das altbewährte Konzept des elektrischen Schienenverkehrs
11 mit zentralisierter Stromversorgung zu setzen. Dieses ist keineswegs aus der Zeit gefallen.

12 Start-Ups und vermeintliche Visionär*innen wie Elon Musk veröffentlichen ständig Konzepte
13 von vermeintlichen neuen Lösungen. Diese beeindruckten in aufpolierten Animationen meist
14 mit Versprechen von hohen Geschwindigkeiten, niedrigen Kosten und individualisierter Fortbe-
15 wegung, meist in Kapseln mit modernem Design. Beispiele dafür sind der Hyperloop oder die
16 Tunnel-Konzepte von Elon Musk.

17 Ob die Konzepte tatsächlich funktionieren, ist fragwürdig. Die Ideen sind keineswegs etwas
18 Neues und die Umsetzung ist bisher erfolglos. Ideen für ein Verkehrsmittel in einer evakuierten
19 Röhre wie dem Hyperloop zum Beispiel gibt es bereits seit den 1950er-Jahren. Der bekannteste
20 Fall für ein gescheitertes Verkehrsmittel sind allerdings Magnetschwebbahnen. Diese wurden
21 in den 2000er-Jahren als vielversprechendes Konzept vermarktet, zeigen sich allerdings als
22 deutlich zu teuer.

23 Private Unternehmen, die behaupten, sie könnten zu einem Viertel der Kosten des Transrapsids
24 einen Transrapid in einer unrealistisch langen geraden Vakuum-Röhre bauen, sind nicht ver-
25 trauenswert. Die vermeintlich revolutionären Verkehrskonzepte funktionieren scheinbar nur
26 in den Animationen der Unternehmen. Es geht den besagten Unternehmen und Visionär*innen
27 offenbar darum, neoliberale Investor*innen anzulocken, als echte gesellschaftliche Lösungen
28 anzubieten

29 Diese pseudo-revolutionären Verkehrskonzepte fügen sich dabei gut in neoliberale Ideologie
30 ein. Die Technologie optimiert Geschwindigkeit und Individualität (kleine Kapseln) auf Kosten
31 von Kapazität, Effizienz und Zuverlässigkeit. Somit könnten, sollten die Projekte jemals in der
32 realen Welt umgesetzt werden, nur wenige Menschen in individuellen Kapseln sehr schnell rei-
33 sen, vermutlich zu einem hohen Preis.

34 Das widerspricht unserem Grundsatz, Mobilität für alle zugänglich zu machen. Wollen wir das
35 erreichen, ist der richtige Weg auf Verkehrsmittel mit hoher Effizienz, hoher Kapazität und
36 niedrigen Kosten zu setzen. Solange neue Technologien diese Kriterien nicht erfüllen, ist dieses
37 Verkehrsmittel der elektrische und nicht-akkubetriebene Schienenverkehr.

38 Deshalb fordern wir:

- 39 · Investitionen in den Schienenverkehr
- 40 · Die Priorisierung von Schienenverkehr in Planungsverfahren
- 41 · Zugänglichkeit, Effizienz und Kapazität als Hauptentscheidungsmerkmale

42

43 Investitionen in zentral-elektrischen Schienenverkehr

44 Der effizienteste Schienenverkehr ist derjenige, bei dem Züge von angemessener Größe
45 elektrisch fahren und die Stromversorgung zentralisiert ist. In Deutschland sind derzeit nur
46 61% des Schienenverkehrsnetzes elektrisch. Oft kommen stattdessen Dieselmotoren zum Einsatz,
47 die mit Dieselgeneratoren Elektromotoren antreiben, um sich fortzubewegen. Das ist ineffi-
48 zient und je nach Stromerzeugung wesentlich schlechter für das Klima. Ebenso verhält es sich
49 mit akku-betriebenen Zügen. Statt auf solche vermeintlichen Alternativen auszuweichen, sollte
50 in das Schienennetz und dessen Elektrifizierung investiert werden. So ist auch die Antriebsart
51 aus nachhaltigem Wasserstoff eine gute Ausrichtung, in die es sich lohnt weiter zu investieren,
52 um hier im Gegensatz zum Dieselantrieb Klima neutralen Strom für die Züge zu produzieren.

53 Die Investitionen in das Schienennetz wurden vor allem im Zuge der Umgestaltung der Bahn
54 ab der Bahnvereinigung 1993 stark eingeschränkt. Neben einer Teilprivatisierung wurde eine
55 neoliberale Sparpolitik gefahren. Von 1995 bis 2016 wurden 14% des Schienennetzes stillge-
56 legt, während gleichzeitig mehr Menschen und mehr Güter transportiert wurden. Die Stille-
57 gungen müssen nach Möglichkeit rückgängig gemacht werden und neue Strecken müssen ge-
58 baut werden.

59 Ein gutes Konzept sind zudem separate Fracht- und Hochgeschwindigkeitsnetze. Frachtverkehr
60 ist auf der Schiene effizienter als auf der Straße. Ein Hochgeschwindigkeitsnetz ist eine gute
61 Alternative zu Autos auf langen Strecken. Da diese beiden Arten von Schienenverkehr in den
62 Geschwindigkeiten massiv vom herkömmlichen Regionalverkehr abweichen, sollten sie nicht
63 dasselbe Schienennetz nutzen. Ansonsten kommt es zu Behinderungen, die Verspätungen aus-
64 lösen. Frankreich und Japan sind Beispiele, die zeigen, dass ein separates, gut ausgebautes
65 Hochgeschwindigkeitsnetz einen guten Fernverkehr hervorbringt.

66 Wir fordern:

- 67 • Höhere Investitionen in Schienenverkehr:
- 68 • Keine Privatisierung des Schienennetzes
- 69 • Elektrifizierung des Schienenverkehrs
- 70 • Möglichst den Betrieb mit Strom aus erneuerbaren Energien
- 71 • Den Ausbau von Fracht- und Hochgeschwindigkeitsnetzen separat vom restlichen
- 72 Schienenverkehr

73 Stadt und Land

In der Stadt gibt es deutlich umfangreichere Möglichkeiten, Schienenverkehr umzusetzen. Der Grund dafür ist, dass Mindestkapazitäten in dichtem besiedeltem Gebieten schneller erreicht werden. Hier bietet es sich daher an, neben dem Langstreckenverkehr vom Hauptbahnhof aus, auch Schienenverkehr für kurze und mittlere Strecken anzubieten.

Leute, die im ländlichen Bereich leben, profitieren daher nicht gleichermaßen von Investitionen in den Schienenverkehr. Im Gegenteil hat die Anzahl angebundener Dörfer bundesweit mit der Sparpolitik der Deutschen Bahn abgenommen. Gerade im ländlichen Raum ist bedingen sich geringe Fahrgastzahlen und ein schlecht ausgebauter ÖPNV. Der Steigerung der Fahrgastzahlen durch das 9-Euro Ticket muss ein konzentrierter (Wieder-)Aufbau und Ausbau der Fahrpläne, gerade im ländlichen Raum, folgen. Dabei fordern wir auch das Land auf Verantwortung für bezahlbare und nutzbare Mobilität zu übernehmen und insbesondere die Reaktivierung von stillgelegten Strecken zu beschleunigen.

Wir fordern

- Den Ausbau des Schienenverkehrs auf kurzen und mittleren Strecken in der Stadt
- die Wiederanbindung von allen Kommunen, die von Stilllegung betroffen sind
- die Ausweitung des Schienenverkehrs
- Zugang gewährleisten

Die Forderung nach einem kostenfreien ÖPNV für alle ist für uns Jusos schon lange eine Herzensangelegenheit. Mit dem 9€-Ticket hat die Bundesregierung nun für drei Monate einen ersten großen Schritt in diese Richtung getan. Schon kurz nach Beginn des Aktionszeitraums lässt sich der immense Erfolg dieser Maßnahme feststellen. Anfang Juni waren bereits mehr als 7 Millionen Tickets verkauft worden, am Pfingstwochenende waren die Züge vielerorts überfüllt. Das zeigt sehr deutlich: Ein wichtiges Kriterium dafür, dass mehr Menschen den ÖPNV nutzen, ist der Preis.

Aus diesem Grund fordern wir, dass das 9€-Ticket über den Ablauf des Monats August hinaus verfügbar bleibt. Dabei müssen insbesondere Menschen mit geringem Einkommen besonders berücksichtigt werden. Deshalb fordern wir, dass das 9-Euro-Ticket Menschen im Leistungsbezug nach dem SGB II, VIII, IX, XII oder dem BAFöG unbürokratisch kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Doch der volle Erfolg des 9€-Tickets fördert auch wieder einmal die Mängel unseres ÖPNV zu Tage. So wird deutlich, dass dringend in den Ausbau des Streckennetzes, die Modernisierung von Zügen und die Ausbildung und angemessene Vergütung des Personals investiert werden muss. All dies ist für uns jedoch kein Grund im Herbst wieder zurück zu höheren Ticketpreisen zu gehen.

Im Gegenteil: Nun muss die Bundesregierung in die Pflicht genommen werden, da schon jetzt klar ist, dass der finanzielle Aufwand, den dieses Ticket bedeutet, für die regionalen Aufgabenträger*innen nicht stemmbar ist, gerade in Verbindung mit den bereits erwähnten, dringend

112 notwendigen Investitionen. Sorgt die Bundesregierung nicht für eine ausreichende Entschädi-
113 gung für die Einnahmeausfälle, drohen sogar höhere Ticketpreise im Herbst.

114 Für uns ist jedoch klar: Mobilität ist ein Grundrecht und Förderung des ÖPNV darf nicht an der
115 Finanzierung scheitern. Nie war der Zeitpunkt günstiger als jetzt, vor dem Hintergrund des ak-
116 tuell gültigen 9€-Tickets. Machen wir uns also jetzt auf den Weg in Richtung fahrscheinloser
117 ÖPNV, indem wir das 9€-Ticket als Standard etablieren.

118 Kriminalisierung von Menschen ohne Ticket

119 Menschen, die ohne Ticket fahren, werden unverhältnismäßig stark bestraft. 1935 wurde das
120 ticketlose Fahren durch die Nazis zu einer Straftat erklärt, für die vermeintliche Täter*innen so-
121 gar inhaftiert werden. Die Menschen, die von dieser Kriminalisierung betroffen sind, sind Men-
122 schen, die sich kein Ticket leisten können, zu 87% arbeitslos, zu 15% ohne Wohnsitz und zu 15%
123 suizidgefährdet. Die Kriminalisierung folgt aus reiner neoliberaler Ideologie, in der Menschen
124 für die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse zahlen können. Wie perfide das ist, zeigt sich etwa da-
125 ran, dass sogar die Gefängnisstrafe für die tausenden Betroffenen um ein Vielfaches teuer ist,
126 als es entsprechende Fahrscheine wären.

127 Als Jusos bleibt unser Ziel und unsere Forderung ein fahrscheinloser ÖPNV für alle. Bis dieses
128 Ziel erreicht ist, solidarisieren wir uns mit den Betroffenen der unverhältnismäßigen Kriminali-
129 sierung des fahrscheinlosen Fahrens und setzen uns für eine Verbesserung auf diesem Gebiet
130 ein.

131 Wir fordern

- 132 • Die Abschaffung der Freiheitsstrafe auf ticketloses Fahren
- 133 • fahrscheinlosen ÖPNV für alle arbeitslosen Menschen sofort

134 Erste Klasse auflösen

135 Als Sozialist*innen sind wir grundsätzlich gegen Klassen-Systeme. Die Klassen in der Bahn be-
136 deuten, dass Menschen mit höheren Einkommen mit mehr Komfort fahren. Plätze mit mehr
137 Raum sollte es vielmehr für diejenigen geben, die den Raum brauchen.

138 Wir fordern:

- 139 • Die Abschaffung der ersten Klasse
- 140 • Genug Platz für Menschen und Gepäck im gesamten Zug
- 141 • Gleichbehandlung aller Reisenden
- 142 • Mehr Raum für bedürftige Menschen, z.B. Behindertenplätze und Extra-Stau-
143 raum für Langreisende

W - Wohnen

Antrag W01: Housing first“ – Wohnen ist ein Menschenrecht – aktive Bekämpfung von Obdachlosigkeit

Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

Der Wohnungsmarkt in Deutschland befindet sich seit mehreren Jahren in einer angespannten Situation. Fehlender bedarfsgerechter Wohnraum, steigende Mietpreise und Bauland als Spekulationsobjekt auf dem Kapitalmarkt verschärfen die Wohnungsnot von Menschen im Niedriglohnsektor. Insbesondere in den Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie sorgte der Verlust des Arbeitsplatzes bei gleichbleibenden Problemen im Wohnsektor für finanzielle Probleme bei vulnerablen Gruppen. So stieg in den letzten Jahren die Zahl von Menschen in Obdachlosigkeit stark an. Nach einer Schätzung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. stieg die Zahl der wohnungslosen Menschen von 237.000 im Jahr 2018 auf 256.000 im Jahr 2020. Davon lebten ungefähr 45.000 auf der Straße, sind also per Definition Obdachlos. Dazu muss gesagt werden, dass die Dunkelziffer wahrscheinlich noch viel höher ausfällt, da nicht alle von Obdachlosigkeit betroffenen die bestehenden Hilfsangebote nutzen und somit unter dem Radar durchfallen. Überhaupt entsprechen die Hilfsangebote nicht der Realität der Menschen auf der Straße. Sei es bedingt durch eine herabwürdigende Praxis bei der Beantragung von Obdachlosenhilfe, wo schon allein der Weg zu öffentlichen Stellen und die komplizierte Antragstellung für Scham und Unwohlsein bei den Menschen sorgt. Auch die Unterbringung der Menschen in Notunterkünften ist nur für einen kurzfristigen Zeitraum vorgesehen und hilft nicht dabei, die Wohnsituation langfristig zu verbessern. Dass für viele alltägliche Dinge ein fester Wohnsitz die Grundlage des weiteren Handels ausmacht, als Beispiel dem Nachgehen einer Arbeit oder die Beantragung eines Bankkontos, muss ein Paradigmenwechsel von staten gehen. Hier ist der „housing first“-Ansatz ein Weg in die richtige Richtung. Dabei müssen betroffene nicht einem langen Prozess aus Annahme von Beratungsgesprächen, Antragstellung etc. durchlaufen, bis sie in einer Wohnung können, sondern es wird ihnen zuallererst eine Wohnfläche vermittelt. Es soll so die Möglichkeit geschaffen werden, Menschen dauerhaft aus der Obdachlosigkeit rauszuholen. Verbunden mit der Methode ist ein unterschwelliges Betreuungs- und Hilfsangebot, um den Betroffenen bei ihrem Weg zu unterstützen. Wichtig dabei ist die Freiwilligkeit der Annahme der Angebote sowie die Trennung des Wohnraums von der Betreuungsstelle. Eine Nichtannahme soll unter keinen Umständen zum Verlust der Wohnung führen. Auch soll es keine zeitliche Begrenzung der Nutzung der Wohnräume geben. Die Betroffenen sollen, solange der Bedarf für sie besteht, alle Angebote ausschöpfen können. Es muss ihnen schnell und unbürokratisch die Möglichkeit zur Beantragung von Transferleistungen gegeben werden.

Damit dieser Ansatz funktionieren kann, muss der Bund bei seiner Wohnoffensive das housing first-Konzept in deutlicher Weise fördern und somit auch seiner Verantwortung nachkommen. Es müssen beim Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen eine verbindliche Quote für das Konzept festgelegt werden. Auch bei Bestandswohnungen sollen eine verbindliche Anzahl an „housing-first“-Wohnungen bei Neuvermietungen vergeben werden. Finanziell muss der

- 40 Bund durch Baukostenzuschüsse beisteuern. Auch darüber hinaus müssen die Mittel für die
41 Prävention- und Hilfsangebote bei Wohnungsnot aufgestockt werden. Vorstellbar ist hier ein
42 Fördertopf für die genannten Maßnahmen. Es muss ein breites und flexibles Hilfsnetzwerk vor
43 Ort für die Betreuung der Menschen bestehen, weshalb auch zusammen mit „housing-First“
44 das soziale Quartiersmanagement aus Bundesmitteln gestärkt werden muss

X - Sonstiges

1

1 Antrag X01: Weibliche Dummies müssen selbstverständlich sein

2 Antragsteller*innen: Jusos Kreis Osterholz

3

4 **Forderung**

5 Wir Jusos fordern, dass das Durchführen von Crashtest in der Autoindustrie mit weiblichen
6 Dummies verpflichtend wird.

7 **Begründung**

8 Der sog. 50- Perzentil-Dummy wird seit Jahrzehnten für die menschliche Sicherheit in Autos als
9 Maßstab genommen. Dieser orientiert sich an einem gut gebauten Durchschnitts Mann aus
10 den 60er Jahren, ist 1,75 Meter groß und wiegt 78 Kilogramm. Nach diesem, mittlerweile eben-
11 falls nicht mehr ganz zutreffenden Maßstab, werden die Crashtestdummies entwickelt.

12 Laut des statistischen Bundesamtes verletzten sich oder starben im Jahr 2019 107.445 Frauen
13 als Insassen bei Autounfällen. Im Vergleich waren es bei den Männern 99.964, obwohl Männer
14 mehr als das Doppelte an Kilometern mit dem Autozurücklegen.

15 Frauen haben einen fragileren Körperaufbau als Männer. Beispielsweise ist die Halswirbelsäule
16 bei Frauen aufgrund des anders aufgebauten Muskelapparates viel empfindlicher als bei Män-
17 nern.

18 Die Verletzungsgefahr bei Auffahrunfällen ist bei Frauen doppelt so hoch, wie bei Männern.

19 Und trotzdem ist es für Autohersteller freiwillig, dem entgegenzuwirken. Das müssen WIR än-
20 dern!

1 **Antrag X02: Macht der Olafs begrenzen – Einführung einer Olaf-Quote jetzt!**

2 Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Emsland

3
4 Basierend auf dem Modell der FLINTA*-Quote soll es eine Begrenzung für die Anzahl der Men-
5 schen namens Olaf in der SPD und den Jusos geben. Um eine Übermacht der Olafs zu verhin-
6 dern, muss ein gerechtes Verhältnis zwischen Olafs- und Nicht-Olafs sichergestellt werden.

7 Es ist auffällig, dass immer mehr Olafs und Olaf-adjazente Namensträger (wie Ole, Olf und
8 Rolf) innerhalb der SPD in Positionen der Macht aufsteigen. Dies stellt eine Bedrohung für die
9 Meinungs- und Programmvietfalt der SPD dar, da es sonst zu einer möglichen Untergra-
10 bung von Nicht-Olaf- Positionen kommt. Um zu verhindern, dass es zu einer einseitigen For-
11 mulierung von Positionen aus Olaf-Sicht kommt, soll eine Olaf-Quote für alle wichtigen
12 Positionen und Verbände eingeführt werden.

13 Die Jusos Emsland streben eine Quote von 1:19 an, so dass bei einer theoretischen Versamm-
14 lung von 100 Mitgliedern nicht mehr als 5 Olafs anwesend sein dürfen. Kommt dann ein
15 Olaf mehr hinzu, so müssen 19 weitere Mitglieder ebenfalls anwesend sein oder die Versamm-
16 lung verliert ihre Beschlussfähigkeit.

17 Die Jusos Emsland begründen dies damit, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Olaf die Band-
18 breite aller Nicht-Olaf Positionen abdecken kann, sehr gering ist. Es wird eine Binomial-Vertei-
19 lung mit einer Wahrscheinlichkeit P, dass ein Olaf auch Nicht-Olaf-Positionen abdecken kann,
20 von 50% zu Grunde gelegt. Daraus folgt, exemplarisch, dass die Wahrscheinlichkeit, dass von
21 10 Olafs mehr als die Hälfte auch Nicht-Olaf Positionen abdecken, bei nur 62,3% liegt. Wir hal-
22 ten diese Chancen für zu gering, so dass die substantielle Nicht-Olaf-Bevölkerung bei einem
23 Olaf-Überschuss ausgeschlossen würde.

1 **Antrag X03: Religionsfreiheit ohne Kompromiss – Kirchengaustrittsgebühr abschaffen!**

2 Antragsteller*innen: Jusos Kreis Leer

4 Die Landeskongferenz möge beschließen:

- 5 • Die Erhebung einer Gebühr beim Kirchengaustritt in Niedersachsen wird eingestellt und
- 6 somit wird § 6 des „Gesetz über den Austritt aus Religionsgemeinschaften des öffentli-
- 7 chen Rechts in Niedersachsen (Kirchengaustrittsgesetz - KiAustrG)“ gestrichen
- 8 • Der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft soll sowohl persönlich als auch schriftlich
- 9 vollzogen werden können
- 10 • Die Beweispflicht des Kirchengaustritts wird umgekehrt
- 11 • Die Handhabe, dass Finanzämter noch nach 40 Jahren den Kirchengaustritt infrage stel-
- 12 len können und bei nicht mehr vorhandenen Papieren eine Kirchensteuernachzahlung
- 13 für sämtliche Jahre fordern, verurteilen wir. Auch hier gilt: Wer Steuern kassieren
- 14 möchte, ist in der Beweispflicht und nicht vice versa!

16 **Begründung:**

17 In Artikel 4 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist die negative Religionsfrei-
18 heit verankert. Sie soll den Menschen, die sich aus den verschiedenen Gründen keiner Religi-
19 onsgemeinschaft zugehörig fühlen, eine Rechtsgrundlage dafür geben. Dieses Recht beinhaltet
20 sowohl die Freiheit des Eintrittes als auch des Austrittes aus einer Glaubensgemeinschaft. Trotz
21 der vorhandenen Rechtsgrundlage existiert auch im Land Niedersachsen eine Gebührenerhe-
22 bung für all diejenigen, die aus der Kirche austreten wollen. Die Erhebung einer solchen Gebühr
23 steht dem Grundsatz der negativen Religionsfreiheit entgegen. Es ist zu beachten, dass sich
24 viele Menschen bei ihrem Kircheneintritt noch im Kindes- oder Säuglingsalter befinden und
25 sich somit nicht aktiv für den Eintritt in eine Religionsgemeinschaft entscheiden konnten.

1 **Antrag X04: Pissen für alle: Sanifair & Co enteignen**

2 Antragsteller*innen: Jusos Bezirk Braunschweig

3
4 Grundsätzliche menschliche Bedürfnisse sind Menschenrechte. Auch der Klobesuch ist daher
5 öffentliche Infrastruktur und muss allen Menschen kostenlos zugänglich sein.

6 Mit grundsätzlichen menschlichen Bedürfnissen sollten keine Profite erzielt werden. Öffentli-
7 che Toiletten sollten daher niemals in der Hand privater Unternehmen sein.

8 Auch der Zugang zu öffentlichen Toiletten in öffentlicher Hand ist allerdings häufig einge-
9 schränkt. Bezahlschranken werden etwa errichtet, um Wohnungslose und Drogennutzer*innen
10 aus den Toiletten auszusperrern. Dieser vermeintlich falsche Gebrauch der Toiletten ist Resultat
11 einer gescheiterten Drogen- und Sozialpolitik, nicht Resultat kostenloser Toiletten. Wohnungs-
12 losigkeit und Drogenmissbrauch sollten an der Wurzel bekämpft werden. Öffentliche Toiletten
13 müssen kostenlos zugänglich sein, gerade für Menschen mit wenig Geld.

14 Das gilt selbstverständlich für alle geschlechtlichen Identitäten. In einigen öffentlichen Toilet-
15 ten ist nur die Toilette für männlich gelesene Personen kostenlos zugänglich. Die Begründung
16 dafür ist, dass diese sonst ihr Privileg nutzen würden, außerhalb der Toilettenräume freizupin-
17 keln. Als feministischer Verband möchten wir, dass der Toilettengang kein Privileg ist. Kosten-
18 los zugänglich sollten daher nicht nur Pissoirs sein.

19 Häufig sind gerade öffentliche Toiletten nicht barrierefrei. Da der Zugang für alle Menschen
20 möglich sein soll, müssen auch Menschen mit Einschränkungen berücksichtigt und Toiletten
21 barrierefrei zugänglich werden.

22 Wir fordern daher:

- 23 • Die Enteignung aller privaten Toiletten-Anbietern wie Sanifair und die Übernahme der
- 24 Reinigungskräfte in den Staatsdienst, um hygienische Toiletten zu gewährleisten.
- 25 • Kostenlosen Zugang zu allen Toiletten.
- 26 • Geeignete öffentliche Toiletten an allen geeigneten Orten.
- 27 • Geeignete öffentliche Toiletten für alle geschlechtlichen Identitäten
- 28 • Barrierefreiheit auf allen öffentlichen Toiletten

1 **ZK – Zukunft des Kinderschutzes**

1 **Antrag ZK01: Verpflichtende Fortbildungen für Familienrichter*innen**

2 Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Lüneburg

3 Beschlussvorschlag:

4 Die Landeskonzferenz möge beschließen, dass verpflichtende Fortbildungen für Familienrich-
5 ter*innen im Umgang mit traumatisierten Kindern eingeführt werden.

6 Begründung:

7 Kinder gehören einer sehr vulnerablen Gruppe an, darum ist ein sensibler Umgang mit Kindern
8 von äußerster Relevanz. Kinder, die als Zeug*innen vor Gericht aussagen müssen, haben zuvor
9 häufig Traumata erfahren. Dadurch erfordert der Umgang mit ihnen noch zusätzliche Einfühl-
10 samkeit. Aktuell gibt es für Familienrichter*innen – die meistens die Zeug*innenvernehmung
11 bei Kindern durchführen – keine verpflichtenden Fortbildungen zum Umgang mit traumatisier-
12 ten Kindern, was teilweise zu einem falschen Umgang mit diesen führt und wodurch die Kinder
13 einer zusätzlichen psychischen Belastung ausgesetzt sind.

Antrag ZK02: Verpflichtende Aufklärungsgespräche für Erziehungsberechtigte bei U3 und U9

Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Lüneburg

Beschlussvorschlag:

Die Landeskonferenz möge beschließen, dass Erziehungsberechtigte bei der U3 und der U9 verpflichtende Aufklärungsgespräche bei Ärzt*innen zum Thema sexualisierter Gewalt gegen Kinder erhalten. Diese sollen dem Alter der Kinder angepasst sein und die Fragen behandeln, welche sogenannten „Erziehungsmethoden“ bereits unter den Aspekt der Kindesmisshandlung fallen und welche Auswirkungen eine gewaltsame Erziehung auf Kinder hat.

Für diese Gespräche sollen Kinderärzt*innen durch beispielsweise Kinderschutzbeauftragte des Kinderschutzbundes Unterstützung erhalten. Dies kann beispielsweise durch Fortbildungen geschehen. Dadurch werden auch Kooperationen zwischen dem Kinderschutzbund und Kinderärzt*innen gestärkt und ausgebaut.

Begründung:

Es gibt bereits viele Hilfsprogramme für Eltern, die sich Unterstützung bei der Kindererziehung wünschen. Allerdings ist die Inanspruchnahme solcher Hilfsangebote gesellschaftlich stigmatisiert und der Besuch der Eltern setzt eine eigene Problemreflektion voraus. Aus diesen Gründen werden solche Hilfsangebote zu selten wahrgenommen. Die Hauptleidtragenden dessen sind die Kinder, dies ist eine schwerwiegende Problematik, die bekämpft werden muss. Hinzu kommt, dass vielen Eltern nicht bewusst ist, dass sie in ihrer Erziehung Gewalt anwenden, da ihnen die Aufklärung fehlt. Eine Lösung hierfür bieten verpflichtende Aufklärungsgespräche bei der U3 und der U9, da hier die Eltern nicht selbst aktiv werden müssen. Die U3 und die U9 sind hierfür besonders geeignet, da die Krankenkassen gesetzlich dazu verpflichtet sind, diese Untersuchungen zu übernehmen. Die U3 findet ab der 4. Lebenswoche statt, in diesem Stadium sind die Eltern von der Geburt so weit erholt, dass sie in der Lage sind, die Informationen, die sie erhalten, aufzunehmen. Bei der U1, die direkt nach der Geburt stattfindet, besteht das Risiko, dass insbesondere der gebärende Elternteil aufgrund der vorherigen Anstrengungen nicht aufnahmefähig ist. Trotzdem ist es wichtig, dass das erste Aufklärungsgespräch so früh wie möglich stattfindet, die U3 bietet hierfür einen passenden Zeitpunkt. Die U9 ist die letzte Untersuchung, die von allen Krankenkassen übernommen werden muss. Diese findet im Alter von etwa fünf Jahren statt und bietet die Möglichkeit für ein weiteres Aufklärungsgespräch, bei dem auf die sich verändernden Bedürfnisse des Kindes eingegangen werden kann und bei dem die möglichen Probleme bei dem kommenden Schulbesuch thematisiert werden können.

1 **Antrag ZK03: Verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zum Thema Kindesschutz**

2 Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Lüneburg

3
4 **Beschlussvorschlag:**

5 Kinder- und Jugendschutz haben für uns einen hohen Stellenwert. Kindesmisshandlung ist lei-
6 der noch immer ein gegenwärtiges Problem, dass zu selten erkannt wird. Daher müssen wir
7 eine hohe Sensibilisierung in Bezug auf erste Anzeichen zur Gefährdung des körperlichen, geis-
8 tigen und seelischen Wohls eines Kindes sowie der Vernachlässigung verfügen. Kinder halten
9 sich einen Großteil des Tages in der Schule auf und stehen unter der Betreuung von Lehrkräften
10 und Sozialpädagog*innen. Daher fordern wir die Fortbildung von diesen Betreuungspersonen
11 im Bereich Kinder- und Jugendschutz, um zu sensibilisieren und ein frühzeitiges Erkennen u.a.
12 von Missbrauchsfällen zu erleichtern. Der Schule soll dabei allerdings keine Verantwortung
13 übertragen werden, da Lehrkräften bei Nichterkennen keine Mitschuld zugewiesen werden
14 darf. Damit geht einher, dass Lehrkräfte in den Fortbildungen Wissen darüber erlangen, an wel-
15 che Beratungsstellen (beispielsweise § 8b SGB) sie sich wenden können und wie das weitere
16 Vorgehen erfolgt.

17 **Begründung:**

18 Kindesmisshandlung ist in Deutschland ein weit verbreitetes Problem. Meistens sind die eige-
19 nen Eltern die Täter*innen und die Kindesmisshandlung findet zu Hause statt. Kinder öffnen
20 sich selten aus eigener Motivation heraus gegenüber Erwachsenen, da sie ihre Eltern decken
21 und das System zu Hause schützen möchten. Wenn Kindesmisshandlung aufgedeckt wird,
22 dann passiert dies meistens in der Schule, weil Lehrkräfte Auffälligkeiten an Kindern feststel-
23 len. Dies zeigt, dass Schule ein notwendiger Schutzraum für Kinder ist. Leider sind nicht alle
24 Lehrkräfte ausreichend in diesem Bereich geschult, von daher ist es unerlässlich, dass Lehr-
25 kräfte darin unterstützt werden, Auffälligkeiten bei Schüler*innen zu erkennen und den Um-
26 gang mit betroffenen Kindern zu lernen.

1 **Antrag ZK04: Psychologische Behandlung für Kinder während laufender Gerichtsver-**
2 **fahren**

3 Antragsteller*innen: Juso Unterbezirk Lüneburg

4
5 Beschlussvorschlag:

6 Die Landeskonzferenz möge beschließen, dass traumatisierte Kinder die Möglichkeit erhalten,
7 während eines laufenden Gerichtsverfahrens an einer psychologischen Behandlung teilzunehmen.
8 Dazu bedarf es endlich der wirklichen Priorisierung, damit die Hilfestellung für das be-
9 troffene Kind an erster Stelle steht. Hier müssen Richter*innen ebenfalls geschult und für die
10 Thematik sensibilisiert werden. Gemeinsam mit Psychiater*innen und Jurist*innen müssen
11 Strafverfahren ermöglicht werden, die das Kindeswohl in den Vordergrund rücken.

12 Begründung:

13 Kinder, die Gewalterfahrungen machen, benötigen eine psychologische Behandlung, um die
14 Geschehnisse aufzuarbeiten. Derzeit dürfen Kinder, die sich im Zeugenstand befinden, wäh-
15 rend des laufenden Gerichtsverfahrens eine solche Behandlung nicht in Anspruch nehmen.
16 Grund hierfür ist der Irrglaube, die Erinnerungen der Kinder würden durch eine Psychotherapie
17 verfälscht und eine Verurteilung der Täter*innen würde dadurch schwieriger. Für die betroffe-
18 nen Kinder hat dieses Verbot massive psychische Folgen – gerade in Anbetracht der langen
19 Dauer von Gerichtsverfahren. Damit das Leid traumatisierter Kinder durch einen Gerichtspro-
20 zess nicht zusätzlich verlängert wird, muss ihnen der Zugang zu einer professionellen psychi-
21 schen Behandlung erlaubt werden.

1 **Antrag ZK05: Sexualisierte Gewalt an Kindern: Gegen die Nutzung des Begriffs „Kin-**
2 **desmissbrauch“**

3 Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Lüneburg

4

5 Beschlussvorschlag:

6 Die Landeskonzferenz möge beschließen, dass in offiziellen Mitteilungen sexualisierte Gewalt
7 an Kindern nicht als „Kindesmissbrauch“ bezeichnet wird, sondern als „sexualisierte Gewalt an
8 Kindern“ oder als „sexualisierte Gewaltverbrechen gegen Kinder.“

9 Begründung:

10 Sexualisierte Gewalt an Kindern wird oftmals als „Kindesmissbrauch“ bezeichnet. Der Begriff
11 „Kindesmissbrauch“ suggeriert (anders als der Begriff „Kindesmisshandlung“ bei nicht-sexuali-
12 sierter Gewalt gegen Kinder), dass Kinder einen Nutzen hätten, der „missbraucht“ werden
13 könnte. Kinder haben keinen Nutzen, sie sind Menschen. Darum ist die Formulierung „sexuali-
14 sierte Gewalt an Kindern“ bzw. „sexualisiertes Gewaltverbrechen gegen Kinder“ zu bevorzu-
15 gen.

1 **Antrag ZK06: Macht die U1 bis U9 und J1 endlich zur Pflicht!**

2 Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Lüneburg

3

4 Beschlussvorschlag:

5 Die Landeskonzferenz möge beschließen, dass in Niedersachsen die U1 bis U9 sowie die J1 ver-
6 pflichtend werden.

7 Begründung:

8 Die U-Untersuchungen von Kindern bzw. die J-Untersuchungen von Jugendlichen sind rele-
9 vante medizinische Untersuchungen für den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendli-
10 chen. Außerdem besteht hier die Möglichkeit, dass Ärzt:innen durch auffällige Verletzungen
11 Kindesmisshandlungen aufdecken können. Da in Niedersachsen diese Untersuchungen nicht
12 verpflichtend sind, sind Kinder auf das Verantwortungsbewusstsein der Eltern angewiesen. Es
13 ist die Aufgabe des Gesetzgebers die Kinder und Jugendlichen zu unterstützen und ihre Ge-
14 sundheit zu achten. Darum müssen die U-Untersuchungen U1 bis U9 und die J1 verpflichtend
15 werden. Die U1 bis U9 sind in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg bereits verpflichtend,
16 dies zeigt, dass eine Umsetzung möglich ist.

1 **Antrag ZK07: Verfolgung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder**

2 Antragsteller*innen: Jusos Unterbezirk Lüneburg

3
4 **Beschlussvorschlag:**

5 Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möchte eine stärkere Verfolgung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder erwirken. Dies soll in Form von Fort- und Weiterbildungen erfolgen.
6 Dabei sollen Psycholog*innen, Polizist*innen und Ärzt*innen bewusst in Settings der Kinder die Aufklärungsarbeit vorantreiben. Ebenfalls fordern wir eine verstärkte Beobachtung durch Sozialarbeiter*innen in Kinder- und Jugendorganisationen, welche auch schon in der Kritik stehen.

10 **Begründung:**

11 Kindesmissbrauch und ihre Verfolgung ist seit langem ein Thema, welches trotz seiner relevanten untergeht und nicht wahrgenommen werden will. So fordern wir das Thema im Kern anzugreifen, indem wir die Bezugspersonen der Kinder in den folgenden Settings, wie Krippen, Kindertagesstätten, Schulen, Sportvereine und weitere verstärkt fortbilden und auch auf das Thema sensibilisieren. So können Ärzt*innen, Psycholog*innen und Polizist*innen durch ihre Erfahrungen und ihr Wissen in den genannten Settings in regelmäßigen Abständen die Bezugspersonen der Kinder aufklären. Es können auf anatomische, entwicklungsspezifische aber auch psychologische Anzeichen aufmerksam gemacht werden, damit diese Auffälligkeiten frühzeitig entdeckt werden können. Mit Hilfe dieser Erkenntnisse kann dann präventiv vorgegangen werden. Als weitere Instanz dient das Jugendamt. So können die Bezugspersonen der Kinder entlastet werden, da sie die Verantwortung in professionelle Hände übergeben können. Auch können Eltern in den selben Settings dazu aufgeklärt werden, sodass auch sie Anzeichen von Kindesmisshandlungen bei ihren Kindern frühzeitig erkennen können. Genauso kann dieses Programm auf die Kinder übertragen werden, damit sie selber früh ein Gefühl für potenzielle Misshandlungen wahrnehmen können. Sie können lernen, wann sie einer potenziellen Gefahr ausgesetzt sind und können entsprechend handeln. Solche ähnlichen Programme durch die Polizei gibt es bereits, dabei wird an ein bis zwei Tagen in der gesamten Schulzeit den Kindern beigebracht, wie sich vor Bedrängungen von Fremden schützen können. Das reicht nicht aus und somit fordern wir ein klares Konzept für alle Beteiligten. Mithilfe dieser einfachen Instrumente kann nachhaltig die Kindesmisshandlung auf Seiten der Eltern und Settings schneller nachverfolgt werden.

Ini – Initiativanträge

Antrag Ini01: Südschnellweg sinnvoll sanieren

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

Antrag:

Wir Jusos fordern die SPD auf, eine Änderung der Ausbaupläne des Südschnellweges herbeizuführen, sodass bei den Arbeiten auf eine durchgehende Trassenverbreiterung verzichtet wird. Im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit der Umwelt, dem Klima und den Steuergeldern sollen die wesentlichen Baumaßnahmen rund um den Südschnellweg nur auf die Erneuerung der maroden Brücken über die Leine und Leineflutmulde und den geplanten Ersatz der Brücke über die Hildesheimer Straße durch einen Tunnel beschränkt werden. Im Sinne des Klimas, der Lärmbelastung und der Verkehrssicherheit soll zudem die Tempobegrenzung auf 80 km/h erhalten bleiben und die Leinemasch als ökologisch wertvolles Naherholungsgebiet weiter geschützt werden.

Begründung:

Die Leinemasch hat für Hannover einen hohen Wert als beliebtes Naherholungsgebiet und als Landschaftsschutzgebiet. Das Gebiet beherbergt viele geschützte Pflanzen- und Tierarten.

Der Südschnellweg (SSW) führt durch diese Leinemasch mit einer Gesamtbreite von aktuell 16,40 m. Im Zuge der notwendigen Sanierung der Brücken über die Hildesheimer Straße, die Leine und Leineflutmulde soll die Trasse massiv auf insgesamt 25,60 m verbreitert werden. Im Zuge dessen wird vermutet, dass auch die Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h auf bis zu 120 km/h angehoben werden wird.

Diverse Initiativen kritisieren die aktuellen Pläne. Der geplante Ausbau des Schnellwegs anstatt einer reinen Sanierung hätte großflächige Rodungen im sensiblen Landschaftsschutzgebiet zur Folge. Die Pläne sind auch nach Inkrafttreten des Pariser Klimaabkommens und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz nicht an die neuen Klimaschutzverpflichtungen und damit andere Rahmenbedingungen angepasst worden. Eine angemessene Beteiligung der Öffentlichkeit war im Jahr 2020 allerdings unter erschwerten Corona-Bedingungen kaum möglich.

Es ist unverständlich, dass die Verwaltung meint, dass nicht nur die Brücken erneuert werden sollen, sondern zugleich auch die ganze Trasse eine beinahe Verdoppelung der bisherigen Straßenbreite und ca. 1 m Erhöhung erhalten soll. Der SSW ist bereits jetzt kilometerweit zu hören. Anstatt den CO²-Ausstoß angemessen zu berücksichtigen, hält die Verwaltung eine Geschwindigkeitserhöhung von 80 km/h auf 120 km/h für richtig. Diese wird durch die Verbreiterung möglich gemacht, trotz der Tatsache, dass der Abschnitt in 2 beampelten Kreiseln endet, dem Landwehr und dem Ricklinger Kreisel, womit eine Verbesserung des Verkehrsflusses durch die

37 Verbreiterung im Westabschnitt objektiv nicht möglich ist. Die aktuell angespannte Verkehrssi-
38 tuation rund um den Südschnellweg liegt nicht an fehlender Spurbreite der Fahrbahnen, son-
39 dern an den Problemen mit den maroden Brücken. Die überdimensionierten Ausbaupläne hel-
40 fen somit nicht einmal den Pendler*innen.

41 Durch eine Sanierung in Bestandsbreite würden mehr als 100 Mio. Euro gespart, zahllose ge-
42 wachsene Bäume und wichtige ökologische Flächen gerettet, die CO²-Bilanz verbessert und bei
43 geringerer Höchstgeschwindigkeit die Verkehrssicherheit erhöht, sowie die Lärmbelastung ge-
44 senkt. Die Begründung, dass eine komplett neue Planung notwendig wäre, falls Pläne ange-
45 passt würden, ist unter diesen Umständen nicht hinnehmbar.